

**Historisches Seminar der Universität zu Köln  
Prof. Dr. G. Wollstein  
Magisterarbeit  
Sommersemester 2003**

**„Franz von Papen als Reichskanzler“**

**Thomas Dahl  
Mittlere und Neuere Geschichte, Germanistik, Philosophie  
9. Semester  
Dürener Str. 112  
50931 Köln**

Inhaltsverzeichnis	2
Einleitung	4
I. Die Dynamik eines Niedergangs - Zur Ausgangssituation der Ära Franz von Papen	6
1. Von der Anfangskrise zur permanenten Krise	6
1.1 Die Schatten der Vergangenheit - Das Vermächtnis des Kaiserreichs	6
1.2 Das Scheitern des Parlamentarismus - Die Koalitionsunfähigkeit der Parteien	9
1.3 Die Weltwirtschaftskrise	12
2. Regieren ohne Mehrheit - Die Präsidialkabinette Brüning	13
2.1 Brünings Deflationspolitik	13
2.2 Brünings Sturz	16
II. Das Modell "von Papen"	18
1. Herkunft und militärischer Werdegang	18
2. Politischer Aufstieg	19
3. Kanzlerkandidat	21
3.1 Die Inszenierung	21
3.2 Papens Zögern	22
3.3 Hindenburgs Befehl	23
III. Franz von Papen als Reichskanzler	24
1. Außenpolitik	24
1.1 Die Abrüstungsfrage - Die Konferenz von Genf	24
1.2 Die Reparationsfrage - Die Konferenz von Lausanne	26
1.2.1 Politik ohne Kompromisse - Deutschlands Leitlinien	26
1.2.2 Die Angst vor dem Gesichtverlust - Das Verharren auf den Positionen	28
1.2.3 Eingeständnisse - Das Ergebnis von Lausanne	31
2. Innenpolitik	34
2.1 Papens Einstand - Der Widerstand der Parteien	34
2.2 Juni-Notverordnungen	37
2.3 Aktive Konjunkturpolitik	39
2.4 Die Not im Volk	42
2.5 Der "Neue Staat"	44
2.6 Staatsstreich in Preußen	46
2.6.1 Der Faktor Preußen	46
2.6.2 Das Warten auf ein Motiv	48
2.6.3 Der "Preußenschlag"	50
2.6.4 Die Urteile des Reichsgerichtshofs	58
2.7 Juli - Wahlen	59
2.8 Potempa	61
2.9 Der erste Staatsnotplan	62
2.10 Agrarpolitik	63
2.11 Das Misstrauensvotum im Reichstag - Papens Abstieg	64
2.12 November - Wahlen	67
2.13 Papens letzter Strohalm - Der zweite Staatsnotstandsplan	71
2.14 Rücktritt	72
2.14.1 Die Militärstudie der Reichswehrführung	72
2.14.2 Die Entlassung	74
IV. Exkurs: Franz von Papen - Der "Unkanzler"?	75
1. Die Kanzler - Macher: Das Mächtefeld hinter Franz von Papen	75
1.1 Kurt von Schleicher - Der "Erfinder" von Papens	75

1.2 Wilhelm Freiherr von Gayl - Der Initiator des "Preußenschlags"	77
1.3 Reichspräsident Paul von Hindenburg - Papens Rückhalt	78
2. Franz von Papen in der Wahrnehmung seiner Zeit	78
Schlussbetrachtungen	82
Quellen- und Literaturverzeichnis	86

## Einleitung

Weimars Scheitern mündete in den Totalitarismus des „Dritten Reichs“. Eine verheerendere Umwälzung sollte Deutschland noch nicht erlebt haben. Gleichschaltung, Unterdrückung des Individuums, Rassendoktrin, totaler Krieg und Holocaust erwachsen nicht in einem Zeitraum, für den der 30. Januar 1933 – mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler – das Jahr Null markiert. Jene Saat wurde früher ausgesät.

Die häufigste Fragestellung im Zusammenhang mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten lautete durch die vergangenen Generationen: „Wie konnte es geschehen?“ Eine endgültige Beantwortung wird vielleicht nur in der Auseinandersetzung mit den Wurzeln der deutschen Geschichte und der Mentalität ihrer Menschen zu finden sein. Ohne Zweifel jedoch zeugt die Epoche der Weimarer Republik vom Aufstieg der politischen Ideologien und dem Verfall der moralischen Werte. Sie erscheint aus der Perspektive wie ein Sammelbecken der vielfältigen Möglichkeiten, in der – wie in keinem Zeitabschnitt zuvor – alle politischen Denkrichtungen nicht nur präsent, sondern, sofern sie sich nicht gegen die bestehende Verfassung wandten, auch legitimiert waren. Liberalismus und Konservatismus als alte Gegner sollten gleichberechtigt nebeneinander existieren dürfen und nur der Mehrheit des Volkswillens unterliegen. Im Nährboden der Demokratie keimte jedoch auch der Radikalismus, der bald empor schnellen und seine bitteren Früchte tragen sollte.

Wann immer man auch das Ende der Republik datieren möchte – sei es mit dem Beginn der Minderheitskabinette nach der ersten Reichstagswahl, dem Bruch der Großen Koalition im Jahre 1930 oder dem „Preußenschlag“ zwei Jahre darauf – eine Dynamik, die auf den Zusammensturz hinstrebte, existierte von Anbeginn. Sie konzentrierte sich in der Krise der ersten Präsidialregimes unter Heinrich Brüning und eilte im Zeichen der wirtschaftlichen Misere und des wachsenden Volksunmuts von negativem Höhepunkt zu Höhepunkt.

In dieser Phase trat eine Person ins politische Rampenlicht, die breiten Teilen der Öffentlichkeit unbekannt war: Franz von Papen. Als Notlösung von den tatsächlichen Machthabern im Reiche erdacht, wurde er zwischen Sommer und Winter 1932 zum Mitbeweger an den Hebeln der letzten Richtungsalternativen für die Zukunft des Staates. Seine Amtszeit markiert für die Gegenwart eine der letzten Grenzstellen zwischen Republik und der totalitären Führerdiktatur.

Papens Scheitern folgte – nach der zweimonatigen peripheren Kanzlerschaft Kurt von Schleichers – letztendlich die Machtergreifung Adolf Hitlers und damit eine neue Epoche.

Intention dieser Arbeit ist es, Franz von Papens Politik als Reichskanzler im Sinne einer Beleuchtung der Endphase Weimars darzustellen. In den einzelnen Kapiteln sollen sowohl Außen- als auch Innenpolitik seiner Regierung betrachtet werden. Aufgrund der heiklen politischen und gesellschaftlichen Situation Deutschlands wird das Hauptaugenmerk auf die innere Situation der Republik gerichtet. Einen Kernpunkt soll dabei die Reichsintervention in Preußen bilden. Die damaligen wichtigsten außenpolitischen Themen, die Rüstungs- und die Reparationsfrage, stellten schließlich das Beschäftigungsfeld für die auswärtige Politik des Kabinetts von Papen dar.

Die Komplexität der Thematik macht eine eingehendere Auseinandersetzung mit der Geschichte Weimars unverzichtbar. Vorangestellt sind daher eine Darstellung der Ausgangssituation des Reichskanzlers, in welcher die Entwicklung der Republik nach dem Untergang des Kaiserreichs zum permanenten Krisenstaat veranschaulicht werden soll. Eine nähere Betrachtung der Ära Heinrich Brüning offenbart dabei in den Präsidentialregimes den finalen Lebensabschnitt Weimars. Unmittelbar geprägt durch die Politik seines Amtsvorgängers nahm das Volk den neuen Reichskanzler wahr und musste sich dieser bewähren.

Eine möglichst chronologische Schilderung der markanten Ereignisse war aufgrund der reichhaltigen Quellenlage im Wesentlichen realisierbar. Dabei sind vor allem die Aufzeichnungen der Reichstagsakten und die Bestände zur deutschen Außenpolitik zu nennen. Im Bereich der verwendeten Sekundärliteratur sollte eine Ausgewogenheit zwischen aktuelleren und älteren Werken dazu beitragen, die Perspektiven auf die Weimarer Epoche variabel zu halten.

Neben der Darstellung der historischen Vorgänge besteht ein weiteres Anliegen der Ausarbeitung in dem Versuch zur Erfassung der Persönlichkeit des Protagonisten. Erst hierdurch wird die finale Intention in der Frage nach einer Mitverantwortung des Kanzlers Franz von Papen am Untergang des deutschen Verfassungsstaates möglich.

## **I. Die Dynamik eines Niedergangs – Zur Ausgangssituation der Ära Franz von Papen**

### 1. Weimar – Von der Anfangskrise zur permanenten Krise

#### 1.1 Die Schatten der Vergangenheit – Das Vermächtnis des Kaiserreichs

Die Republik von Weimar trug ein schweres Erbe durch ihre Existenz. Geboren in der Todesstunde des Kaiserreichs sollte sie Zeit ihres eigenen kurzen Daseins dessen verheerenden Hinterlassenschaften ausgesetzt sein. Die letzte große europäische Epoche der Herrscherdynastien, die in der Katastrophe des Weltkriegs kulminierte, hatte sich längst überlebt und strebte ihrem Untergang und Ende entgegen. Jedoch enden konnte sie noch nicht. Jahrhundertalte Traditionen, glanzvolle Erinnerungen und die geschaffenen politischen Fakten ihrer Zeit konnte sie nicht mit ins Grab nehmen – sie überlebten.

In Deutschland wurde die neue Republik zunächst zwar von seinen kriegsmüden Bürgern mit Jubel begrüßt, die Monarchie ebenso mit Euphorie verabschiedet, jedoch über der Demokratie thronten und herrschten Not und Elend. Die Stunde Null begann in Deutschland mit der für die Nation nicht wahrhaben wollenden Schmach des Verlierers, des Unterworfenen – eine Rolle, auf die man im Reich nicht vorbereitet war und die zudem auch unfassbar war.

Die neue Republik sollte bald ein Verwischen der Verantwortlichkeiten erfahren, die zu ihrem Verhängnis beitrug. Spätestens mit der Annahme des Versailler Vertrages galt nicht mehr die anachronistische Elite der Hohenzollerngesellschaft mit ihren Exponenten in Militär, Verwaltung und Krone, sondern der neue Staat als Synonym allen Übels. Von nun an war es die Republik, die als perfekte Zielscheibe für die Angriffe ihrer immer zahlreicheren Feinde dienen sollte. Dabei strebte die junge Demokratie – in Angedenken des geistigen Ruhmes ihrer Verfassungsstätte – nach einer verheißungsvollen Zukunft. Doch überall lagen verstreut die Trümmer der Gegenwart. Weimar war eine fatale Bürde aufgelastet worden. Es war das Vermächtnis des untergegangenen, in den Augen vieler Menschen jedoch gloriosen, an ruhmvollere Tage erinnernden Kaiserreichs. Dies gilt es nun aus der Perspektive der Gegenwart zu kritisieren. Dass gleiches aber nicht für den Blickwinkel der damaligen Zeitgenossen gelten kann, darf den heutigen Betrachter nicht überraschen. Überraschend war in jenen frühen Tagen des Umbruchs einzig

die plötzliche und endgültige Niederlage eines langen, entbehrensreichen Krieges, den man zwar zu seinem Ende geseht hatte, jedoch nicht auf der Seite der Verlierer. Einer Nation, die wenige Monate zuvor den Friedensschluss von Brest-Litowsk als Sieg gegen die russischen Armeen bejubeln durfte und noch bis in den Herbst 1918 hinein nichts von der für Deutschland hoffnungslosen militärischen Lage an der Westfront geahnt hatte musste nun mit der Realität konfrontiert werden.

Über Generationen hinweg war es die Selbstherrlichkeit des Kaisertums gewesen, die das Volk geblendet hatte. Diese vermochte jedoch jederzeit im Angesicht von Wirren, Terror und materieller Not der Krisenrepublik verführerisch aufzuleuchten. Nicht mehr in der Gestalt des geflohenen Monarchen erblickten viele Menschen das Remedium, das die Leiden der Nation stillen würde; es war vielmehr die Sehnsucht nach der Sicherheit und der Ruhe des Vergangenen, welche die Menschen verband. Schlimmer noch, strahlte jenes Bildnis des Untergegangenen bis ans Ende Weimars und erinnerte an vermeintlich bessere Tage.

In seiner grundlegenden Darstellung bezeichnet E. Kolb die Weimarer Republik als eine Notlösung, die nicht im Sinne einer demokratischen Volksbewegung erkämpft wurde, sondern vor allem aus der militärischen Niederlage hervorgegangen sei.<sup>1</sup> Die Republik hatte somit von Anbeginn keinen einheitlichen Rückhalt in der Gesellschaft. Weimar benötigte eine neue Generation. Dieser Staat wurde aber einem Volk geboren, das sich vor allem die Mentalität des Untertanentums einverleibt hatte. Eine Nation, die Demokratie nicht kannte, die, wenn sich auch nicht abgefunden, sich doch gewöhnt hatte an den Status quo der wilhelminischen Klassengesellschaft und der äußerlichen Ordnung der Dinge. Eine Nation, die sich schwer tat, sich gegen soziale Missstände zu erheben und zu protestieren – auch, weil die Erfahrung der Revolution von 1848 unauslöschlich und eben eine schlechte Erfahrung war. Die Deutschen hatten der Mentalität des Aufruhrs abgesagt. In gefügiger Ruhe lebte ein großer Teil der Nation, der es doch an der notwendigen Identifikation zur eigenen Nationalität fehlte, die, wie H. Schulze anmerkt, aufgrund der langen Historie Deutschlands als eines Territorialstaatsystems mit den Aufspaltungsbewegungen der Reformationszeit unfähig war, ein Nationalbewusstsein zu entwickeln, das sich über verschiedene politische Anschauungen und Ideologien hinweg einer gemeinsamen Identität hätte

---

<sup>1</sup> Vgl., E. Kolb, Die Weimarer Republik, München 1998, S. 1f.

erinnern können.<sup>2</sup> Es war der Mangel an Gemeinschaftssinn, der dieses Land durch Jahrhunderte geprägt hatte. Wäre dieser ausgereifter gewesen, hätte er den Erschütterungen der Gezeiten widerstandsfähiger entgegentreten können.

Der radikale Umbruch der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse – von der Monarchie zur Demokratie – musste eine sehr schwere Geburt der Republik befürchten lassen, denn Orientierungshilfen bot nur das Ausland. In seiner Analyse über die Bedingungen für Bestand und Zusammenbruch parlamentarischer Regimes in Europa zwischen den Weltkriegen, hat D. Berg - Schlosser vor allem einen Mangel an demokratischen Traditionen vor dem Kriege hervorgehoben.<sup>3</sup>

Nicht viel Zeit zum Feiern blieb den Begrüßern der Republik. Bald wurden sie eingeholt von politischen Unruhen, Arbeitslosigkeit und Inflation. Ein neues System versprach eine bessere Zukunft, doch die öffentliche Ordnung lag zerschlagen in den Straßen. Anarchistische Zustände waren die Folge des unvermeidlichen Machtvakuum. Ein Millionenheer von Soldaten strebte zudem heimwärts und musste partiell die Gefahr einer Hinwendung zu den radikalen Kräften der Republikgegner befürchten lassen. Die Umstellung der Industrie von Rüstungs- auf Friedenswirtschaft konnte nicht mit der Geschwindigkeit der wachsenden materiellen Not innerhalb der Bevölkerung konkurrieren. Die politischen Unruhen entluden sich bald als blutige Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Regierungsgegnern in den Städten. Nicht ein Kampf der Republikbefürworter und der Monarchisten, sondern ein Bruderkrieg zwischen den sozialdemokratischen Bewegungen entbrannte.

Die Bestimmungen von Versailles erlegten der Republik neue Probleme auf. Reparationslasten und der Kriegsschuldparagraph setzten der Wirtschaft und der Psyche der besiegten Nation schwer zu. Die Äußerungen des in der deutschen Bevölkerung immer noch hoch angesehenen Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg vor dem Verhörsausschuss der Siegermächte – mit der Formulierung der berühmten Dolchstoßlegende, welche die Ursache für die militärische Niederlage von den inneren Feinden des Reiches herbeigeführt sah – vertieften die Wunden der Nation weiter. Zudem sollte die desaströse Finanzierung des Kriegsunternehmens bald die Inflation im Land in neue Dimensionen stoßen. Im Gegensatz zu England oder den USA, wo die Kosten des Krieges zu 20 - 30

---

<sup>2</sup> Vgl., H. Schulze, Vom Scheitern einer Republik, in: K. D. Bracher, M. Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.),

Die Weimarer Republik 1918-1933, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988, S. 623.

<sup>3</sup> Vgl., D. Berg-Schlosser, Das Scheitern der Weimarer Republik, Bedingungen der Demokratie im europäischen Vergleich, in: Historical Social Research, Vol. 20, No. 4, Köln 1995, S. 24.



Prozent durch Steuern getragen worden waren, hatte man im eigenen Land hauptsächlich auf langfristige Reichsanleihen gesetzt, die zu 60 Prozent die Finanzierung der Aufwendungen ausgemacht hatten. Schließlich standen Anleiherträgen in Höhe von 197, 2 Mrd. Reichsmark nur einer Summe von 37,2 Mrd. Reichsmark Steuereinnahmen gegenüber. Die somit entstandenen Defizite wurden durch Reichsschatzwechsel, die bei der Reichsbank einzulösen waren, gedeckt. Der immens erhöhte Geldumlauf halbierte jedoch die Währung in der Zeit zwischen Kriegsausbruch und Kriegsende. Dabei wurden durch die militärische Niederlage alle Kalkulationen bezüglich Reparationsforderungen zur Tilgung der Kriegsschulden zerschlagen. Dies waren die bedenkenswerten Konditionen für die neue Republik.<sup>4</sup> Als Folge gediehen Angst, Not, Ungeduld, Enttäuschung und Wut im Volk. Die Ursachen ruhten unverborgten jedoch unbeachtet in der Vergangenheit des Kaiserreichs. Jene Ängste und Zweifel aber übertönten letztlich die Freudenrufe zur Geburt der Republik am 9. November 1918 vor dem Reichstag und dem Berliner Schloss. Sie markierten den fatalen Beginn der ersten Demokratie, gingen von nun an stetig an ihrer Seite und sollten mit ihr zusammen untergehen.

## 1.2 Das Scheitern des Parlamentarismus – Die Koalitionsunfähigkeit der Parteien

Die Weimarer Verfassung galt in den Augen vieler Betrachter – auch im Ausland – als eine der modernsten ihrer Zeit. Ihr Bemühen um eine möglichst intensive Demokratie, in der der Konsens auf den Ansichten der größtmöglichen Volksschichten beruhen sollte, wurde bei der Ausarbeitung der Verfassung als Fundament für die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft vorangestellt. Voraussetzung hierfür war jedoch die grundsätzliche Koalitionsfähigkeit des Parlaments. Doch diese musste bald in Frage gestellt werden, denn nach der gewählten Nationalversammlung von 1919 kam es während der gesamten Existenz der Republik zu keiner Bildung einer Mehrheitsregierung mehr. Obgleich die Weimarer Regierungskoalition in die Nationalversammlung noch mit 76,1 Prozent der Stimmenanteile einzog, sollte sich die Regierung des 1. Reichstags gerade noch auf 35,8 Prozent der Wähler berufen können.<sup>5</sup> Der Parlamentarismus in der Weimarer Republik stieß schon früh an seine Grenzen und versinnbildlichte

---

<sup>4</sup> Vgl., D. Gessner, Die Weimarer Republik, Darmstadt 2002, S. 39.

<sup>5</sup> Vgl., K. D. Bracher, M. Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933, Bonn 1988, S. 630.

sich in den Minderheitskabinetten, die der Toleranz des Reichstags ausgeliefert oder von den Notverordnungen des Reichspräsidenten abhängig wurden.

Verantwortlich für diesen fatalen Prozess waren vor allem die Voranstellung von Parteienegoismen und das Ausweichen auf taktische Scharmützel zur Verhinderung der Absichten der politischen Gegner. Den Befürwortern der Verfassung stellte sich ein oppositioneller Block gegenüber, der im Laufe der Jahre immer mächtiger werden sollte. Das System war jedoch nur dann fähig zu bestehen, wenn zwischen den im Parlament vertretenen Parteien eine Flexibilität hinsichtlich der Regierungsbildung bestand. Dies ließ sich nur durch eine Koalitionsbereitschaft bewerkstelligen. Zu einem gewissen Grad durfte dies nicht überraschen, denn die Parteien waren in der konstitutionellen Monarchie aus dem direkten Prozess der Entscheidungsfindungen ausgeschlossen gewesen. Der Übernahme dieser Verantwortung zeigten sie sich noch nicht gewachsen. Die Angst, durch Kompromisse das eigene Wählerklientel zu verlieren, war größer als der Mut, durch politische Eingeständnisse der Republik zur Stabilisierung zu verhelfen.<sup>6</sup> Als ein „Dauerdilemma“ bezeichnet E. Kolb die Koalitionspolitik der Weimarer Jahre.<sup>7</sup> Gesteigert wurde diese Parlamentskrise noch durch die Gegensätzlichkeiten und Fraktionskämpfe innerhalb der jeweiligen Reichsregierungen. Der Parlamentarismus nahm den Charakter eines reinen Oppositionssystems an, in dem sogar die Regierungsparteien gegeneinander polemisierten.<sup>8</sup>

Grundsätzlich verstanden sich die Parteien als weltanschauliche Verbände, die es nicht vermochten, ihre Ideologie zugunsten einer halbwegs gemeinsamen Marschroute mit den politischen Kontrahenten aufzugeben und den Reichstag beschlussfähig zu gestalten. M. Stürmer stellt hierzu treffend fest: „Um überhaupt in Koalitionsverhandlungen eintreten zu können, sah sich jede Partei dazu gezwungen, ihre Ausgangsposition zur Diskussion zu stellen und Vergleiche einzugehen.“<sup>9</sup> Die Wahlen zur Nationalversammlung – mit ihrer überwältigenden Mehrheit für die Weimarer Koalition – können im Nachhinein als unvorteilhaft für die Republik betrachtet werden. In ihrem positiven Ergebnis sollte dieses Votum in der Bevölkerung überstiegene Hoffnungen auf eine baldige Lösung der anstehenden Probleme erwecken. Die Demokratie und die Parteien, die für sie

---

<sup>6</sup> Vgl., E. Kolb, Die Weimarer Republik, S. 74.

<sup>7</sup> Ebd., S. 72.

<sup>8</sup> Vgl., ebd. S. 73.

<sup>9</sup> M. Stürmer, Koalitionen und Oppositionen: Bedingungen parlamentarischer Instabilität, in: M. Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik, Belagerte Civitas, Königsstein/Ts. 1980, S. 247.

einstanden, erhielten das Vertrauen von Millionen Wählern, deren ungeduldige Erwartungen jedoch im Angesicht der nur langfristig zu lösenden Aufgaben sicherlich enttäuscht werden mussten.<sup>10</sup> Die Republik war überfordert. In ihrem wesentlichstem Organ, dem Reichstag, vermochte sie es von Beginn an nicht, die Gegensätze zwischen den Parteien zu überwinden, sich von deren blinder Erfüllungspolitik der eigenen Interessen loszusagen, um als höheres Gut den Prozess der Demokratie voranzutreiben, anstatt ihn zu lähmen. Die damit verbundene Entscheidungsunfähigkeit des Reichstags führte zu den Regierungskrisen, die zu den wenigen Konstanten des Staates wurden. Nicht einmal eines förmlichen Misstrauensvotums bedurfte es hierzu noch. Unstimmigkeiten innerhalb der Regierungen oder das Ausscheiden eines Koalitionspartners konnten zu einer Funktionsunfähigkeit der Legislative führen und den Staat matt setzen. Das Versagen der Kompromissbereitschaft innerhalb des Parteiensystems führte somit zwangsläufig zum Untergang des Parlamentarismus der Weimarer Zeit.<sup>11</sup> Die Präsidentialregimes der Endphase der Republik resultierten aus dieser verhängnisvollen Entwicklung und sollten – aufgrund ihrer Politik am äußersten Rande des rechtsstaatlichen Pfades – nachhaltig zur Erschütterung des Demokratiebewusstseins im Volke beitragen.<sup>12</sup> Die politische Realität zu Ende der zwanziger Jahre spiegelt ein Zitat Joseph Goebbels treffend wieder. Seine Vorstellung von „Legalität“ demonstriert die traurige Situation des Verfassungsstaats und sein Ausgeliefertsein gegenüber den zersetzenden Kräften bedenkenswert. In der extremistischen Zeitung „Der Angriff“, vom Mai 1928, wird die Gesinnung der NSDAP unverhohlen zur Schau gestellt. Die Republik wird zu einem Objekt des Spottes degradiert:

*„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahm zu legen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrtkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache ... uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.“<sup>13</sup>*

---

<sup>10</sup> Vgl., H. Möller, Weimar, Die unvollendete Demokratie, München 1997, S. 203.

<sup>11</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI, Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 54.

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 91.

<sup>13</sup> K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1955, S. 333.

Tatsächlich bewegten sich die Nationalsozialisten mit diesem republikfeindlichen Kurs in den Gewässern der Legalität. Diese Möglichkeit der Destruktivität berücksichtigte die Verfassung nicht ausreichend. Ihr Entgegenhalten in Form von Notverordnungen des Reichspräsidenten und Neuwahlen unterstützte letztlich die Taktik der radikalen Parteien, deren Zulauf sich stetig vergrößerte. Obgleich als ein wesentlichstes Gebot der Verfassung der Schutz des Staates – also seine Aufrechterhaltung als parlamentarische Republik – hätte gefolgert werden müssen, wurde hier der Unterhöhung des Systems kein entschiedener Widerstand entgegengesetzt. Die Verfassung war den tatsächlichen politischen Machtverhältnissen des Staates ausgeliefert. Der Wert des Niedergeschriebenen musste angesichts der damaligen realen Machtverhältnisse in Frage gestellt werden. Die Verdrängung der Verfassungsproblematik unterstützte letztlich die parlamentarische Lähmung der Republik und somit deren kontinuierliche Zerstörung von innen.

### 1.3 Die Weltwirtschaftskrise

Die Auswirkungen der großen Wirtschaftskrise, die mit dem Verfall der amerikanischen Börsenwerte an der New Yorker Wallstreet Ende Oktober 1929 ihren weltweiten Verlauf nahmen, erreichten im Winter 1929/30 auch Deutschland. In ihrem Ausmaße unterstützten sie den durch Kriegslasten und Parlamentskrise taumelnden Zustand der Republik zusätzlich und beeinflussten die weitere Entwicklung Weimars negativ. Da besonders dieses Ereignis in der öffentlichen Debatte – neben dem Versailler Vertrag – immer wieder als Erklärungsmodell für das Scheitern der Republik herausgestellt wird, ist auf die Pluralität der Ursachen hinzuweisen, die diesem Scheitern unterlagen. Es gilt, die Weltwirtschaftskrise als Teil einer Faktorensammlung wahrzunehmen, die nur in ihrer Komplexität, d. h. in der Summe ihrer Geschehnisse und Ereignisse aufgefasst und bewertet werden darf. Trotz aller ungünstigen Begleitumstände darf die Konjunkturkrise nicht überbewertet werden. Nicht verhehlt werden soll jedoch die Feststellung, dass Deutschland besonders hart von den Auswirkungen betroffen wurde. Der wirtschaftliche Aufbau des Landes beruhte bis dato vornehmlich auf kurzfristigen Krediten der USA. Der nun vorangetriebene Rückzug der Darlehen bedeutete in gewissem Maße die Unterbrechung der wirtschaftlichen Gesundung des Staates von Weimar. Es wurden ihm damit die Grundlagen für die weitere wirtschaftliche

Entwicklung unter dem Boden fortgezogen. Die langfristige Wiedererlangung eines gewissen Wohlstands – und damit eine Befriedigung der Bürger – war somit zurückgeworfen.

Als Resultat der Konjunkturkrise stellten sich bald Defizite im Exportwesen sowie Versorgungsmängel in der Bevölkerung ein. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von nun an stetig. Waren es im September 1929 noch 1,3 Millionen, so belief sich die Zahl der Erwerbslosen zum gleichen Zeitraum des folgenden Jahres auf 3 Millionen.<sup>14</sup>

Neben den materiellen Nöten waren es auch die psychologischen Auswirkungen auf die Menschen, die die Republik in zunehmendem Maße in Frage stellten. Existenzängste und Katastrophenstimmung charakterisierten das Zeitbild jener Tage. Es spross ein idealer Nährboden für die Feinde der Demokratie, die ihre Chance weidlich auszunutzen suchten. In schier endlosen Agitationen wurden die Institutionen und demokratischen Exponenten des Staates der Untätigkeit und Unfähigkeit zur Behebung der Not von den Feinden der jungen Republik angeklagt. Die Darstellung der Krise als einer reinen Konsequenz aus den Leitlinien des Staates fruchtete und vergrößerte den Vertrauensverlust der Bürger in das herrschende System.<sup>15</sup> In Scharen strebten diese nun zu den extremistischen Parteien – der KPD und der NSDAP –, in der Hoffnung auf positive Veränderungen.

## 2. Regieren ohne Mehrheit – Die Präsidialkabinette Brüning

### 2.1 Brünings Deflationspolitik

Seit dem Scheitern der Großen Koalition im März 1930 war die Idee einer stabilen Mehrheit im Parlament endgültig zu Grabe getragen worden. Die Ära der Präsidialregierungen fand hier ihren Ausgangspunkt. E. Kolb spricht diesbezüglich von der bewussten Desintegration des politischen Systems, dessen langfristiges Ziel es war, die Sozialdemokratie aus der Mitgestaltung der Entscheidungsprozesse auszuschalten und die Republik in einen von den Rechtskräften geprägten autoritären Staat umzuformen. Ausgang dieser Pläne war dabei das Reichspräsidentenpalais in Gestalt von Hindenburg und dessen engsten

---

<sup>14</sup> Vgl., E. Kolb, Die Weimarer Republik, S. 119.

<sup>15</sup> Vgl., ebd., S. 120.

Beraterkreis.<sup>16</sup> An der Stelle des Parlaments sollten schon bald Interessenverbände ihre Macht entfalten, die unmittelbar an die Regierung oder den Reichspräsidenten in beeinflussender Absicht herantraten.<sup>17</sup>

Heinrich Brüning wurde in seinem 1. Kabinett noch mit einer überwiegenden Ablehnung des Reichstages konfrontiert. Nur eine wackelige Stimmzufuhr durch die DNVP wurde ihm zuteil. Erst im Herbst 1930 entwickelte sich eine Tolerierungspolitik durch die SPD, die, angesichts der sozialen Not, nur noch durch ihre Kooperation die einzige Möglichkeit zum Einhaltgebierten der voranschreitenden Desillusionierung unter der Bevölkerung sah.<sup>18</sup>

Auch im 2. Kabinett der Ära Brüning, das seit Oktober 1931 regierte, konnte der Reichskanzler auf die Tolerierung der Sozialdemokraten zählen. Die DNVP hingegen kündigte ihre Unterstützung schon im August 1931 auf. Der endgültige Übergang in ein allein vom Vertrauen und den Notverordnungen des Reichspräsidenten abhängiges Regime deutete sich jedoch bereits an. So benutzte man zwar die Sozialdemokraten noch als Stimmenfänger für Hindenburgs Wiederwahl zum Reichspräsidenten im März 1932; doch als der Sieg errungen war, schien die SPD ihre Schuldigkeit getan zu haben. Die Niederlage der preußischen Regierung im Zuge der Landtagswahlen vom Frühjahr 1932 schien den Untergang der Sozialdemokratie einzuläuten. Im Übrigen glaubte Brüning in der Reparationsfrage kurz vor dem entscheidenden Durchbruch zu stehen. Die Loslösung von der SPD erschien dem Regime somit als logische Folge und als Befreiung von einer ungeliebten Verbündeten. Die Trennung wurde Ende April 1932 vollzogen.<sup>19</sup>

Heinrich Brünings Amtszeit markierte die endgültige Abkehr des Staates von seinen demokratischen Richtlinien hin zu einem von einer kleinen Elite befürworteten autoritären System. Es war ein Festhalten an der Macht. Die Politik in der Demokratie wurde fortan ohne das Volk gemacht. Dies war die wenig überzeugende Alternative zur verfahrenen Situation im Reichstag. Eine Lösung vermochte sie nicht zu sein. E. R. Huber bezeichnet das Präsidialregime treffend als „ein Unternehmen antidemokratischer, restaurativer Kräfte.“<sup>20</sup>

---

<sup>16</sup> Vgl., ebd., S. 124f.

<sup>17</sup> Vgl., P. Longerich, Deutschland 1918-1933, Die Weimarer Republik, Hannover 1995, S. 278.

<sup>18</sup> Vgl., ebd., S. 274.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 319.

<sup>20</sup> E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984, S. 741.

In den zwei Jahren der Brüning'schen Amtszeit reduzierte sich die Zahl der Sitzungstage des Reichstags von 94, im Jahre 1930, auf 13, im Jahre 1932. Gegenüber 98 beschlossenen Gesetzen 1930, waren es 1932 nur noch 5. Die Zahl der vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnungen stieg in diesem Zeitraum bezeichnenderweise jedoch von 5 auf 66 an.<sup>21</sup>

Brüning's Ära blieb sowohl innen- als auch außenpolitisch erfolglos. Weder gelang ihm mit seiner Politik der Aufstieg des Staates aus der wirtschaftlichen Talsohle, noch kam es zu konkreten Ergebnissen mit den Siegermächten in der leidigen Reparationsfrage. Doch eine Regierung muss sich vor allem nach ihren Erfolgen bemessen lassen.

In der Aufhebung der Reparationen sah Brüning seine Anerkennung und den Zugang zu den innenpolitischen Problemen verbunden. Es verwundert daher nicht, wenn er als Kanzler die inneren Maßnahmen in den Dienst der Außenpolitik stellte. Durch die konsequente Erfüllung der Wiedergutmachungen sollte Deutschland gegenüber den Alliierten seine Integrität beweisen. Damit einhergehend sollte jedoch auch demonstriert werden, dass die langfristige Aufrechterhaltung der Zahlungsverpflichtungen nicht möglich war, da sie die Wirtschaft der Republik ruinierte. Brüning war bereit, für diese Erfüllungspolitik einen hohen Preis in Kauf zu nehmen.

Im Sommer 1931 kam es in Folge der drastischen Sparmaßnahmen und den damit verbundenen sozialen Streichungen im Land zu einem enormen Vertrauensverlust des Regimes in der Bevölkerung. Die Reichsregierung verfolgte eine konsequente Geldverknappungspolitik. Um den Haushalt ausgleichen zu können wurden beispielsweise die Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 0,5 Prozent auf 6,5 Prozent angehoben. Gehälter und Pensionen der Beamten wurden gekürzt, die Umsatzsteuer jedoch parallel dazu angehoben.<sup>22</sup> Damit wurde der Zorn der Arbeiter, Angestellten und der Pensionempfänger heraufbeschworen. Die katastrophalen Existenzbedingungen des Arbeitermilieus in den Ausläufern der Weltwirtschaftskrise wurden somit noch zusätzlich unterstützt und vorangetrieben. Einige Monate zuvor, im März 1931, war zudem das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion ans Licht der Öffentlichkeit gelangt. Dies führte sogleich zu einem Konflikt mit dem Hauptreparationsgläubiger Frankreich. Daraus

---

<sup>21</sup> Vgl., E. Kolb, Die Weimarer Republik, S. 130.

<sup>22</sup> Vgl., W. Maser, Zwischen Kaiserreich und NS-Regime, Die erste deutsche Republik 1918-1933, Bonn 1992, S. 259.

resultierend ergaben sich schließlich zermürende Vertrauenskrisen, Unternehmenszusammenbrüche und Unruhen im Bankengewerbe.

Brünings konsequentes Festhalten an seinem Deflationsprinzip kann aus heutiger Sicht als eine falsche wirtschaftspolitische Maßnahme formuliert werden. Weder eröffnete sie den Zugang zur Reparationslösung noch vermochte sie es, die deutsche Wirtschaft zu stabilisieren. Im Gegenteil, förderte sie Marktstagnation, Abnahme der Investitionsbereitschaft, Unternehmenspleiten und daraus resultierend auch die Arbeitslosigkeit.<sup>23</sup>

## 2.2 Brünings Sturz

Aufgrund der fehlenden Erfolge verlor Reichskanzler Heinrich Brüning zunehmend den Rückhalt im Land. Sein wirtschafts- und finanzpolitischer Kurs stieß in allen Schichten auf vehemente Kritik. Da es ihm nicht gelang, auf außenpolitischem Terrain Pluspunkte zu sammeln, wurde seine Stellung immer umstrittener. Schon Mitte 1931 zweifelte man parteiintern und in Wirtschaftskreisen, ob Brüning noch Herr der Lage werden könne. Zusätzlich wurde der Ruf der Großindustriellen nach einem schärferen Rechtskurs immer lauter.<sup>24</sup> Als Brüning im April 1932 die SA und die SS verbot, lud er sich auch den Unmut des Reichspräsidenten auf, der bisher am Kanzler festgehalten hatte. Hindenburg sah, dass Brüning immer stärker an Autorität in der Öffentlichkeit verlor. Im Reichstag wurde sein Kabinett nur noch von der SPD toleriert. Der alte Feldmarschall war zudem verbittert über das Zustandekommen seiner zweiten Amtszeit. Er lastete es Brüning an, dass er – als Exponent des preußischen Konservatismus – seinen Sieg vor allem den Zentrums-Katholiken und den Sozialdemokraten zu „verdanken“ hatte, wohingegen die nationalkonservativen Kreise ihm ihre Unterstützung versagt hatten.

Zu Hindenburgs engstem Beraterkreis gehörte auch General Kurt von Schleicher. Er war seit 1929 Chef des Ministeramts im Reichsministerium und bekleidete eine Schlüsselstellung. Schleicher befürwortete das Regime der Präsidialdiktatur und sprach sich für die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierung aus. Seit Anfang Mai 1932 arbeitete er am Sturz des Kabinetts Brüning und dessen Ersetzung durch eine wesentlich nationalgeprägtere Präsidialregierung.<sup>25</sup> Auf die Person Kurt von Schleicher wird noch ausführlicher einzugehen sein, muss er doch

---

<sup>23</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 973.

<sup>24</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, München 1995, S. 57.

<sup>25</sup> Vgl., E. Kolb, Die Weimarer Republik, S. 134.



als einer der Protagonisten der Endphase Weimars bezeichnet werden, der – wenn auch überwiegend im Hintergrund arbeitend – an den Fäden der untergehenden Republik vehement mit zog.

Die Zeit Brünings lief ab. Er arbeitete dem zusätzlich entgegen, indem er einen die Reparationsfrage betreffenden Kompromissvorschlag der USA, Frankreichs und Englands noch im Frühjahr 1932 entschieden abgelehnt hatte und für Deutschland nur die endgültige Streichung aller Forderungen hatte akzeptieren wollen. Diese Haltung brüskierte die Siegermächte und trug zu einer Verschiebung der Konferenz von Lausanne auf den Sommer bei.<sup>26</sup> Zu diesem Zeitpunkt sollte Brüning schon nicht mehr Reichskanzler sein. Seine berühmten Worte, wonach man ihn nur 100 Meter vor dem Ziel zu Fall gebracht und somit um die Früchte seiner Außenpolitik gebracht habe, entbehren nicht ganz der Unwahrheit. In seiner zweijährigen Amtszeit hatte er die Ablösung der Reparationen sicherlich mit vorbereitet, hatte sich jedoch durch seine Standhaftigkeit am Ende selbst ins Abseits gestellt.

Am 30. Mai wurde Heinrich Brüning zu Reichspräsident Hindenburg bestellt, wo dieser ihn bat, eine Rechtsregierung zu bilden. Dies lehnte der Kanzler ab und bekundete stattdessen die Demission des Kabinetts. Nach G. R. Treviranus, dem langjährigen politischen Weggefährten Brünings, glaubte dieser dabei nicht an eine selbstständige Entscheidung Hindenburgs über die Abkehr von den gemeinsamen politischen Leitlinien. Demnach soll der Reichspräsident infolge seines fortgeschrittenen Alters nicht mehr zurechnungsfähig gewesen sein. Sogar die Diagnose hat Treviranus hier zur Hand. Fortschreitende Gehirnsklerose und Prostataleiden sollen Hindenburg derart zugesetzt haben, dass er zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Herr seiner Sinne gewesen sei.<sup>27</sup> Derartige „Feststellungen“ blieben und bleiben jedoch vor allem Vermutungen. Fakt ist, dass Brünings Konzept gescheitert war. Dass dazu nicht nur die Dynamik seiner erfolglosen Politik, sondern auch ein Intrigenspiel der „Hindenburgschen Kamarillas“ entschieden beigetragen hat, kann als sicher gelten.<sup>28</sup> Die Pläne für ein neues Modell lagen an jenem letzten Maitag schon bereit. Seit Wochen waren sie ausgearbeitet worden. Bereits am folgenden Tag empfing der Reichspräsident den neuen Kandidaten: Franz von Papen.

---

<sup>26</sup> Vgl., P. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 545.

<sup>27</sup> Vgl., G. R. Treviranus, Das Ende von Weimar, Düsseldorf 1968, S. 321.

<sup>28</sup> Vgl., G. Jasper, Die gescheiterte Zähmung, Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt a. Main 1986, S. 86.

## II. Das Modell „von Papen“

### 1. Herkunft und militärischer Werdegang

Franz Josef Friedrich Hermann Michael von Papen wurde am 29. Oktober 1879 in Werl/Westfalen geboren. Er entstammte väterlicherseits einem alten Adelsgeschlecht, dessen Vorfahren bereits in Diensten der Kaiser des Römischen Reichs Deutscher Nation und der Erzbischöfe und Kurfürsten von Köln standen. Die Familie war seit Generationen Gutshofbesitzer in Werl, galt jedoch nicht als überdurchschnittlich vermögend. Papens Vater, August Adolph, hatte als preußischer Kavallerieoffizier an den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 teilgenommen.<sup>29</sup> Seine Mutter, die Tochter eines ehemaligen Hauptmanns der preußischen Armee, entstammte rheinländischem Adel. Franz von Papens Elternhaus war traditionell von Standesbewusstsein und Loyalität gegenüber dem Monarchenstamm der Hohenzollern geprägt. Dem Sozialdemokratismus stand man ablehnend gegenüber. Franz von Papens Zukunft entschied sich schon früh. Eigenen Angaben zufolge haftete ihm schon seit jeher eine militärische Passion an.<sup>30</sup> Im Alter von 11 Jahren erfolgte – gemäß seines eigenen Wunsches – die Einweisung auf eine Kadettenschule, die ihn auf den Weg zum Offizier führen sollte. Mit 16 Jahren schloss Papen die Schule als Unteroffizier ab. Er wurde zudem ins Königliche Pagenkorps einberufen und erhielt somit noch relativ jung den Zugang zur exquisiten Berliner Hofgesellschaft. 1905, nach der absolvierten Offiziersprüfung, fand Papen Aufnahme beim Düsseldorfer Ulanenregiment, in dem seinerzeit schon sein Vater gedient hatte. Noch im gleichen Jahr kam es zur Heirat mit der Industriellentochter Martha von Boch - Gulhau. Eine 1908 begonnene Ausbildung zum Generalstabsoffizier in Berlin – seine Kameraden waren dort unter anderem Oskar von Hindenburg und Kurt von Schleicher – fand schließlich 1913 ihren erfolgreichen Abschluß.<sup>31</sup> Noch vor Ausbruch des Krieges wurde Franz von Papen zum Militärattaché für die USA und Mexiko ernannt und nach Washington gesandt. Nach der Aufdeckung von Sabotageunternehmungen des Diplomaten von Papen, erklärte ihn die amerikanische Regierung 1917 jedoch zur unerwünschten Person und wies ihn aus dem Lande.<sup>32</sup> Während des Krieges

---

<sup>29</sup> Vgl., H. Reim, Franz von Papen im Zwielficht der Geschichte, Baden-Baden 1979, S. 13.

<sup>30</sup> Vgl., F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 18.

<sup>31</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, München 1995, S. 15ff.

<sup>32</sup> Vgl., ebd., S. 21ff.

diente er vom Sommer 1916 bis 1917 an der Westfront. Bis Kriegsende leitete er schließlich die Operationsabteilung der Heeresgruppe in Mesopotamien, wohin er im Juni 1917 nach einem Versetzungsantrag beordert worden war.

## 2. Politischer Aufstieg

Franz von Papens politische Karriere begann nach dem Krieg. 1921 hatte er sich als Kandidat der Zentrumspartei für die Landtagswahlen in Preußen aufstellen lassen und hielt als Interessenvertreter der Grundbesitzer Einzug ins Abgeordnetenhaus. Bald festigte sich sein Ruf als Finanzexperte.<sup>33</sup> Die Zentrumspartei wurde zu diesem Zeitpunkt von ihrem linken Flügel – unter Vorsitz Matthias Erzbergers und nach dessen Tod durch Joseph Wirth – geprägt. In konservativen Kreisen wünschte man jedoch eine stärkere Wendung der Partei nach rechts. Um dies voranzutreiben, plante Papen über den Erwerb der Aktienmajorität des Zentrumsblattes „Germania“ Einfluss zu nehmen und den Parteikurs zu korrigieren. Dabei kam dieser Parteizeitung ihre große Bedeutung aufgrund ihres Charakters als eines inoffiziellen Sprachrohres des Zentrums, das die politische Linie artikulierte, zu. Da das Zentrum schon seit Anbeginn der Republik als Koalitionspartei nicht übergangen werden konnte, wurde der Zeitung eine besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Im Mai 1924 erwarb Papen ein großes Aktienpaket im Wert um 200.000 Goldmark.<sup>34</sup> Durch Veränderungen im Aufsichtsrat sowie der Redaktion sollte die „Germania“ in Zukunft für eine Koalition mit der politischen Rechten werben. Das Konzept ging letztlich nicht auf. Papen konnte die Aktienmehrheit nie erlangen, hatte aber seine politische Linie unterstrichen. 1925 trat er gegen den Kandidaten seiner eigenen Partei für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ein. Franz von Papen sandte dem neuen Reichspräsidenten später ein Glückwunschtelegramm, das dieser mit einem persönlichen Dankschreiben für das geleistete Engagement beantwortete.<sup>35</sup> Weiterhin trat Papen intern ablehnend gegen die Koalitionspolitik seiner Partei mit der SPD hervor. Es ist nachvollziehbar, dass durch dieses Verhalten der Name Papen – wenn auch nicht in der allgemeinen Öffentlichkeit – in den höchsten konservativen Kreisen bald an

---

<sup>33</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 27f.

<sup>34</sup> Vgl., J. A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, Aktivitäten in Politik und Presse 1918-1932, Düsseldorf 1977, S. 93f.

<sup>35</sup> Vgl., K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1955, 5. Auflage 1971, S. 455.

Prestige gewann. Er wurde zudem Mitglied im 1928 gegründeten „Bund zur Erneuerung des Reiches“. Die Zielsetzung ging hier schon aus dem Namen hervor. Dabei stand die Stärkung der Reichsmacht im Mittelpunkt der Absichten. Papen vertrat in dieser Gesellschaft bereits die These von der Überwindung des Dualismus Reich - Preußen, als dem eigentlichen Problem auf dem Weg zur Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung.<sup>36</sup> Im Jahr 1928 stand Franz von Papen sowohl bei der Schwerindustrie als auch beim Großgrundbesitz als deren Interessenwahrnehmer in einem guten Kurs. Vor allem gewann er jedoch den Rückhalt des Reichspräsidenten und seiner unmittelbaren Umgebung. Sein Name wurde in jenem Jahr sogar in Zusammenhang mit der Nachfolge des scheidenden Reichswehrministers Otto Geßler erwogen. Für die Mai - Wahlen des Jahres 1928 wurde ihm von seiner Partei indes ein solch ungünstiger Listenplatz zugeteilt, dass er letztendlich den Sprung in den Landtag verpasste.

Im Herbst jenes Jahres wurde Papen die Ehrenbürgermeisterschaft in seiner Heimatgemeinde Dülmen übertragen. Auf lokaler Ebene und als Direktoriumsmitglied des „Herrenklubs“ fand er in der Zeit seiner parlamentarischen Abwesenheit vom Landtag neue Betätigungsfelder. Dabei galt der „Herrenklub“ – ähnlich dem „Bund zur Erneuerung des Reiches“ – als eine Zusammenfassung der konservativen Kräfte, war jedoch eine wesentlich größere und einflussreichere Vereinigung. Vor allem hinsichtlich der Herstellung von Beziehungen und Verbindungen innerhalb der elitären konservativen Gesellschaft bestand das Streben seiner Mitglieder.<sup>37</sup>

Im Februar 1930 erfolgte Papens Rückkehr in den preußischen Landtag. Der Zentrums kandidat Theodor Roeingh hatte auf seinen Sitz verzichtet und somit eine Übernahme des Mandats ermöglicht. Papens Mitarbeit im Parlament beschränkte sich jedoch überwiegend auf seine bloße Anwesenheit. Dies bedeutete nicht, dass er von seinen politischen Ansichten abgewichen war. Im Gegenteil, hatte er sich in seiner „Dülmener Rede“, vom 2. Oktober 1931, vor der Generalversammlung des landwirtschaftlichen Ortsvereins, noch vehement für den Bruch des Präsidialkabinetts Brüning mit den Sozialdemokraten eingesetzt. Vielmehr verlangte Papen die Einbindung der Nationalsozialisten sowie der nationalen Rechten in die Reichsregierung.<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> Vgl., J. A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, S. 143.

<sup>37</sup> Vgl., ebd., S. 141f.

<sup>38</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 56.

### 3. Kanzlerkandidat

#### 3.1 Die Inszenierung

Heinrich Brüning's Abgang deutete sich seit Anfang Mai des Jahres 1932 an. Als Nachfolger trat General Kurt von Schleicher beim Reichspräsidenten für Franz von Papen ein. Dessen Forderung zur Integration der politischen Rechten sowie seine konsequente Befürwortung des präsidentialen Systems ließen ihn interessant erscheinen. Das Papen zudem nicht über die Qualifizierung seiner Vorgänger – er hatte beispielsweise nie in einer Reichsregierung mitgewirkt – verfügte und zudem keine eigene Hausmacht besaß wurde dabei bewusst und wohlwollend aufgefasst. Tatsächlich war es Schleicher, der als der eigentliche „Spiritus Rector“ in dieser Zeit galt.<sup>39</sup> Nach dem Misserfolg Brüning's sollte nun eine Lösung gefunden werden, die die Wiederherstellung der Machtverhältnisse zugunsten der konservativen Eliten im Staat versprach. Nicht als eigenständig handelnder Kopf einer Regierung war der kommende Reichskanzler gedacht, sondern als Strohmann, der ohne große Gegenwehr aus dem Hintergrund gelenkt werden könne.<sup>40</sup> Zudem galt Papen als ein Mann, der die gesellschaftlichen Formen exzellent beherrschte. Auch ein weiterer Vorteil ergab sich aus dieser Lösung: Im Gegensatz zum Grafen Kuno von Westarp – den Hindenburg ursprünglich als Nachfolger Brüning's vorgesehen hatte – galt Papen als verhandlungskompatibel für Alfred Hugenberg, dem Führer der immer noch große Teile der mächtigen ostelbischen Großgrundbesitzer hinter sich vereinigenden DNVP im Reichstag. Letztlich überwog jedoch die Einschätzung Schleichers, wonach Franz von Papen zwar kein Kopf, aber ein Hut sei.<sup>41</sup>

Nach eigenen Angaben erhielt Papen am 26. Mai 1932 einen Anruf Kurt von Schleichers, der ihn bat, schnellst möglichst nach Berlin zu kommen. Am 28. Mai soll Papen in einer Unterredung mit diesem dann erstmals mit der Antragung des Kanzleramts konfrontiert worden sein.<sup>42</sup> Sogar ein Kabinett hatte der General schon zusammengestellt. Alles hing nur noch von der Zusage Papens ab. Bereits am 25. Mai wurde sein Name in politischen Zirkeln als Kanzlerkandidat gehandelt.

---

<sup>39</sup> Vgl., M. Funke, Republik im Untergang, Die Zerstörung des Parlamentarismus als Vorbereitung der Diktatur, in: K. D. Bracher, M. Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933, Bonn 1988, S. 512.

<sup>40</sup> Vgl., H. Heiber, Die Republik von Weimar, München 1975, S. 251.

<sup>41</sup> Vgl., H. Schulze, Weimar, Deutschland 1917-1933, Berlin 1982, S. 373.

<sup>42</sup> Vgl., F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 184.

Joseph Goebbels notierte beispielsweise eine vage Postenverteilung des neuen Kabinetts schon zu diesem Zeitpunkt in sein Tagebuch.<sup>43</sup>

Um das Fundament für eine neue Regierung zu stärken, fädelte Schleicher eine Audienz Adolf Hitlers mit Reichspräsident Hindenburg ein. Zur Massenbewegung angewachsen, galt die NSDAP im Falle einer unerbittlichen Opposition als Hemmschuh des neuen Regimes. Am 30. Mai verabredeten Hindenburg und Hitler die Aufhebung des SA- und SS - Verbots sowie die Auflösung des Reichstags gegen das Eingeständnis einer nationalsozialistischen Tolerierung des neuen Regimes.<sup>44</sup> Diese Zusage sollte dann Papens letzte Vorbehalte zerstreuen. Dieser erbat sich jedoch zunächst eine Bedenkzeit.

### 3.2 Papens Zögern

Franz von Papen wusste, dass er bei Annahme der Kanzlerschaft seine eigene Partei brüskieren würde. Heinrich Brüning galt in eigenen Reihen immer noch als anerkannte Persönlichkeit. Eine Ablösung durch eines ihrer Mitglieder musste dabei wie ein Brudermord erscheinen. Dabei sah sich Papen generell nicht als der richtige Kandidat an. Er fühlte sich der bestehenden politischen Lage als Reichskanzler nicht gewachsen.<sup>45</sup> Im Außenministerium erblickte er dagegen eine Herausforderung, die ihn viel eher ansprach. Stattdessen glaubte Papen, dass, an seiner statt, Kurt von Schleicher für den Posten des Kanzlers die richtige Person sei. Diesem lag jedoch das Auftreten in der Öffentlichkeit nicht. Auch widersprach es dessen Taktik, weiterhin aus dem Hintergrund agieren zu können. Papens Bedenken bezüglich des Zentrums hatte Schleicher zuvor noch mit dem Einwand der sich daraus demonstrierenden Überparteilichkeit seiner Person zu zerstreuen versucht. Papen sah jedoch als Hauptaufgabe des zukünftigen Kabinetts „... die Sammlung aller aufbauwilligen Kräfte der Nation ... außerhalb und über den Parteien.“<sup>46</sup> Er selbst erkannte, dass in diesem Konzept kein Platz für einen Kanzler Franz von Papen war, denn er hätte fortan als Symbol der Spaltung und nicht der Einigung gelten müssen. Eine Unterstützung seiner Regierung durch die Parteien hätte somit als utopisch erscheinen müssen. Mit dem Entschluss zur Ablehnung des Angebots suchte Papen am 30. Mai Schleicher auf. Am Tag darauf versicherte

---

<sup>43</sup> Vgl., K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 333.

<sup>44</sup> Vgl., G. Schulz, Von Brüning zu Hitler, Berlin 1992, S. 887ff.

<sup>45</sup> Vgl., F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 186.

<sup>46</sup> Ebd.

er dann dem Vorsitzenden der Zentrumsparterie, dem Prälaten Ludwig Kaas, er würde nicht als Kanzler zur Verfügung stehen. Für den gleichen Tag hatte Schleicher jedoch auch einen Empfang Papens beim Reichspräsidenten eingerichtet.

### 3.3 Hindenburgs Befehl

Im Reichspräsidentenpalais sah sich Papen mit einem bestürzten Paul von Hindenburg konfrontiert. Das Staatsoberhaupt appellierte mit allem Nachdruck an Franz von Papens Pflichtgefühl gegenüber dem Vaterlande und erinnerte ihn an seine soldatische Treue, die er einst dem preußischen Staat geschworen hatte.<sup>47</sup> Mit dieser Emotionalität hatte Papen nicht gerechnet. Er ließ sich umstimmen und nahm die Kanzlerschaft an.

K. D. Bracher sieht in diesem Szenario nicht mehr den Reichspräsidenten, der an den ihm wohl gesonnenen Politiker appellierte, sondern vor allem den Generalfeldmarschall, der seinem jungen Offizier einen unwiderruflichen Befehl erteilte.<sup>48</sup> Hier wurde die Republik wieder zum preußischen Gehorsams- und Pflichterfüllungsstaat degradiert. Die Emotionalität der Vaterlandsliebe siegte letztlich über die Liebe zur Rationalität. Sinngemäß hierzu folgerte E. Eyck den Ausspruch des preußischen Demokraten Franz Ziegler, der seinen Parteifreunden einst empfahl, „sie sollten sich mit dem Selbstvertrauen der Junker wappnen: Wenn der König von Preußen einem seiner adeligen Gardeoffiziere den Befehl gäbe, das Opernhausorchester zu dirigieren, er würde es tun, auch wenn er noch nie einen Taktstock in der Hand gehalten hätte.“<sup>49</sup>

„Einen König von Preußen gab es nicht mehr. Aber es gab einen Königlich Preußischen Feldmarschall a. D., und er fand einen adeligen Königlich Preußischen Kavallerie-Major a. D., dem er die Aufgabe übertragen konnte, zwar nicht ein Opern-Orchester, aber das Deutsche Reich zu dirigieren, obwohl noch niemand an ihm jemals Fähigkeiten bemerkt hatte, die ihn zu einer leitenden Stellung qualifizierten.“<sup>50</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl., ebd., S.189f.

<sup>48</sup> Vgl., K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 467.

<sup>49</sup> E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, Stuttgart 1956, S. 483.

<sup>50</sup> Ebd.

### III. Franz von Papen als Reichskanzler

#### 1. Außenpolitik

##### 1.1 Die Abrüstungsfrage – Die Konferenz von Genf

Noch in die Prä - Papen Ära fiel der Auftakt zur internationalen Abrüstungskonferenz in Genf. Aufgrund eines Beschlusses des Völkerbundes vom Januar 1931, traten seit dem 2. Februar 1932 die Völkerbundstaaten sowie die USA und Russland zu Verhandlungen zusammen. Deutschland verfocht seit dem Auftakt seine Gleichberechtigung hinsichtlich der Abrüstungsfrage. Dabei berief man sich auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags. In der Präambel des militärischen Teils war die deutsche Abrüstung dort als Ausgangspunkt einer weltweiten, alle Nationen umspannenden Abrüstungsbeschränkung begründet worden.<sup>51</sup>

Entscheidende Erfolge hatte die deutsche Delegation unter dem Regime Brüning nicht verzeichnen können. Obwohl der Reichskanzler nicht persönlich am Ort weilte, bot sich für das neue Regime hier erstmalig die Möglichkeit, seine politische Richtung zu demonstrieren und erste Erfolge zu verzeichnen. Zielsetzung der Regierung blieb die Forderung nach einer Anpassung der internationalen Rüstung auf das Niveau Deutschlands. Dabei wurde eine Aufrüstung aus deutscher Sicht aufgrund finanzieller Defizite zu diesem Zeitpunkt wohl wissend als utopisch eingeschätzt.<sup>52</sup> In ihrem nie erloschenen Großmachtstreben richtete sich die deutsche Außenpolitik daher auf eine Taktik der „Abrüstungsbeharrung“ ein. Sollte diese Forderung nach einem allgemeinen internationalen Abrüsten auf Widerstand treffen, konnte jederzeit eine Diskriminierung Deutschlands gegenüber den anderen Nationen formuliert werden. Eine eigenständige Aufrüstungspolitik sollte – in den Augen der deutschen Regierung – damit zumindest zukünftig als gerechtfertigt erscheinen können. Im Angesicht der desolaten innenpolitischen Lage brauchte Papen schnelle Erfolge. Das selbstbewusste Auftreten der deutschen Delegation in Genf und die vehemente Forderung nach militärischer Gleichberechtigung sollte die Kritiker im eigenen Land verstummen lassen und die Position des neuen Kabinetts stärken. Dabei musste Deutschland vor allem mit dem Widerstand Frankreichs rechnen. Die gesamte Außenpolitik der Weimarer

---

<sup>51</sup> Vgl., H. Heiber, Die Republik von Weimar, S. 238.

<sup>52</sup> Vgl., Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B: 1925-1933, Bd. XX, 01. März bis 15. August 1932, Göttingen 1983. S. 286.



Republik war aus der Sicht des Nachbarn von der steten Befürchtung um seine Sicherheit geprägt. Nur die bedingungslose Untermauerung des politischen Status quo durch den Versailler Vertrag schien diese Sicherheit zu gewährleisten.<sup>53</sup> Eine Veränderung der politischen Verhältnisse zugunsten Deutschlands – und mochte sie noch so zeitgemäß und erörterungswürdig erscheinen – wurde in Frankreich als zwangsläufige Dynamik einer verheerenden Erosion auf der politischen Landkarte verstanden und belastete dort die Psyche der Nation.

Im Laufe der Konferenz sollte sich eine Richtung entwickeln, die zwar die Waffenkontingente der Siegermächte eingrenzte, jedoch, im Gegensatz zu Deutschland, deren immer noch wesentlich höheren Rüstungsstand legitimieren sollte. Eine dem zugrunde liegende, vom tschechoslowakischen Delegationsleiter Beneš ausgearbeitete, Vertragsresolution wurde im Sommer 1932 von Deutschland abgelehnt, da sie auf eine Gleichberechtigung nicht einging.<sup>54</sup> In einer Anweisung des Reichsaußenministers Neurath an den deutschen Delegationsleiter Nadolny vom 20. Juli 1932 sollte die Abschlusserklärung gemäßigt ausfallen. Eine eventuelle Solidarität anderer Nationen gegenüber dem deutschen Standpunkt sollte nicht durch einen zu scharfen Ton vertan werden. Dabei befürworteten sowohl England als auch die USA grundsätzlich eine Lösungsfindung. Als Hauptgläubigerland des Weltkrieges befürchteten die Amerikaner aufgrund der Unbeweglichkeit der europäischen Mächte eine dauerhafte Lähmung des Handelsmarktes und demzufolge anhaltende Wirtschaftskrisen. England vertrat die Linie eines Kompromisses, der sowohl auf Deutschlands als auch auf Frankreichs Interessen eingehen sollte und versuchte, die Verhandlungen aufrecht zu erhalten.<sup>55</sup> Ein Ergebnis kam jedoch nicht mehr zustande. Vor allem die Reichswehrleitung unter ihrem neuen Minister Kurt von Schleicher verfolgte eine Durchsetzung der aufgestellten Forderungen und setzte das Auswärtige Amt unter Druck. Eine Rüstungsparität mit Frankreich galt Schleicher dabei als erste Priorität. Dazu sollte langfristig auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beitragen.<sup>56</sup> Am 22. August 1932 unterstrich auch noch einmal der Kanzler die Haltung der Reichsregierung. In einem Gespräch mit dem britischen Botschafter Rumbold

---

<sup>53</sup> Vgl., P. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 547.

<sup>54</sup> Vgl., Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Bd. XX, S. 519.

<sup>55</sup> Vgl., Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B: 1925-1933, Bd. XXI, 16.

August

1932-29. Januar 1933, Göttingen 1983, S. 316.

<sup>56</sup> Vgl., P. Longerich, Deutschland 1918-1933, Die Weimarer Republik, S. 334f.

rechtfertigte Papen die Forderung nach militärischer Gleichberechtigung Deutschlands mit dem Anrecht zum Schutz seiner Landesgrenzen.<sup>57</sup>

Am 14. September 1932 sagte die deutsche Delegation die weitere Teilnahme an der Genfer Konferenz ab und lähmte den Abrüstungsprozess nachhaltig.<sup>58</sup> Erst im November kam es wieder zu internationalen Annäherungen. Eine Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung sollte erst im Winter zustande kommen. Ihr Wert galt jedoch als fraglich. Zu kompromisslos erschienen die Haltungen aller Mächte, und zu wenig Vertrauen gegeneinander verband sie. Schon 1933 wurde das Thema wieder zur Diskussion gestellt.

Ein vorzeigbares Ergebnis war der Abrüstungskonferenz von Genf nicht vergönnt. Keine der beteiligten Mächte gelang es, aus ihr ein positives Resümee zu ziehen.

## 1.2 Die Reparationsfrage – Die Konferenz von Lausanne

### 1.2.1 Politik ohne Kompromisse – Deutschlands Leitlinien

Parallel zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen verlief im Sommer 1932 die Lausanner Konferenz zur Problematik der Reparationsfrage. Sie trat am 16. Juni zusammen und tagte bis zum 9. Juli. Anders als in Genf erblickte der neue Reichskanzler hier das Forum, auf dem er die Durchsetzung der Reparationsstreichungen besiegeln und damit das so dringend benötigte Prestige für seine Regierung ernten könnte.

War die Situation in Genf noch ungleich verfahrenener und eine Gleichberechtigung militärischer Art für Deutschland nicht unbedingt zu erwarten, so deuteten alle Umstände hinsichtlich der Reparationen diesmal auf eine für Deutschland günstige Lösung hin. Franz von Papens Vorgänger Heinrich Brüning und vor allem auch Gustav Stresemann hatten Zeit ihrer Amtsjahre als Reichskanzler und Außenminister wesentlich am Zustandekommen einer alliierten Gesprächsbereitschaft und dem damit erhofften Ende der Zahlungen beigetragen. Das diplomatische Feld war daher gut vorbestellt. Gegenüber Brüning besaß Papen außerdem den Vorteil eines besseren Ansehens bei der französischen Delegation. So hatte seine Einheirat in die Familie des saarländischen Industriellen René von Boch - Galhau auch zu einer Beschäftigung mit der französischen Sprache und Kultur geführt. Er beherrschte demzufolge ein perfektes Französisch

---

<sup>57</sup> Vgl., Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik, Bd. XXI, S. 30.

<sup>58</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI, Die Weimarer Reichsverfassung, S. 1119.

und hatte nach dem Krieg in mehreren deutsch - französischen Gremien mitgewirkt.<sup>59</sup> Papen galt allgemein als frankophil und war sich sicher, dass der Schlüssel zum Reparationsproblem vor allem bei Frankreich lag, während Brüning den Zugang zur Lösung noch in der Annäherung an England und den USA gesehen hatte.<sup>60</sup>

Mehr als alles andere waren es die globalen wirtschaftlichen Krisen, die für eine Beendigung der Forderungen sprachen. Durch die Börsenstürze bedingt war bereits der Young - Plan mit seiner Fixierung der Schuldenlast auf 112 Milliarden Reichsmark unrealisierbar geworden. In einem neuen Beschluss, dem Hoover - Moratorium, vom Juli 1931, war die deutsche Zahlungsunfähigkeit offiziell von alliierter Seite wahrgenommen und bestätigt worden. Seit 1919 hatte Deutschland – neben den materiellen Sachlieferungen – an die ehemaligen Kriegsgegner etwa 25 Milliarden Goldmark entrichtet. In Lausanne gedachte Papen nun die endgültige Streichung der leidigen Zahlungsverpflichtungen zu erringen und mit diesem Erfolg einen Rückhalt im eigenen Lande für seine Politik zu gewinnen. Dabei setzte der Kanzler schon im Vorfeld der Verhandlungen auf die radikale Linie der Kompromisslosigkeit seiner Delegation in Genf. Über allem stand Papens Forderung nach der endgültigen Streichung aller Zahlungsverpflichtungen.<sup>61</sup> Hierzu sah der Reichskanzler keine Eingeständnisse vor. Ferner gedachte man von deutscher Seite, Lausanne als zusätzliches Forum für die Rüstungsfrage mitzunutzen. Hier sollte der Anspruch nach Deutschlands militärischer Gleichberechtigung – parallel zu Genf – vor den Staatsoberhäuptern vertreten und durchgesetzt werden. Die Abschaffung der militärischen Einschränkungen Deutschlands nach Teil V des Versailler Vertrages sowie das generelle Recht zur Benutzung aller Waffenarten, die anderen Staaten nicht verboten waren, sollten jetzt nochmals zur Sprache kommen.<sup>62</sup> Abgerundet wurde die Prioritätenliste zudem mit der Forderung nach der Revidierung des Kriegsschuldparagraphen, der dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten die Verantwortung für die Katastrophe zuwies.<sup>63</sup>

Neben der reinen Prestigegewinnung sollte ein Erfolg in den militärischen Fragen auch einem überaus pragmatischen Vorhaben als Unterstützung dienen. Um innenpolitisch gegen die Widerstände aus den verschiedenen politischen Lagern

---

<sup>59</sup> Vgl., J. A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, S. 148f.

<sup>60</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 76.

<sup>61</sup> Vgl., F. v. Papen, Vom Scheitern einer Demokratie, Mainz 1968, S. 214.

<sup>62</sup> Vgl., Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd., XX, S. 282.

<sup>63</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 75.

auch zukünftig bestehen zu können, sollte die Wehrbereitschaft erhöht werden. Dabei sollte die Armee die Führungsrolle einnehmen. Doch auch diverse Einrichtungen, wie z. B. der freiwillige Arbeitsdienst oder die Technische Nothilfe, sollten „aufgerüstet“ werden, um im Falle von langfristigen Streiks die wichtigsten Betriebe aufrechterhalten zu können.<sup>64</sup>

Unter der Leitung des Reichskanzlers zog die deutsche Delegation Mitte Juni schließlich nach Lausanne. Zu ihren Führungsköpfen gehörten ferner Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Bernhard von Bülow und Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk. Auf alliierter Seite gehörten zu den politischen Exponenten unter anderem Englands Premierminister James MacDonald und sein Schatzkanzler Arthur Chamberlain. Frankreich wurde vertreten durch Premierminister Édouard Herriot sowie Finanzminister Louis Germain - Martin. Aus Italien reisten Außenminister Grandi und Finanzminister Mosconi an. Belgien nahm seine Interessen durch Ministerpräsident Jules Renkin wahr.<sup>65</sup> Weitere Konferenzteilnehmer stellten darüber hinaus Vertreter aus Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Japan, Polen, Portugal, Rumänien, der Tschechoslowakei und den südslawischen Ländern dar.<sup>66</sup> In der Abwesenheit des Kanzlers wurde das Reichskabinett durch Innenminister Wilhelm von Gayl geleitet.

### 1.2.2 Die Angst vor dem Gesichtsverlust – Das Verharren auf den Positionen

Auch auf alliierter Seite war es im Vorfeld der Konferenz zu intensiven Beratungen und Absprachen gekommen. Am 11. und 12. Juni 1932 hatten sich die englische und französische Delegation bereits in Paris getroffen, um ihre Positionen darzustellen und die deutsche Zahlungsverpflichtung zu diskutieren. Der englische Premierminister deutete hier schon an, dass man in London die Beseitigung der Reparationen überwiegend befürworte. Im Gegensatz dazu lehnte Herriot eine Streichung ab. Jedoch beschloss man auf die prekäre finanzielle Situation Deutschlands insofern einzugehen, als man die nächste fällige Rate zum 1. Juli zunächst einmal zeitlich unbestimmt verschieben wollte. Dabei sollte jedoch noch nicht über die generellen Zahlungsverpflichtungen entschieden werden. Vor allem

---

<sup>64</sup> Vgl., P. Longerich, Deutschland 1918-1933, Die Weimarer Republik, S. 335.

<sup>65</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 995.

<sup>66</sup> Vgl., W. Maser, Zwischen Kaiserreich und NS-Regime, S. 291f.

der französische Premier Herriot erbat sich hier eine zurückhaltende Vorgehensweise.<sup>67</sup>

Auch die USA – obgleich nicht an der Konferenz teilnehmend – hatten schon im Vorfeld eine Lösung auf dem Weg des Kompromisses gefordert und somit einen Pro - Deutschland gesinnten Kurs angedeutet. Als Hauptgläubigerland des Weltkriegs befürchteten die Amerikaner einmal mehr die dauerhafte Schädigung der globalen Wirtschaft, sollten Deutschland weiterhin jene strengen Auflagen gemacht werden. Vielmehr sollten alle Nationen Eingeständnisse machen, um die wirtschaftliche Talfahrt bewältigen zu können.<sup>68</sup>

In einem Gespräch des Reichsfinanzministers von Krosigk mit dem Sachverständigen der britischen Delegation, Frederick Leith - Ross, unmittelbar nach Beginn der Konferenz, bestätigte Letzterer, dass neben den USA und England auch Italien und Belgien das Reich unterstützen würden.<sup>69</sup> Dies ließ einerseits den Druck auf Frankreich anwachsen, förderte jedoch auch andererseits die gefährliche Euphorie eines nahen Erfolgs bei der deutschen Delegation. Genährt wurden diese Erwartungen durch einen geglückten Auftakt der Konferenz. Der Reichskanzler hielt die Eröffnungsrede auf französisch und gewann damit die Sympathien der Versammlung.<sup>70</sup> Der deutsche Reichskanzler war davon überzeugt, dass trotz der Schwierigkeit der Thematik allen Beteiligten bewusst sein musste, dass eine Gesundung der wirtschaftlichen Situation nur durch eine Absage an die Aufrechterhaltung der Reparationspolitik von Versailles gelingen konnte. In seiner Rede unterstrich der Kanzler die Aussichtslosigkeit der Erholung nicht nur der deutschen, sondern auch der Weltkonjunktur, die sich in den horrenden Schuldenzahlungen ausdrücken würde.<sup>71</sup> In einem ersten Zusammentreffen der deutschen und der französischen Delegationen ließ Frankreichs Premierminister Édouard Herriot jedoch keinen Zweifel an seiner Ablehnung der Reparationsstreichungen aufkommen. Er schlug stattdessen eine Abschlusszahlung in Höhe von 7 Milliarden Reichsmark vor, die durch die Deutsche Reichsbahngesellschaft abgesichert werden sollte.<sup>72</sup> Bei einer weiteren Besprechung am 24. Juni verwarf er den Sinn einer Reise nach Lausanne, die zum

---

<sup>67</sup> Vgl., G. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 904f.

<sup>68</sup> Vgl., Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Bd. XX, S. 246.

<sup>69</sup> Vgl., ebd., S. 323.

<sup>70</sup> Vgl., H. Reim, Franz von Papen im Zwielficht der Geschichte, S. 29.

<sup>71</sup> Vgl., F. v. Papen, Vom Scheitern einer Demokratie, S. 215.

<sup>72</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, Juni bis September 1932, Boppard am Rhein 1989, S. XXVII.

Zweck die vollkommene Aufhebung der Reparationen gehabt haben sollte. Er präsentierte zudem eine Aufstellung von Forderungssummen der anderen Nationen. Hieraus ergab sich, nach den USA, für Frankreich bei weitem das höchste Verzichtopfer von allen forderungsberechtigten Ländern. Demnach hätte das Land, welches besonders hart unter den deutschen Angriffen gelitten hatte, auf mehr als das Zehnfache an Geldern gegenüber Italien verzichten müssen (360 Millionen Goldmark gegen 32 Millionen Goldmark)<sup>73</sup>. Ferner appellierte der französische Ministerpräsident an die deutsche Seite, seine Situation zu berücksichtigen. Einer Streichung der Reparationslasten hätte auch ein Verzicht der Amerikaner auf die Forderungen gegenüber Frankreich vorausgehen müssen. Dies stand zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht zur Debatte. Eine Aufhebung der Reparationen bezeichnete Herriot unter diesen Umständen schließlich als kindisch und unrealistisch.<sup>74</sup>

Einige Tage zuvor hatte Papen wiederum den Vorschlag des britischen Premierministers, die deutsche Reichsbahn oder andere staatliche Unternehmungen im Zuge einer Restzahlung zu belasten, vehement abgelehnt. Dabei argumentierte der Reichskanzler mit der Notwendigkeit der Ausfuhrsteigerung und der gleichzeitigen Einfuhrbeschränkung, sollten Deutschland weitere Belastungen auferlegt werden. Eine Verschärfung der internationalen Wirtschaftsstörungen wäre – so Papen – damit eine unvermeidbare Folge gewesen.<sup>75</sup> Die Positionen der Protagonisten dieser Konferenz zeichneten sich somit früh ab. Weder Frankreich noch Deutschland gedachten von ihren politischen Linien abzuweichen. Wegen der Festgefahrenheit der gegnerischen Richtlinien drohte ein frühes Scheitern der Verhandlungen. Jede Partei fürchtete durch ein Beigeben ihr Gesicht vor den eigenen Landsleuten zu verlieren, denn die Erwartungen in beiden Nationen waren hoch. Verzweifelt erscheint Herriots Bemühen, Papen verständlich zu machen, wie unmöglich es ihm sei, in Frankreich vor die Kammer zu treten und einzugestehen, dass Deutschland keinen Sou mehr zu zahlen hätte, ohne eine vergleichbare Gegenleistung tätigen zu müssen.<sup>76</sup> Auch der Reichskanzler stand unter enormen Druck. Die Reparationspolitik wurde in breiten Schichten seines Volks schon lange als „verdeckte Fortsetzung des

---

<sup>73</sup> Vgl., ebd., S. 138f.

<sup>74</sup> Vgl., ebd., S. 140.

<sup>75</sup> Vgl., Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Bd. XX, S. 333.

<sup>76</sup> Vgl., F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 211.

Krieges mit anderen Mitteln“ empfunden.<sup>77</sup> Auch das Angebot eines längeren Zahlungsaufschubs verwarf Papen, indem er Deutschland auch in Zukunft als unfähig bezeichnete, die Leistungen wieder aufzunehmen. Gleichzeitig setzte er die Aufrechterhaltung des Forderungssystems in Relation mit dem zerstörten Vertrauen in der Handelswelt, von dem diese jedoch abhängig sei.<sup>78</sup> Papen musste mit einem Erfolg in der Tasche wieder nach Hause zurückkehren. Die zukünftige Politik seines Kabinetts benötigte das Fundament eines anerkannten – und dies hieß vor allem eines erfolgreichen – Kanzlers, der auch gegenüber den Siegermächten Autorität ausstrahlte. Demgegenüber präsentierte eine weitere Vergleichsrechnung Herriots eine deutsche Schuldenlast in Höhe von 12 Milliarden Reichsmark im Gegensatz zu umgerechneten 51 Milliarden Reichsmark französischer Lasten. Eine Streichung der Zahlungen wurde somit einer Privilegierung Deutschlands gleichgesetzt und wollte nicht akzeptiert werden.<sup>79</sup> Nach beinahe zweiwöchigen Verhandlungen war noch kein konkretes Ergebnis erzielt worden. Die Konfrontation mit der französischen Delegation verhärtete sich, als Deutschland nun begann, auch Zugeständnisse in der Abrüstungsfrage und hinsichtlich des Kriegsschuldparagraphen an den Verhandlungstisch zu tragen.

### 1.2.3 Eingeständnisse – Das Ergebnis von Lausanne

In Anbetracht der festgefahrenen Situation der Reparationsgespräche, entschloss sich Papen überraschend zu einer Änderung des Kurses. Am 28. Juni machte der Reichskanzler auf einer Dreimächtebesprechung zwischen England, Frankreich und Deutschland erste tiefere Eingeständnisse in Form einer Restzahlung „zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft.“<sup>80</sup> Dafür sollte die Frage der militärischen Gleichberechtigung sowie des Kriegsschuldartikels im Sinne des Reichs gelöst werden.<sup>81</sup> Papen ging noch weiter. Um Frankreichs Zustimmung zu einer Beendigung der Reparationen zu gewinnen, bot er eine intensive politische Zusammenarbeit beider Nationen im Sinne eines Konsultativpaktes an. Dabei sollten neben regelmäßigen Treffen zur Behandlung europäischer Fragen

---

<sup>77</sup> M. Funke, Die Republik der Friedlosigkeit, Äußere und innere Belastungsfaktoren der Epoche von Weimar 1918-1933, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 32-33/94, Bonn 1994, S. 12.

<sup>78</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 996.

<sup>79</sup> Vgl., G. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 908.

<sup>80</sup> E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 996.

<sup>81</sup> Vgl., ebd.

deutsche und französische Offiziere im Rahmen der militärischen Koexistenz jederzeit Zugang zum Generalstab des Nachbarn erhalten, um über dortige Vorgänge referieren zu können.<sup>82</sup> Dieses „Vertrauensangebot“ wurde jedoch ohne Konsultation der britischen Delegation unternommen. Ein französischer Korrespondent – dem der Reichskanzler voreilig seine Pläne offenbart hatte – unterrichtete daraufhin die Öffentlichkeit von einem bevorstehenden Pakt, einer Entente zwischen Deutschland und Frankreich.<sup>83</sup> Daraufhin stellte sich eine englische Verstimmung gegenüber dem Reich ein. Für Papen unerwartet, protestierte MacDonald gegen das einseitige Vorgehen der deutschen Delegation und kritisierte darin einen Versuch, England zu isolieren, um das europäische Gleichgewicht wieder zu verändern.<sup>84</sup> Schließlich war es gerade England, das sich besonders für einen Erfolg der Konferenz engagierte hatte und ein für Deutschland akzeptables Ergebnis auszuhandeln bemüht gewesen war. Ein positiver Abschluss der Verhandlungen schien immer unwahrscheinlicher zu werden. Papen wusste jedoch um die Notwendigkeit einer endgültigen Klärung der Problematik. Ohne eine Beendigung der leidigen Reparationsdebatte würde seine Reputation im eigenen Lande auch bei seinen bisherigen Unterstützern ernsthaft in Gefahr geraten. Auf deutscher Seite wagte man nun die Formulierung einer Abschlusszahlung: 2 Milliarden Reichsmark sollten Frankreich offeriert werden. Zusätzlich schlug man die Errichtung eines Unterstützungsfonds für volkswirtschaftliche Sanierungen innerhalb der Donauländer vor.<sup>85</sup> Diese plötzliche Zahlungsbereitschaft bewirkte zunächst jedoch die Missgunst des französischen Premierministers, bedeutete es doch den klaren Widerspruch zu der vormals so gepflegten These von der absoluten Zahlungsunfähigkeit Deutschlands.<sup>86</sup> Dennoch, Frankreich griff den Faden auf. Das Pokern um die Restzahlung begann. Dabei wies Herriot die deutschen Vorschläge zunächst ab und beharrte auf einer höheren Summe. Gegenüber MacDonald, soll sich dieser ausgedrückt haben, die Akzeptanz einer Summe unter 4 Milliarden Reichsmark würde „seinen sicheren politischen Tod bedeuten.“<sup>87</sup> Schließlich war es Englands Ministerpräsident MacDonald, der eine Summe von 3 Milliarden Reichsmark als Kompromisslösung vorschlug. Dabei soll er erklärt haben, dass man Frankreich vor die Entscheidung

---

<sup>82</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 76.

<sup>83</sup> Vgl., K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 489.

<sup>84</sup> Vgl., F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 204.

<sup>85</sup> Vgl., K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 487.

<sup>86</sup> Vgl., ebd.

<sup>87</sup> Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Bd. XX, S. 424.



stellen werde, dieses Angebot zu akzeptieren oder eine einseitige Unterstützung Deutschlands durch England hinzunehmen. Der deutschen Delegation soll er für den Fall der Ablehnung die Aufkündigung der englischen Fürsprache in dieser Sache angedroht haben.<sup>88</sup> Letztlich willigten beide Seiten ein. Die endgültige Streichung der Reparationen war damit besiegelt.

Im Lausanner Abkommen vom 9. Juli 1932 wurden die Bestimmungen des erst zwei Jahre alten Young - Plans außer Kraft gesetzt und die Reparationen – die bis ins Jahr 1988 fixiert waren – gegen eine deutsche finale Zahlung von 3 Milliarden Reichsmark für beendet erklärt. Durch entsprechende Schuldverschreibungen bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich sollte die Summe schließlich nach einer dreijährigen Erholungsfrist für die deutsche Wirtschaft auf den Markt gelangen.<sup>89</sup>

Zu einer gesameinheitlichen Ratifikation des Lausanner Abkommens sollte es jedoch nicht mehr kommen. Dies war vorhersehbar gewesen, denn für einen offiziellen Abschluss hätte es einer Zustimmung aller vertragsschließenden Parlamente bedurft. Des Weiteren hätte es zu einer vorherigen Einigung der Vertragsmächte mit ihrem eigenen Gläubiger – das waren die USA – kommen müssen. Dort hätte man sich freiwillig zum Verzicht auf die Forderungen gegenüber seinen (alliierten) Schuldnern bereit erklären müssen.<sup>90</sup> Zu einer deutschen Restzahlung kam es aufgrund der nicht erfolgten Ratifizierung des Abkommens demzufolge nie. Jenes Eingeständnis bezeichnete Papen später dann auch lediglich als einen „Schönheitsfehler auf meiner Rechnung“.<sup>91</sup>

Im Gegenzug zur Streichung der deutschen Reparationen schloss England am 13. Juli 1932 einen Vertrauenspakt mit Frankreich. In allen Fragen der Handels- und Abrüstungspolitik sowie europäischer Angelegenheiten versicherte man, sich zukünftig zu beraten. Herriot verkaufte dieses Bündnis sehr erfolgreich vor seinem Parlament. Auch sein Verzicht auf Reparationen wurde in der Auffassung einer Befriedungspolitik verstanden, die Frankreich letztlich mehr Sicherheit gegenüber Deutschland als zuvor einbringen würde.<sup>92</sup>

---

<sup>88</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 198.

<sup>89</sup> Vgl., ebd, S. XXVIII.

<sup>90</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 998.

<sup>91</sup> F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 211.

<sup>92</sup> Vgl., P. Heyde, Frankreich und das Ende der Reparationen. Das Scheitern der französischen Stabilisierungskonzepte in der Weltwirtschaftskrise 1930-1932, in: K. D. Bracher, H.-P. Schwarz, H. Möller (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 48. Jahrgang, München 2000, S. 69.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde das Ergebnis von Lausanne nicht so euphorisch aufgenommen, wie der Reichskanzler dies erwartet hatte. Im Gegenteil, musste er doch die scharfe Kritik der Presse einstecken, die seine politischen Forderungen abseits der Reparationsthematik an den Pranger stellte. Generell waren die Erwartungen jedoch sowohl durch Brünings als auch durch Papens kompromisslose Haltungen im Vorfeld der Konferenz zu hoch angesetzt worden.<sup>93</sup> Selbst im eigenen Kabinett gab es Unzufriedenheit.

Reichswehrminister Kurt von Schleicher warf dem Reichskanzler vor, die Zahlungen nicht beendet zu haben. Daraufhin bot Papen intern seine Demission an, die Schleicher jedoch als einziger Minister befürwortete.<sup>94</sup> Dem Reichskanzler war es zwar gelungen, das Kapitel der verhassten Reparationen zu schließen, als Sieger ging er jedoch nicht aus diesem Ringen hervor. Kam die endgültige Abschaffung der Reparationen noch wenige Monate zuvor der Sehnsucht eines ganzen Volkes gleich, so nahm die deutsche Öffentlichkeit sie nun scheinbar unbeeindruckt zur Kenntnis.

Die Außenpolitik als Forum zur Festigung seiner Position zu nutzen war Franz von Papen nicht gelungen. Nun galt es um so mehr innenpolitische Akzente zu setzen. Das Kabinett stand im Angesicht einer desolaten Verfassung der Republik unter enormen Handlungsdruck.

## 2. Innenpolitik

### 2.1 Papens Einstand – Der Widerstand der Parteien

Am 1. Juni 1932 erhielt Franz von Papen von Reichspräsident Hindenburg den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts. Mit der Vereidigung am darauf folgenden Tag begann seine Amtszeit offiziell. War Papens Kanzlerschaft zu diesem Zeitpunkt in Reichstagskreisen schon längst kein Geheimnis mehr, reagierte die breite Öffentlichkeit jedoch mit Verwunderung. Der neue Mann an der Spitze der Reichsregierung war den meisten Bürgern unbekannt, seine Qualifikation galt somit als fraglich. Die Regierungsmannschaft war seit längerem im Hintergrund vorbereitet worden. Im Selbstverständnis ein Kabinett der „nationalen Konzentration“, wurde es schon früh als „Kabinett der Barone“ von den Gegnern verspottet. Dabei bekleideten allein neun Vertreter aus dem

---

<sup>93</sup> Vgl., G. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 913.

<sup>94</sup> Vgl., ebd., S. 914.

Adelsgeschlecht die wichtigsten Posten der Ministerien. Überwiegend parteilos, gehörte zu diesem Zeitpunkt kein Kabinettsmitglied dem Reichstag an. Dennoch konnte die neue Regierung als ein Fachkabinett bezeichnet werden, denn alle Minister waren Ressortkenner und galten als versiert.

Das Präsidialkabinett unter Franz von Papen:

Reichskanzler	Franz von Papen, Zentrum
Auswärtiges Amt	Konstantin Freiherr von Neurath, parteilos
Innenministerium	Wilhelm Freiherr von Gayl, DNVP
Justizministerium	Franz Gürtner, DNVP
Reichswehrministerium	Kurt von Schleicher, parteilos
Finanzministerium	Lutz Graf Schwerin von Krosigk, parteilos
Wirtschaftsministerium	Hermann Warmbold, parteilos
Ernährungsministerium	Magnus Freiherr von Braun, DNVP
Arbeitsministerium	Hugo Schäffer, parteilos
Postministerium	Paul Freiherr von Eltz - Rübenach, parteilos
Verkehrsministerium	ders.
Reichskommissariat für die Osthilfe	i. V. Magnus Freiherr von Braun, DNVP
Reichsminister ohne Geschäftsbereich	Johann Popitz, parteilos
Chef der Reichskanzlei	Erwin Planck, parteilos

Am 3. Juni 1932 trat Papen aus der Zentrumspartei aus. Auch die DNVP - Mitglieder unter den Reichsministern lösten ihre Parteizugehörigkeiten auf. Schon unmittelbar nach Papens Annahme des Kanzleramts hatte das Zentrum die „uneingeschränkte Opposition gegenüber dem neuen Kabinett“<sup>96</sup> angekündigt. Kanzler und Minister stießen zu Anbeginn ihrer Amtszeit auf die überwiegende Ablehnung der Parteien. Dazu bemerkt J. Petzold: „Es gab in der deutschen Geschichte kaum eine Regierung, die in einer ähnlich leichtfertigen Weise

---

<sup>96</sup> Vgl. E. R. Huber., S. 990.

vorbereitet wurde, wie die Papens.<sup>97</sup> Diese Aussage muss insofern als richtig erscheinen, als die Weichenstellung der Parteien vorhersehbar waren. Der unmittelbare Kampfkurs der Zentrumspartei – als Reaktion auf die Absetzung Brüning – konnte nicht überraschen. Angesichts eines durch und durch konservativ geprägten Kabinetts war auch der Protest der Sozialdemokraten abzusehen gewesen. Man sah in der Regierung anstatt der nationalen nur eine reaktionäre Konzentration.<sup>98</sup> Ebenfalls nicht tolerierungsbereit zeigte sich die BVP, die die Regentschaft der ostelbischen Großgrundbesitzer anprangerte und Brüning's Sturz kritisierte. Das vage Tolerierungsversprechen Adolf Hitlers konnte nur ein zeitlich limitiertes Dulden bedeuten, und die Kommunisten waren niemals ein ernsthaftes Thema für Kooperationen gewesen. Da auch eine Vereinigung der bürgerlichen Splitterparteien, wie DVP, KVP oder DStP, als unwahrscheinlich – und zudem auch ineffektiv – galt, musste jedwede Form einer Zusammenarbeit bzw. Stützung mit und durch die Parteien als unwahrscheinlich gelten.

Das bewusste Risiko eines reinen Notverordnungsregimes auf sich nehmend, sollte die Einsetzung des neuen Kabinetts in der Tat ein leichtfertiges und zweifelhaftes Unterfangen für die Republik bedeuten. Um eine erste Abstimmungsniederlage im Parlament zu vermeiden sowie das Versprechen der Nationalsozialisten einzufordern wurde per Dekret des Reichspräsidenten das Parlament zum 4. Juni aufgelöst und Neuwahlen auf den spätmöglichsten Termin angesetzt. Laut der Reichsverfassung durften dabei zwischen Auflösung und Wahlen nicht mehr als sechs Wochen verstreichen.

Für gerade einmal zwei Monate gewann Papen für sein Kabinett damit Handlungsspielraum, ohne dem Widerstand der Parteien im Reichstag ausgesetzt zu sein. In diesem Zeitraum lagen als außenpolitische Herausforderungen die Konferenzen von Genf und Lausanne, auf denen mit politischen Erfolgen ein solides Fundament für die Reichsregierung gelegt werden sollte. Diese Taktik sollte jedoch nicht aufgehen. Wie bereits ausgeführt, vermochte das Kabinett Papen weder in der Abrüstungsfrage noch in der Reparationsproblematik – trotz der Beendigung der Zahlungen – für sein angestregtes Agieren Pluspunkte zu sammeln. Die darauf folgende Abneigung war vor allem auf die angespannte Lage in der deutschen Bevölkerung zurückzuführen. Zu lange schon befand sich das Land in der Krise. Zu sehr mangelte es an den Dingen, die für die Existenz eines

---

<sup>97</sup> J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 64.

<sup>98</sup> Vgl., W. Michalka, G. Niedhart (Hrsg.), Die ungeliebte Republik, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, München 1981, S. 331.

Staates unverzichtbar sind: Arbeit, Brot und die Identifizierung der Bevölkerung mit dem eigenen politischen System.

In einer Rundfunkkundgebung vom 4. Juni 1932 – eine offizielle Regierungserklärung vor dem Parlament konnte wegen des aufgelösten Reichstages nicht stattfinden – war es Papen nicht gelungen, die Menschen zu erreichen und auf seine Seite zu ziehen. Vielmehr erging er sich in pathetischen Worthülsen, die Einheit des Volkes beschwörend und zur Opferbereitschaft des Einzelnen aufrufend.<sup>99</sup> Papen prangerte die Arbeitslosigkeit als Geißel des Staates an, präsentierte jedoch kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das eine klare Linie der Reichsregierung signalisiert hätte. Gegenüber seinem Vorgänger wurde keine Abhebung unterstrichen. Dabei galt es doch, die Verstimmung im Volke aufgrund Brüning's unpopulärer Sparpolitik zu brechen und klare Unterschiede zum neuen Kurs darzulegen. Stattdessen übernahmen Papen und sein Kabinett artig das Misstrauen der Bevölkerung.<sup>100</sup>

## 2.2 Juni - Notverordnungen

Die finanzielle Situation der Republik im Sommer 1932 war kritisch. Nach dem Regierungswechsel im Juni offenbarte eine Studie des Reichsfinanzministers erhebliche Defizite für viele Posten des Reichshaushalts. So schlugen allein die Fehlbeträge zur Deckung der Arbeitslosenfürsorge mit rund 814 Millionen Reichsmark zu Buche. Hinzu kamen Löcher in der Invaliden- und Knappschaftsversicherung von weiteren 305 Millionen Reichsmark. Dabei war eine negative Vorbilanz des Haushaltsetats dieser Aufstellung schon vorangestellt worden. Die Gesamtausgaben überwogen gegenüber den Gesamteinnahmen um über 100 Millionen Reichsmark. Ausgaben für landwirtschaftliche Besiedlung, diverse Zuschüsse für Grundstücksreparaturen, Beamtenbank und Genossenschaftsbanken sowie für Untertagearbeiter ergaben zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 93 Millionen Reichsmark. Nebst den unsicheren Posten ergab sich schließlich ein Fehlbetrag von 1.615 Millionen Reichsmark für den Jahreshaushalt.<sup>101</sup> In Anbetracht der desolaten wirtschaftlichen Situation der Republik entschloss sich das Kabinett zur Durchführung von Notmaßnahmen, die

---

<sup>99</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 68f.

<sup>100</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 986.

<sup>101</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 17 u. S. 20f.

schon unter dem Präsidialkabinett Brüning vorbereitet worden waren. Am 14. Juni 1932 kam es zum Erlass von Verordnungen, die eine Sanierung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden zum Ziel hatten. Die Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben und die Reduzierungen der Sozialleistungen erschienen in der Folge als eine konsequente Fortsetzung der Brüning'schen Politik. Konkret bedeutete dies: heftige Einschnitte in die Arbeitslosenhilfe und der Reichsversorgung. Zur Deckung der Arbeitslosenhilfe wurde eine Abgabe der Lohn- und Gehaltsempfänger sowie der Angestellten im öffentlichen Dienst eingeführt. Diese wurde gestaffelt zwischen 1,5 Prozent und 6,5 Prozent des jeweiligen Bruttolohnes.<sup>102</sup> Auch die Bezüge der Kriegsrentner und Kriegsgeschädigten wurden gekürzt. Mit der Streichung von Wohlfahrtsabgaben sollte die „Versorgepflicht“<sup>103</sup> – so Papen vor Vertretern des Deutschen Landwirtschaftsrates am 11. Juni 1932 – des Staates eingedämmt werden. Schließlich gedachte man, über steuerliche Vorkehrungen die Einnahmen des Staates zu steigern. Unter anderem wurde die Freigrenze in Höhe von 5.000 Reichsmark bei der Umsatzsteuer gekippt. Eine Wiedereinführung der Salzsteuer wurde ebenfalls beschlossen. Einen letzten Punkt bildeten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Die Regierung plante, in den Bereichen Land- und Wasserwirtschaft sowie des Verkehrswesens öffentliche Arbeitsprojekte zu errichten.<sup>104</sup> Dieses Vorhaben bedeutete einen konstruktiven Kontrast zu den rigorosen Sozialeinschnitten des Kabinetts. Angesichts einer Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 23 Prozent sowie der Wohlfahrtshilfe um 15 Prozent machte sich jedoch Empörung in der Öffentlichkeit breit. Da zudem eine Senkung der Industriebeiträge zur Krisensteuer und staatliche Zuwendungen an Großagrarier und Industrielle bekannt wurden, sollte sich auch die NSDAP nicht mehr in der Lage sehen, diese Regierung zu tolerieren, ohne ihre Glaubwürdigkeit im Volke in Frage stellen zu müssen.<sup>105</sup> Tatsächlich ging das Reichskabinett hier noch über die Deflationspolitik Brüning's hinaus. Sahen dessen Verordnungen noch eine Betreuungsfrist für den Fall der Arbeitslosigkeit von 13 Wochen vor, so veranschlagte das Kabinett Papen eine Bedürftigkeitsprüfung bereits nach 6 Wochen. Danach befanden sich die Betroffenen in der Regel in einer

---

<sup>102</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1001.

<sup>103</sup> J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 70.

<sup>104</sup> Vgl., E. R. Huber, Die deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1001.

<sup>105</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 71ff.

wirtschaftlichen Situation, die fernab des Existenzminimums lag.<sup>106</sup> Scharfe Proteste der SPD und der KPD folgten, aber konkrete Widerstandsmaßnahmen blieben aus.

Neben den wirtschaftlichen Notverordnungen wurde auch ein Gesetz zur Abwehr politischer Ausschreitungen verabschiedet. Im Zuge der regelmäßigen Unruhen zwischen den Anhängern der extremistischen Parteien wurden Überwachung und Auflösung von Versammlungen neu geregelt. Der Reichsinnenminister wurde befugt, Reichsweit in politischen Versammlungen zu intervenieren. Er konnte somit die Länderhoheiten umgehen. Zusätzlich wurden Eingriffe in das Presseverlagswesen legitimiert. Dies umfasste die Aufforderung zur Übernahme staatlicher Kundgebungen bis hin zum Erscheinungsverbot im Falle von staatsschädigendem Verhalten.<sup>107</sup>

In der Notverordnung zur Abwehr politischer Ausschreitungen enthalten war außerdem die Aufhebung des SA- und SS - Verbots vom 13. April desselben Jahres. In einer Besprechung mit den süddeutschen Staats- und Ministerpräsidenten vom 12. Juni begründete Papen die Außerkraftsetzung des Verbotes mit der ungerechten Behandlung der nationalsozialistischen Wehrverbände gegenüber anderen Organisationen. Ferner könne man nicht einfach das Potential dieser Volksbewegung übergehen, so der Reichskanzler. Die 13 Millionen nationalsozialistischen Stimmen bei der letzten Präsidentenwahl könnten nicht ignoriert werden, rechtfertigte sich Papen. Er unterstrich, dass bei Wiedereintritt einer Gefahr für die öffentliche Ruhe die Regierung sofort reagieren werde.<sup>108</sup>

Dass sich der Kanzler eindeutig auf Kooperationskurs mit der NSDAP befand, wird hieraus nochmals ersichtlich. Die Absprache von 30. Mai mit Hitler erwähnte Papen gegenüber den Länderministern nicht.

### 2.3 Aktive Konjunkturpolitik

Papens vordergründigstes Ziel galt der Überwindung der Arbeitslosigkeit. Trotz der umfangreichen Einschnitte in das Sozialwesen hielt er an seinem Konzept einer forcierten Konjunkturpolitik fest, die entgegengesetzt zur Deflationspolitik seines

---

<sup>106</sup> Vgl., H. A. Winkler, Weimar 1918-1933, Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, S. 481f.

<sup>107</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1002.

<sup>108</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 66.

Vorgängers Heinrich Brüning stehen sollte. Wahrlich schwer viel es jedoch den Menschen im Land, einen Unterschied zwischen den beiden Regierungen zu sehen. Eine Verbesserung der Lage war noch nicht in Sicht. Im Angesicht einer vor dem Zusammenbruch stehenden Sozialversicherung erschienen der Reichsregierung Kürzungen in allen öffentlichen Bereichen als unvermeidlich. Im Kabinett wollte man nun schnell handeln, und man nahm die Unpopularität der eigenen Initiativen in Kauf.

Neben der – aufgrund ihrer Radikalität und Überzogenheit – angebrachten Kritik, barg der letzte Teil der wirtschaftlichen Notverordnungen, mit seinen Überlegungen zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, allerdings einen Hoffnungsschimmer. Fixiert auf die Bereiche Verkehrswesen, Wasserwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bodenverbesserung sollten kurzfristig viele Arbeitsstellen besetzt werden können und die Erwerbslosigkeit von hunderttausenden Familienernährern beendet werden. Um die bürokratischen Schwierigkeiten zu bewältigen, die sich aus Projekten dieser Größenart notwendig ergeben, wurden dem Reichsarbeitsminister bzw. den jeweiligen Ressortministern entsprechende Vollmachten ausgestellt, die etwaige Gesetzesvorschriften den Vorhaben angingen. Beispielsweise wurde im Rahmen des Ausbaus der Wasserstraßen das Enteignungsrecht vereinfacht. Die Kreditbeschaffung zur Durchführung der Arbeiten sollte durch eine Abweichung von den jeweils bestehenden Ländervorschriften gefördert werden. Dabei stand eine schnelle und unmittelbare Realisation der Notmaßnahmen im Vordergrund.<sup>109</sup>

Das Prinzip der Gewaltenteilung hinsichtlich der Beschneidung der Länderhoheiten wurde hier der akuten wirtschaftlichen Notlage des Staates untergeordnet, ohne das föderalistische Prinzip in Frage zu stellen.

Einen Schritt weiter ging das Reichskabinett mit seinem zweiten Wirtschaftsprogramm, das in den Notverordnungen vom 4. und 5. September 1932 zum Tragen kam. Mit der Ausgabe von Steuergutscheinen sollten Arbeitgeber dazu motiviert werden, mehr Personal einzustellen. Dabei galten die Zertifikate als eine Art Prämierung einer überdurchschnittlichen Beschäftigungsquote für einen Zeitraum von drei Monaten und bewirkten einen Steuernachlass für die Unternehmer. Die Deckung der nächstjährigen verminderten Staatseinnahmen gedachte der Reichskanzler durch weitere Senkungen der öffentlichen Ausgaben zu bewerkstelligen. Vor allem die Leistungen der Arbeitslosenfürsorge sollten weiter eingeschränkt werden. Einen Ausgleich zum somit entstehenden Etatloch

---

<sup>109</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1001.



bezeichnete Papen gegenüber dem Reichspräsidenten als „voraussichtlich“<sup>110</sup>, da der Plan eng mit einer Genesung der internationalen Wirtschaftslage verbunden war. Das Konzept der Steuergutscheine kannte jedoch auch eine zusätzliche Variante: Ab Oktober 1932 sollten unternehmerische Steuerabgaben mit der Ausgabe jenes Gutscheines einhergehen, der ab 1934 wieder als Zahlung angenommen und von den Banken als Kreditmittel anerkannt werden würde. Speziell hierdurch gedachte man die Investitionsbereitschaft der Privatwirtschaft anregen zu können.<sup>111</sup> Aus Arbeitgebersicht zunächst am attraktivsten und zugleich für die Reichsregierung am waghalsigsten, stellte die Bestimmung über die Lockerung des Tarifvertragsrechts dar. Als Anreiz für Mehreinstellungen wurden Lohnsenkungen für die Dauer eines Jahres – quasi als freiwilliges Opfer der Arbeitstätigen für die in den Arbeitsprozess Zurückkehrenden – durch den Gesetzgeber legitimiert. Je nach der Höhe der Neueinstellungen war demnach die Unternehmensleitung befugt, die Tariflöhne zwischen 5 Prozent und 25 Prozent für die 31. - 40. Wochenarbeitsstunde zu unterschreiten.<sup>112</sup> Ein staatlicher Schlichter konnte bei Bedarf angerufen werden und sollte als neutrale Entscheidungsinstanz einen genauen Satz festlegen. Mit dem Eingriff in die Tarifautonomie rief die Regierung jedoch den einheitlichen Unmut der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften hervor. Nachdem in Hamburg am 1. Oktober 1932 die Tarifverhandlungen der Verkehrsbetriebe gescheitert waren, setzte ein Schlichter die Herabsetzung der bisherigen Löhne um 5 Prozent fest. Daraufhin kam es in der Region zu Arbeitskämpfen, die zeitweise das Verkehrs- und Wirtschaftsleben ganz Norddeutschlands lahm zu legen drohten. Gegen die Reichsregierung erhob man die Anklage der einseitigen Unterstützung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiterschaft. Eine Verordnung zum 4. Oktober beendete schließlich den Streik, da sie die staatlich verordnete Lohnpolitik dem Demonstrationsrecht entzog.<sup>113</sup> Beschäftigungspolitisch sollten sich weder die direkte Prämierung in Form von Steuergutscheinen noch die Lohnsenkungsberechtigungen positiv auswirken. Die Unternehmer setzten weiterhin auf einen Stellenabbau um Personalkosten einzusparen. Zum Jahresende wurden diese Bestimmungen der Notverordnung daher wieder eingestellt.

---

<sup>110</sup> Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 474.

<sup>111</sup> Vgl., P. Longerich, Deutschland 1918-1933, Die Weimarer Republik, S. 336.

<sup>112</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1088.

<sup>113</sup> Vgl., ebd., S. 1114.

Papens Wirtschaftsprogramm ist ambivalent zu beurteilen. Während die Eingriffe ins Sozialwesen des Staates radikal überzogen und damit als antisozial hinsichtlich der Auswirkungen auf die Existenzbedingungen vieler Menschen erscheinen, können doch die Initiativen zur Beschäftigungspolitik positiv beurteilt werden. Im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning, kann die aktive Konjunkturpolitik unter Franz von Papen geradezu als innovativ bewertet werden. Ihre Pläne zur Ausdehnung der unternehmerischen Investition und Produktion waren modern. Unkonventionalität und Effektivität ließen sich hier miteinander verbinden und boten theoretisch eine gute Chance zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisenlage. Konkrete Erfolge wären aufgrund der Komplexität der Situation jedoch bestenfalls erst im Frühjahr 1933 zu erwarten gewesen.<sup>114</sup> Hatte sich seit Jahresanfang bezüglich der Arbeitslosenzahlen ein positiver Trend angekündigt, der im September mit 5,1 Millionen registrierten Erwerbslosen einen Aufschwung erhoffen ließ (dies waren fast 1 Millionen arbeitslose Bürgerinnen und Bürger weniger als im Januar), so strebte die Tendenz gegen Jahresende doch wieder in Richtung der 6 Millionen - Grenze.<sup>115</sup>

## 2.4 Die Not im Volk

Im Angesicht von politischer Unstabilität und wirtschaftlicher Dauertalfahrt prägte die Staatskrise vor allem das Alltagsleben der Menschen. Der Absturz in die Erwerbslosigkeit und die zusätzliche Beschneidung der sozialen Leistungen führte viele Familien an den Rand der Lebensexistenz. So hatten die Notverordnungen des Reichskabinetts vom 14. Juni 1932 verheerende Auswirkungen. Aus Errechnungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ergaben sich durchschnittliche Unterstützungsrückgänge von 20 Prozent bis zu 50 Prozent. Das tägliche Budget für Arbeitslose sank rapide. Nach einer Befragung des Zentralverbandes der christlichen Fabrik- und Tabakarbeiter in Schlesien ergab sich ein täglicher Unterstützungsbetrag von durchschnittlich 55 Pfennig pro Person. Nach Abzug der Mietkosten verblieben demnach gerade mal 29 Pfennige für die Lebenshaltung. Ausgaben für Bekleidung, Heizung oder Beleuchtung konnten damit nicht mehr gedeckt

---

<sup>114</sup> Vgl., H. Schulze, Weimar, Deutschland 1917-1933, S. 386.

<sup>115</sup> Vgl., K. D. Bracher, M. Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik, 1918-1933, S. 636f.

werden.<sup>116</sup> Noch schlimmer kam es für die Menschen, die ihre Wohnung nicht mehr finanzieren konnten. Ihnen drohte das Schicksal eines Ghettolebens in Laubenkolonien an den Stadträndern oder sogar die Obdachlosigkeit. In der Hoffnung auf einen neuen Arbeitsplatz befanden sich seit Ende 1931 mehrere hunderttausend Suchende auf Wanderschaft durch die Republik.<sup>117</sup>

Neben diesen Missständen gesellte sich der Hunger dazu. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen aus dem Sommer 1931 wurde das Existenzminimum der Erwerbslosen und deren Angehörigen deutlich unterschritten. Vor allem Kinder und Jugendliche aus den Arbeitslosenhaushalten wurden ein Opfer der katastrophalen Umstände. Ihr Gesundheitszustand fiel gegenüber anderen Kindern rapide ab. Außerdem stellten Lehrer einen deutlichen Leistungsabfall für diese Gesellschaftsgruppe fest.<sup>118</sup> Neben der materiellen Not belasteten die psychischen Auswirkungen diese Klientel. Fernab des Rhythmus eines geregelten Tagesablaufs sahen sich die Betroffenen degradiert zu nutzlosen Objekten der Gesellschaft, die keinen produktiven Beitrag im Gemeindewesen mehr leisten konnten und abhängig von der Fürsorge anderer wurden. Bereits die junge Generation sah sich mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert. 1931 war das Lehrstellenangebot für Schulabgänger schon derart begrenzt, dass noch nicht einmal jeder vierte Absolvent einen Ausbildungsplatz finden konnte. Ihrer Hoffnung in das System des Staates und ihrer eigenen Selbstverwirklichung beraubt, sammelten sich viele Jugendliche in Gruppierungen, die teils in politischer Radikalität, teils in Kriminalität ihrem Lebensgefühl einen Ausdruck zu geben trachteten. Hier traf man Gleichgesinnte und vermochte die Sinnlosigkeit des Alltags aufzufüllen. Gerade die Männerbünde der linken und rechten Politszene werteten die Lebenssituation durch Disziplin und Kameradschaftsbewusstsein wieder auf. Viele Jugendliche engagierten sich begeistert in den Verbänden des Rotkämpferbundes oder der SA und trieben damit in die Arme der extremistischen Parteien.<sup>119</sup> Jenen Menschen galt das System Weimar in Anbetracht der sozialen Not und Perspektivlosigkeit als gescheitert.

---

<sup>116</sup> Vgl., H. A. Winkler, Weimar 1918-1933, Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, S. 482.

<sup>117</sup> Vgl., ebd.

<sup>118</sup> Vgl., ebd., S. 483.

<sup>119</sup> Vgl., D. J. K. Peukert, Die Weimarer Republik, Frankfurt a. Main 1987, S. 248.

## 2.5 Der „Neue Staat“

„Die Herrschaft der Minderwertigen“ lautete im Jahr 1927 der Titel eines Buches des Münchener Rechtsanwalts Edgar J. Jung. In den einschlägigen konservativen Zirkeln der Republik war dieses Werk auf großes Interesse gestoßen. Auch im Berliner „Herrenklub“ traf die Weltanschauung des Autors auf die breite Zustimmung der privilegierten Gesellschaft. Unzufrieden mit den demokratischen Auswüchsen im Staate, schien Jung mit seiner Idee einer „konservativen Revolution“ die Sehnsucht der sozialen Oberschicht nach einem autoritären Ständestaat zu manifestieren. Dabei ging es nicht um die Rückkehr zur Monarchie, sondern um die Abwendung von der sozialen Bewegung. Diese erschien Jung als künstlich und unfähig, die Werte zu vermitteln, mit deren Hilfe der Mensch die Bindung zu Gott und der Natur aufrechtzuerhalten vermochte. Demokratie stand in diesem Sinne vor allem für die Regentschaft des Geldes und der Massen, aus der keine Gerechtigkeit erwachsen könne. Das Prinzip der Demokratie verwarf Jung, da dieses nicht zu einer Auslese der Fähigsten, sondern nur zu einer Wahl von Minderwertigen an die Staatsspitze führen würde. Dagegen propagierte der Autor ein Modell, an dessen Spitze elitäre Persönlichkeiten standen, deren Ideologien durch eine Führergestalt miteinander verbunden und ausgedrückt werden sollten.<sup>120</sup> Als eine revolutionäre Gegenbewegung zum drohenden Untergang der westlichen Zivilisation durch den Liberalismus angepriesen, verfolgte Jungs Konzept konsequent die Verwerfung jener angezweifelten individuellen Werte, für die die Französische Revolution von 1789 gestanden hatte.<sup>121</sup> Als geistiger Pate kann dabei der österreichische Soziologe Othmar Spann bezeichnet werden, dessen universalistische Lehre vom Ständestaat schon zu Anfang der zwanziger Jahre ein Fundament gelegt hatte.

In dieser Atmosphäre des neoromantischen Gedankenguts entwickelten Männer wie Franz von Papen und Wilhelm von Gayl die Idee des „Neuen Staats“. Als Reichskanzler sollte sich von Papen auf die Realisierung dieses Plans besinnen. In seinen Stab bestellte er sich jenen Edgar Jung, der ihm beratend und als Redenschreiber zur Seite stand. Vornehmlich abzielend auf die Errichtung eines präsidentialen Diktatorsystems, in dem der Reichstag den Vorhaben der Regierung nicht mehr hinderlich werden konnte, arbeitete von Papen auf einen Umbau des

---

<sup>120</sup> Vgl., H. Mommsen, Nationalismus in der Weimarer Republik, in: O. Dann (Hrsg.), Die deutsche Nation, Vierow 1994, S. 90.

<sup>121</sup> Vgl., M. Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus, Stuttgart 1970, S. 121.

Reiches zu einer ausgeprägten Reichszentralmacht hinaus. Die dafür notwendige Verfassungsreform musste daher oberste Priorität in Papens innenpolitischen Ambitionen besitzen. Auf dem parlamentarischen Wege galt dieses Vorhaben jedoch als utopisch. Nach Artikel 76 der Weimarer Reichsverfassung erforderte eine Änderung in Verfassungsfragen die doppelte Zweidrittelmehrheit des Parlaments. Diese zu erringen erschien im Angesicht der an sich schon zerrütteten Verhältnisse im Reichstag als aussichtslos. Weitere Absichten Papens galten einer generellen Abänderung des Wahlsystems. Ein Übergang vom vorherrschenden Verhältniswahlssystem hin zum Mehrheitswahlssystem sollte der Schwemme der Splittergruppen Einhalt gebieten. Zudem wurde die Ausrufung einer allgemeinen Wahlpflicht anvisiert. Die Stimmen der Klientel mit eigener Familie sollten zukünftig höher gewichtet werden als die der ledigen und kinderlosen Wähler.<sup>122</sup> Des Weiteren setzte sich Papen für ein zusätzliches Organ – eine Art übergeordnete Kammer – ein, das als ein Gegengewicht zum Reichstag die Regierung von dem durch Parteieninteressen geprägten Parlament unabhängig machen sollte.<sup>123</sup> Aus seinen Absichten machte der Reichskanzler keine Geheimnisse. Sowohl bei seiner Antrittsrede als auch bei anderen öffentlichen Auftritten bekannte sich Papen zu einer Stärkung der Reichsregierung durch den Entzug von der Abhängigkeit der Parteien. Auf der Tagung des Bayerischen Industriellenverbandes in München, am 12. Oktober 1932, unterstrich er derartige Reformabsichten vehement und erteilte dem bestehenden parlamentarischen System eine klare Absage.<sup>124</sup>

Der „Neue Staat“ stellte nach Papens Intentionen eine Rückwärtsbewegung in der Zeit dar. Angetrieben von den reaktionären Kräften, strebte er einer Herrschaft der Wenigen entgegen und musste in seiner Vervollkommnung die Überwindung der Demokratie bedeuten. J. Fest entlarvt den Pathos, den die Jünger jener Ideologie wie ein Heilmittel unter die Massen zu verteilen suchten. In ihrer Proklamation ein „starker Staat ... frei von Interessen ... gerecht in sich ... unabhängig von Parteien ...“<sup>125</sup> hieß dann nichts anderes als ein „antiliberaler Staat ... frei von gewerkschaftlichen und öffentlichen Mitwirkungsrechten ... während die

---

<sup>122</sup> Vgl., L. Biewer, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik, Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt a. Main 1980, S. 139.

<sup>123</sup> Vgl., W. Braatz, Franz von Papen und die Frage der Reichsreform, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, 16. Jahrgang, Heft 3, Opladen 1975, S. 326.

<sup>124</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, K.- D. Erdmann, H. Booms (Hrsg.), Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, Bd. 2, September bis Dezember 1932, Boppard a. Rhein 1989, S. 760.

<sup>125</sup> J. C. Fest, Franz von Papen und die konservative Kollaboration, in: G. Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930-1933, Köln/Berlin 1968 S. 233.

Forderung nach Gerechtigkeit den angeblich organisch bedingten Verfügungsanspruch dieser Schichten über den Staat legitimieren sollte und die Unabhängigkeit von den Parteien sich grundsätzlich als Unabhängigkeit von links verstand.“<sup>126</sup>

## 2.6 Staatsstreich in Preußen

### 2.6.1 Der Faktor Preußen

Auf dem Weg zur Realisierung seiner Verfassungsreform und der Errichtung des neuen Staatsmodells sah sich Reichskanzler von Papen mit dem Hindernis des Autonomieanspruchs der einzelnen Länder konfrontiert. Vor allem Preußen, als das größte aller Länder, musste als ein Problemfaktor eingeschätzt werden, den es zu überwinden galt. Von seiner Größe annähernd zweidrittel der Fläche sowie der Population der Republik ausmachend, verfügte Preußen bei weitem über das größte Widerstandspotential gegen einen vermeintlichen Auflösungsprozess der machtpolitischen Dezentralisation im Reich. Seit zwölf Jahren leitete zudem eine sozialdemokratische Regierung unter Ministerpräsident Otto Braun die Geschicke des Landes und hatte bis dato eine der wenigen positiven Konstanten in der von Krisen und Instabilitäten gekennzeichneten Republik verkörpert. Die Vorstellung einer Koexistenz zweier unabhängiger Regierungen mit derartigen Tragweiten – nebeneinander in einer Stadt – musste schon unmittelbar nach der Geburt der Weimarer Verfassung ihren ersten Betrachtern ein zwiespältiges Gefühl bereitet haben. In den Zeiten, als der Deutsche Kaiser zusätzlich auch König von Preußen und der Reichskanzler gleichzeitig preußischer Ministerpräsident waren, traten infolge der einheitlichen Politik noch keine Spannungen auf dieser Ebene zu Tage.<sup>127</sup> Mit dem Niedergang des Kaiserreichs änderte sich diese Situation nun. Ein natürlicher Dualismus zwischen Reich und Preußen war bei ungleichen politischen Leitlinien seit Anbeginn des Staates vorherbestimmt. Mit dem Niedergang des Parlamentarismus offenbarten sich die fatalen Schwächen der Verfassung. Eine notwendige Stärkung der Reichsgewalt zur Entfesselung von Entscheidungsfindungen im Parlament musste zwangsläufig zur Unterbindung der vermeintlich potentesten Gegengewalt leiten. Dieses Hemmnis verkörperte in der Auffassung der Reichsregierung der Staat Preußen. Bereits Ende der zwanziger

---

<sup>126</sup> ebd.

<sup>127</sup> Vgl., L. Dierske, War eine Abwehr des Preußenschlags vom 20. Juli 1932 möglich?, in: A. Jüttner, H. Kuhn, H. Maier (Hrsg.), Zeitschrift für Politik, Vol. 17, Heft 3, Köln/Berlin 1970, S. 200.

Jahre war eine dementsprechende Veränderung der innenpolitischen Situation ein Grundthema im „Bund zur Erneuerung des Reiches“.<sup>128</sup> Eine preußische Regierung, die sich ihren sozialdemokratischen Leitmotiven verschrieben hatte, konnte den sich abzeichnenden Diktaturkurs Papens nicht unterstützen. Nur eine Überwindung des Dualismus konnte dessen Konzeption vom „Neuen Staat“ letztlich aufrechterhalten. Der Kanzler wurde vor allem durch seinen Innenminister Wilhelm von Gayl und Kurt von Schleicher bestärkt. Unterstützend kam der Reichsführung dabei die politische Situation der preußischen Regierung im eigenen Land entgegen.

Aus den Landtagswahlen vom 24. April 1932 waren die Sozialdemokraten als Verlierer hervorgegangen. Als stärkste Partei besaßen nun die Nationalsozialisten die meisten Mandate. Da die KPD ebenfalls einen Stimmenzuwachs verzeichnete, verfügten die extremistischen Parteien nun über eine Sperr-Mehrheit im preußischen Parlament. Aufgrund der Uneinigkeit der Nationalsozialisten und der Kommunisten bezüglich der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, blieb die Regierung Braun geschäftsführend weiterhin im Amt.<sup>129</sup> Zusätzlich geschwächt wurde die preußische Führung durch ein Defizit in ihrem Landesetat. Eine Forderung in Höhe von 100 Millionen Reichsmark gegenüber dem Staat sollte nach Vereinbarung erst ab April 1933 durch Raten getilgt werden. Einer Bitte um vorgezogene Zahlung erteilte man seitens der Reichsleitung am 7. Juni 1932 eine Absage. Reichsfinanzminister Krosigk verwies den stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten Hirtsiefer vielmehr auf die Eigeninitiative seiner Landesregierung.<sup>130</sup> Damit wurde bewusst eine preußische Haushaltskrise unterstützt, um die dortige Regierung ins Abseits zu drängen.

Sorgen bereiteten dem Reichskabinett jedoch die Führungsansprüche der NSDAP. Diese hatte immerhin ihre Stimmenanteile von 8 auf 162 erhöhen können. Papen befürchtete eine mögliche Zusammenarbeit des Zentrums mit den Nationalsozialisten. Diese Sorge musste begründet erscheinen, strebte doch des Kanzlers ehemalige Partei nach politischer Vergeltung. Schon unmittelbar nach Papens Amtsantritt wurden daher im Reichskabinett Pläne für die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erarbeitet. Auch in der Öffentlichkeit fanden

---

<sup>128</sup> Vgl., J. A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, S. 144.

<sup>129</sup> Vgl., A. Hillgruber, Die Auflösung der Weimarer Republik, in: Die Weimarer Republik, Zeitgeschichte in Text und Quellen, Hannover 1962, S. 242.

<sup>130</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 24ff.

hierüber lebhafte Debatten statt. Als Akt der Einschüchterung legitimierte der Reichskanzler in den Medien eine mögliche Intervention in Preußen als letzte Möglichkeit, im Falle einer den Fortbestand des Staates gefährdenden Situation.<sup>131</sup> Darüber Hinaus bezeichnete er alle Diskussionen über die Sache als reine Spekulationen. Zu einer Zeit, als der Eingriff in Preußen längst als beschlossen galt, fehlten der Regierung nur ein triftiger Grund und die Zustimmung des Reichspräsidenten.

## 2.6.2 Das Warten auf ein Motiv

Noch vor den Reichstagswahlen Ende Juli sollte das Problem Preußen gelöst werden. Im Reichskabinett war bereits am 11. Juli 1932 die einmütige Entscheidung zur Intervention beschlossen worden. Am nächsten Tag wurde dem Reichspräsidenten angetragen, den Kanzler als Reichskommissar für Preußen einzusetzen.<sup>132</sup> Allein über eine plausible Begründung einer solch heiklen Staatsaktion herrschte noch Uneinigkeit. Der Vorwurf, die preußische Regierung erweise sich in Folge der beschnittenen Machtverhältnisse als Unvermögend zur Erfüllung der Landesaufgaben stand auf dünnen Beinen, da sich auch andere Länderregierungen in analogen Situationen befanden und nur den Status einer geschäftsführenden Minderheitsregierung innehatten (Bayern, Sachsen, Hessen, Württemberg und Hamburg). Eine derartige Argumentation hätte die föderalistische Grundstruktur des Staates angezweifelt und unausweichlich die geballte Opposition der Länder zur Folge gehabt. Da kam das Gerücht über eine geheime Absprache zwischen dem preußischen Innenminister und den Kommunisten auf. Ein Beamter des preußischen Innenministeriums unterrichtete Vertreter der Reichsregierung von einem bevorstehenden Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und der KPD. Es handelte sich hierbei jedoch um eine unspektakuläre Unterredung, in welcher der DStP - Abgeordnete W. Abegg die KPD - Mitglieder E. Torgler und W. Kasper zu überzeugen versuchte, anstelle der Gewalt - Taktik ihrer Partei zukünftig eine konstruktive Politik gegen die Gefahr einer nationalsozialistischen Machtübernahme oder der voraussehbaren Reichsintervention zu verfolgen. Dies geschah zudem ohne die Kenntnis des preußischen Innenministers Severing. In der Wiedergabe des damaligen

---

<sup>131</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1016.

<sup>132</sup> Vgl., ebd., S. 1019.



Mitanwesenden Oberregierungsrats R. Diels artete jener Appell jedoch zu einer Verschwörungstheorie der feindlichen Kräfte aus, die zu einer akuten Gefährdung für den Bestand der Republik hochstilisiert wurde.<sup>133</sup> Da jenes Gespräch bereits am 4. Juni stattgefunden hatte, erscheint es jedoch als bemerkenswert, dass – obgleich mit einer „bedrohlichen“ Staatskonspiration konfrontiert – mehr als 4 Wochen verstreichen durften, bis ein Handlungsbedarf seitens der Reichsregierung entschieden wurde. Erst nach der wichtigen Konferenz in Lausanne schien Preußen, als nächste Herausforderung, ein Platz im Terminkalender der Reichsführung zugestanden worden zu sein. Papen und seine Kabinettsmitglieder sahen sich nun allerdings gewappnet, die Einwilligung des Reichspräsidenten zur Intervention zu erlangen. Zusätzlich unterstützt wurde der als Stabilisierung zur Sicherheit des Staates deklamierte Eingriff durch die traurige Terrorbilanz der Sommerwochen. Infolge schwerer politischer Unruhen im Reich waren allein im Juni 20 Menschen ums Leben gekommen. Am 10. Juli – dem ersten Sonntag des Reichstagswahlkampfes – hatten sich weitere blutige Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden politischen Gruppierungen ereignet. Die schlimme Bilanz waren 27 Tote und 181 Schwerverletzte.<sup>134</sup> Seit der Aufhebung des SA - Verbots war es bei Terroranschlägen und Aufeinandertreffen der extremistischen Wehrverbände im Reich zu einem eklatanten Anstieg an Todesfällen und Verletzten gekommen. Ein Schwerpunkt der Unruhen lag in Preußen.<sup>135</sup> Dass dafür vor allem die Reichsregierung die Verantwortung trug, versuchte man nun durch eine Unfähigkeitserklärung an die sozialdemokratische Landesführung zu kaschieren, der man unterstellte, nicht Herr der Situation im eigenen Haus zu werden.

Das Szenario eines sich ankündigenden Bürgerkriegs und die Berichte über eine sozialistische Erhebung einer Einheitsfront von SPD und KPD im mächtigsten Staat der Republik konnten den Reichspräsidenten nicht unbeeindruckt lassen. Am 14. Juli 1932 willigte er auf Gut Neudeck in die Intervenierungspläne des Kabinetts ein und stellte, gemäß Artikel 48 Absatz 1 und 2 der Weimarer Reichsverfassung, eine Blankovollmacht aus. Das endgültige Datum ließ er dem Kanzler zur Einsetzung offen. Die Reichsregierung konnte sich nun auf eine Pflichtwidrigkeit des Landes Preußen bei der Ausübung der ihm anvertrauten Angelegenheiten

---

<sup>133</sup> Vgl., K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 508.

<sup>134</sup> Vgl., G. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 895.

<sup>135</sup> Vgl., E. J. Feuchtwanger, From Weimar to Hitler, Germany 1918-1933, Hampshire/London 1995, S. 287.

(Absatz 1) sowie auf die Unmöglichkeit der Behebung der Sicherheitsmissstände durch alternative Weisen (Absatz 2) berufen.<sup>136</sup> Die Vorgänge des „Altonaer Blutsonntags“ vom 17. Juli 1932 schienen die Reichsführung und Hindenburg in ihrer Haltung zu bestätigen. Bei einer genehmigten Demonstration der Nationalsozialisten war es beim Marsch durch ein Altonaer Arbeiterviertel zu einem Anschlag auf den SA - Zug gekommen. Im Kugelhagel starben 15 Menschen, 66 weitere Personen wurden zum Teil schwer verletzt.<sup>137</sup> In einem darauffolgenden Bericht des zuständigen Regierungspräsidenten Abegg wurden als Aggressoren antifaschistische Kräfte aus dem kommunistischen Umfeld für die Tat verantwortlich gemacht.<sup>138</sup> Bis zum 20. Juli sollten die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Reich 99 Menschen das Leben gekostet haben, 1125 Personen waren verletzt worden.<sup>139</sup>

Als finale Absicherung ihrer Interventionspläne konnten Papen und seine Minister schließlich ein Schreiben des preußischen Landtagspräsidenten Hanns Kerrl betrachten. Kerrl, ein Nationalsozialist, erbat am 18. Juli die Hilfe der Reichsregierung zwecks Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit im Lande. Dabei bezeichnete er den Landtag als nicht fähig, die Krise – für die er die Kommunisten und die Sozialdemokraten verantwortlich machte – aus eigenen Kräften abzuwenden und regte eine Übertragung der preußischen Polizeigewalt auf das Reich an.<sup>140</sup> Die Umstände spielten der Reichsregierung die Trümpfe in die Hand. Nun galt es noch einen Termin für den Beginn der Operation zu bestimmen. Der ursprünglich dafür vorgesehene 18. Juli wurde fallen gelassen, da im Kabinett noch keine Lösung für den Posten des stellvertretenden Reichskommissars gefunden worden war.

### 2.6.3 Der „Preußenschlag“

Nachdem im Essener Oberbürgermeister Bracht der zukünftige Leiter des preußischen Innenministeriums auserkoren worden war, wurde am 19. Juli 1932 der Start zur preußischen Gleichschaltung auf den Vormittag des 20. Juli festgelegt. Schon am 18. Juli hatte der Reichsminister des Inneren – gestützt auf

---

<sup>136</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1020f.

<sup>137</sup> Vgl., G. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 895.

<sup>138</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 248ff.

<sup>139</sup> Vgl., M. Funke, Republik im Untergang, in: K. D. Bracher, M. Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933, S. 514.

<sup>140</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 244.

die Verordnung des Reichspräsidenten – ein Reichsverbot für Versammlungen unter freiem Himmel erlassen, um etwaige Massendemonstrationen zu unterbinden. Unter strenger Geheimhaltung erhielten die zuständigen Stellen innerhalb des Reichswehrministeriums die Order zur Vorbereitung der militärischen Maßnahmen. Über Groß - Berlin und Brandenburg wurde vorsorglich der Ausnahmezustand verhängt. Dieser sollte im Notfall über das ganze Reich ausgedehnt werden können. Abhängig gemacht wurden diesbezügliche militärische Aktivitäten von der Kabinettsitzung des 20. Juli.

Für 10:00 Uhr hatte Papen die preußischen Minister Hirtsiefer und Severing in die Reichskanzlei geladen, um ihnen die neue Situation auseinanderzusetzen. Papen und Reichsinnenminister von Gayl befürchteten einen Widerstandskurs der preußischen Regierung, die allein in Berlin über 20.000 Polizisten und das Reichsbanner, den paramilitärischen Verband der Demokraten, verfügte. Dagegen wusste der Kanzler um die numerische Unterlegenheit der Reichskontingente in und um Berlin.<sup>141</sup> Einem Aufmarsch der preußischen Kräfte wäre man – zumindest kurzfristig – nicht gewachsen gewesen. Vor dem entscheidenden Gespräch informierte Papen die Regierungen der süddeutschen Länder. Er wollte damit deren Befürchtungen über eine Zentralisierung des Reiches zerstreuen und versicherte, seine Regierung hege keinerlei Absichten, in weiteren Ländern zu intervenieren. Demnach stünde der Föderalismus als solcher in keiner Weise zur Diskussion, beruhigte der Kanzler.<sup>142</sup> Eine feindliche Gesinnung oder einen eventuellen solidarischen Widerstandspakt der Länder zur Verteidigung der Unantastbarkeit ihrer Eigenständigkeit wollte Papen in jedem Falle verhindern. Denn zumindest Bayern stand einer Reichsaktion in Preußen sehr skeptisch gegenüber. Dessen Ministerpräsident Held befürwortete eine Reichsreform ausschließlich unter dem Aspekt der Verfassungstreue und der „spärlichsten“ Anwendung des Artikels 48.<sup>143</sup>

Am Vormittag des 20. Juli verlas Papen der preußischen Delegation die Verordnungen des Reichspräsidenten. Demnach wurde die preußische Landesregierung aufgrund Artikel 48 Absatz 1 und 2 der Weimarer Reichsverfassung für abgesetzt erklärt. Die Leitung der Landesangelegenheiten wurde an den Kanzler übertragen, der zugleich als Reichskommissar für Preußen

---

<sup>141</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1022f.

<sup>142</sup> Vgl., ebd., S. 1024.

<sup>143</sup> Vgl., W. Braatz, Franz von Papen und die Frage der Reichsreform, in: Politische Vierteljahresschrift, 16. Jahrgang, Heft 3 1975, S. 324.

fungieren sollte. Obgleich Hirtsiefer und Severing protestierten – Staatsminister Severing ließ dabei verlautbaren, er weiche nur der Gewalt und ließ sich später theatralisch in seinem Büro festnehmen<sup>144</sup> – zeichnete sich kein entschiedener Widerstand ab. Unmittelbar auf Papens Erklärungen veranlasste der für das preußische Innenministerium verantwortliche Bracht die vorläufigen Festnahmen des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski, des Polizeivizepräsidenten Weiß und des Polizeikommandeurs Heimannsburg.<sup>145</sup> Die preußischen Landeskräfte waren nun führerlos und stellten keine Gefahr mehr für die Reichsführung dar. Der „Preußenschlag“ der Reichsregierung verlief ohne Zwischenfälle generalstabsmäßig. Es gab keine Zusammenstöße, keine Schüsse fielen. Obgleich die numerische Unterlegenheit der Reichskräfte vehement war, ergab sich Preußen in sein Schicksal. Ein Zusammenziehen der im Reichsgebiet verstreuten Regimenter hätte Tage in Anspruch genommen und der preußischen Regierung Zeit zum Handeln geboten. Bereits am Spätnachmittag des 20. Juli konnte der Reichsführung die erfolgreich beendete Operation gemeldet werden. Alle Schlüsselstellen des preußischen Staatsapparates wurden nun kontrolliert. Jenen Zeitzeugen, denen trotz persönlicher Existenznöte noch ein politisches Interesse zu Eigen war, mussten die Vorgänge als unwirklich und unverständlich erscheinen. Eine widerstandslose Hingabe ihrer Position, für die sie so lange gerungen hatte, brandmarkte die Sozialdemokratie für diese Bürger fortan. Der politische Protest – auch der der anderen Parteien und Gewerkschaften – hatte sich nur auf Verbalitäten und schriftliche Bekundungen beschränkt. Konkret geschah nichts.<sup>146</sup>

In Anbetracht der festgefahrenen politischen Situation hatte sich der preußische Ministerpräsident Otto Braun schon vor der Intervention resigniert aus dem Amt zurückgezogen. Aus Gesundheitsgründen hatte er am 6. Juni einen Urlaub angetreten, aus dem er nicht mehr in sein Amt zurückzukehren gedachte. In seinen Memoiren verurteilt er das Vorgehen der Reichsregierung und rechtfertigt die Passivität der sozialdemokratischen Führung. So bezeichnet er die Begründungen des Eingriffes als bloße Vorwände. Die politischen Unruhen des Sommers waren demnach nicht nur kennzeichnend für Preußen. Auch hätte die preußische Regierung nicht ihre Pflichten vernachlässigt, noch seien im

---

<sup>144</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 267.

<sup>145</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1030f.

<sup>146</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 92f.

Staatsgebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet gewesen.<sup>147</sup> Ein aktiver Widerstand wäre in Brauns Augen sinnlos und zugleich auch verbrecherisch gewesen. Seiner Meinung nach wäre ein Kampf gegen die schwerbewaffnete Reichswehr langfristig gesehen aussichtslos geblieben und hätte zahlreiche nutzlose Opfer gekostet. Allein die Auflehnung gegen eine durch den Reichspräsidenten erlassene Verordnung – die zwar zweifelhaft in ihrer Begründung erschien, trotz allem jedoch formal in Einklang mit der Reichsverfassung stand – widerstrebte dem Ministerpräsidenten und seiner staatsgetreuen Einstellung.<sup>148</sup> Viel eher als mit den Waffen galt es aus seiner Sicht bei den folgenden Reichstagswahlen mit den Stimmzetteln zu kämpfen.

Die Möglichkeit eines Aufrufes zum Generalstreik erschien bei näherer Betrachtung ebenfalls als unrealistisch. Im Gegensatz zum Kapp - Lüttwitz - Putsch aus dem März 1920 musste im Angesicht von Massenarbeitslosigkeit eine breite Unterstützung des Arbeitskampfes durch die Bevölkerung als aussichtslos gelten. Vielmehr hätte man damit rechnen müssen, dass etwaige Stellen unmittelbar mit Arbeitswilligen wieder aufgefüllt worden wären.

Die von der Reichsregierung heraufbeschworene Einheitsfront zwischen SPD und KPD war – trotz der Notsituation – eine Utopie. Zu tief waren die Gräben zwischen beiden Lagern, zu gegenwärtig die terroristischen Akte der Kommunisten auf den Straßen des Landes und zu offensichtlich deren Ablehnung der Republik an sich gewesen, um ein einheitliches Vorgehen zu realisieren. Die Sozialdemokratie erblickte für sich stattdessen nur den Gang des verfassungsrechtlichen Weges. Dies erschloss sich in der Klageeinreichung beim Reichsstaatsgerichtshof. Zutreffend bemerkt H. Köhler hierzu, dass eine auf demokratischen Prinzipien angelegte Partei wie die SPD nicht schlagartig in eine militante Massenbewegung umfunktioniert werden konnte.<sup>149</sup> Ein überwiegender Anteil der Geschichtsliteratur unterstreicht ebenfalls die Sinnlosigkeit eines aktiven Widerstands gegen die Reichsintervention. In seiner Studie über die Möglichkeit einer Abwehr des „Preußenschlags“ stellte L. Dierske die Wichtigkeit der Landespolizei heraus. Demzufolge setzte sich deren Offizierskorps im Jahr 1932 zu 65 Prozent aus früheren Armeeangehörigen zusammen. Weitere 9 Prozent waren alteingesessene Beamte, die als konservativ galten. Die Vorstellung, dass dieser noch im Kaiserreich verwurzelte Personenkreis die Waffe gegen die Soldaten der

---

<sup>147</sup> Vgl., O. Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, S. 250ff.

<sup>148</sup> Vgl., ebd., S. 256f.

<sup>149</sup> Vgl., H. Köhler, Geschichte der Weimarer Republik, S. 82.

Reichswehr erhoben hätte, musste somit deutlich in Frage gestellt werden.<sup>150</sup> Damit wird jedoch die endgültige Resignation des Parlamentarismus gegenüber den Verfassungsfeinden treffend charakterisiert. Im Zusammenhang mit dem beeindruckend reibungslosen Ablauf der preußischen Einnahme bleiben offene Fragen. Selbst das Reichskabinett soll über den schnellen und leichten Erfolg der Aktion sehr verwundert gewesen sein.<sup>151</sup> Papens Pläne können für die preußische Staatsregierung keinesfalls unerwartet gewesen sein. Bereits im Juni hatte Severing den Reichsinnenminister Gayl mit eindeutigen Bemerkungen konfrontiert. Der preußische Minister wiederum soll seinem Reichskollegen geraten haben, nicht zu lange mit der Einsetzung eines Reichskommissars zu warten.<sup>152</sup> In Anbetracht dieser Seltsamkeiten formuliert K. D. Bracher das Verhalten der preußischen Sozialdemokraten als eine Art Lösung aus dem Dilemma der Regierungsverantwortung im Angesicht eines hoffnungslos festgefahrenen Staates.<sup>153</sup>

Auch die Frage nach den treibenden Kräften der Reichsintervention war lange Zeit irreführend. Die häufige Titulierung als „Papen - Streich“ oder auch „Papen - Schlag“ kann im Zuge der Aufarbeitung des Themenkomplexes Weimar längst nicht mehr aufrechterhalten werden. Vornehmlich konzentriert sich die Forschung dabei auf Personen wie Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl sowie dem näheren politischen Umfeld Franz von Papens. Dazu gehörten unter anderem der damalige Staatssekretär Erwin Planck oder Regierungsrat Rudolf Diels. Sie können dem Personenkreis zugerechnet werden, der die Initiierung der Operation nachhaltiger beeinflusst hatte als Papen selbst.<sup>154</sup> Da der Reichskanzler seit Mitte Juni 1932 in Lausanne weilte, konnte er an den direkten Vorbereitungen für die preußische Gleichschaltung nicht teilnehmen. Eine hervorgehobene Rolle muss in jedem Fall Reichswehrminister Schleicher zugestanden werden. So ließ dessen Vorgänger im Amt, Wilhelm Groener, eine Woche vor der Intervention im internen Kreis verlautbaren, dass der Generalmajor mit allen Mitteln die Machtübernahme der NSDAP in Preußen verhindern wollte und sich mit diesem Schlag letztlich selbst an

---

<sup>150</sup> Vgl., L. Dierske, War eine Abwehr des Preußenschlags vom 20. Juli 1932 möglich?, in: Zeitschrift für Politik, S. 232.

<sup>151</sup> Vgl., R. Morsay, Zur Geschichte des Preußenschlags, in: H. Rothfels, T. Eschenburg (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jahrgang, Stuttgart 1961, S. 431.

<sup>152</sup> Vgl., H. Mommsen, Die verspielte Freiheit, Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918-1933, Berlin 1989, S. 451.

<sup>153</sup> Vgl., K. D. Bracher, Der 20. Juli 1932, in: A. Grabowsky, A. Rüstow, O. Suhr (Hrsg.), Zeitschrift für Politik, Dritter Jahrgang, Berlin 1956, S. 249.

<sup>154</sup> Vgl., L. Biewer, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik, S. 135f.

die Macht zu katapultieren gedachte.<sup>155</sup> Auch der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning nennt den Reichswehrminister in Zusammenhang mit der Intervention als eine der tragenden Persönlichkeiten.<sup>156</sup> In der breiten Öffentlichkeit wurden die Ereignisse in ihrer Dramatik kaum wahrgenommen. In Anbetracht eines Millionenheers von Arbeitslosen und der materiellen Nöte galt die Aufmerksamkeit der Menschen anderen Dingen. Zu keiner Zeit konnte die abgesetzte preußische Regierung daher auf die Solidarität im Volke zu ihren Gunsten rechnen.

Schon unmittelbar nach der Einsetzung des Reichskommissars begannen in Preußen die politischen Eingriffe. Dabei bemühte sich Papen, die höchsten Verwaltungsgremien von allen Republikanern zu entledigen. 105 höhere Beamte wurden entlassen oder in andere Stellen versetzt.<sup>157</sup> Die lange Liste der „Opfer“ offenbart letztlich die intensive Vorbereitung des Coups und dessen langfristige Intention zur innenpolitischen Umgestaltung des Staates. In dem Zeitraum vom 20. Juli bis Ende Oktober 1932 wurden neben mehreren Ministerialräten auch die Ämter vieler Ober- und Regierungspräsidenten zur Disposition gestellt. Allein 11 Polizeipräsidenten und 53 Landräte wurden kurzerhand in den einstweiligen Ruhestand entlassen oder zwangsweise beurlaubt. Hinzu kamen noch zahlreiche Versetzungen innerhalb des Verwaltungskörpers, die gezielt auf die Spitzen der Beamtenschaft ausgerichtet gewesen waren.<sup>158</sup>

Viel Zeit zum Genuss des Erfolges blieb der Reichsregierung nicht. Zwar hatte sie ihre Absichten durchgesetzt und war der Vorstellung einer Reichsreform ein gehöriges Stück näher gekommen, doch schon bald holte sie die Realität wieder ein. Im Rahmen einer Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder trafen Papen und sein Innenminister Gayl am 23. Juli 1932 in Stuttgart auf den überwiegenden Unmut der Versammlung. Die Rechtfertigungen des Kanzlers und seine Bekenntnis zum föderalistischen Prinzip, mit der Unantastbarkeit der einzelnen Länder, mussten im Angesicht des Vorgehens seiner Regierung in Preußen wie eine Farce auf das Plenum wirken. Die Einberufung der Konferenz sollte – im Vorfeld der anstehenden Reichstagswahlen – vornehmlich zur Beschwichtigung der Gemüter beitragen und das angeschlagene Verhältnis zwischen Reich und Landesregierungen entspannen. Die Ausgangsposition des

---

<sup>155</sup> Vgl., E. J. Feuchtwanger, *From Weimar to Hitler*, S. 279.

<sup>156</sup> Vgl., L. Dierske, *War eine Abwehr des Preußenschlags vom 20. Juli 1932 möglich?*, in: *Zeitschrift für Politik*, S. 202.

<sup>157</sup> Vgl., H. Heiber, *Die Republik von Weimar*, S. 255.

<sup>158</sup> Vgl., *Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen*, Bd. 2, S. 888f.

Papenkabinetts sollte im neuen Reichstag nicht noch schlechter ausfallen.<sup>159</sup> Zwar befürworteten Mecklenburg - Schwerin, Oldenburg sowie die Vertreter Anhalts und Braunschweigs den Eingriff, jedoch repräsentierten diese Länder jeweils nationalsozialistische Regierungen bzw. nationalkonservative und nationalsozialistische Koalitionen. Dagegen verurteilten die Ländervertreter Bayerns, Württembergs, Badens, Hessens, Sachsens und der Hansestädte den Schlag gegen Preußen nachdrücklich.<sup>160</sup> Heinrich Held, Bayerns Ministerpräsident, rügte Papen hinsichtlich der verfassungsrechtlich nicht abgesicherten Vorgehensweise in Preußen. Sicherlich hätte sich der Kanzler in seiner Funktion als Reichskommissar in einer Krisensituation neben die Landesminister stellen dürfen, jedoch nicht über sie. Dies bezeichnete Held als Verfassungswidrig.<sup>161</sup> Auch andere Stimmen kritisierten die sachlich unbefriedigende Begründung der Intervention. Darüber hinaus wurden Fragen nach dem Ziel des eingeschlagenen Weges der Regierung laut. Zukünftige Alleingänge des Regimes verbat man sich, stattdessen wurde ein ausgeprägter Dialog zwischen Reich und Ländern gefordert.

Im Gegensatz zur tatsächlichen Stimmung auf der Konferenz, berichtete Papen in der Ministerbesprechung des Reichskabinetts vom 25. Juli, dass die Besprechungen sehr gut verlaufen seien. Mit der Ausnahme Badens, hätten alle Länder dem Vorgehen der Reichsregierung zugestimmt und die Beseitigung des Dualismus nachdrücklich befürwortet.<sup>162</sup> Die Protokolle der Stuttgarter Konferenz belegen allerdings das Gegenteil. Passend zu dieser Realitätsverfälschung, ereignete sich in einer Tagungspause ein Vorfall, der Papens Hilflosigkeit nachdrücklich veranschaulicht. Während eines Gruppenphotos mit den Delegierten schob der Reichskanzler plötzlich seinen Arm kameradschaftlich unter den des – äußerst irritierten – bayrischen Ministerpräsidenten. Dadurch entstand für den späteren Betrachter der spontane Eindruck eines Regierungschefs, der, ganz Herr der Situation, die widerspenstigen Kräfte der Opposition gebändigt hatte. In München tauchte jenes Bild prompt einige Tage später auf den Wahlplakaten der Nationalsozialisten auf und brüskierte Held als einen Konformisten der unpopulären Reichspolitik des Präsidialregimes.<sup>163</sup>

---

<sup>159</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1040.

<sup>160</sup> Vgl., W. Benz, Papens „Preußenschlag“ und die Länder, in: H. Rothfels, T. Eschenburg (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 18. Jahrgang, Heft 3, Stuttgart 1970, S. 321.

<sup>161</sup> Vgl., ebd., S. 325.

<sup>162</sup> Vgl., ebd., S. 334.

<sup>163</sup> Vgl., ebd., S. 329.



In der Wahrnehmung der Staatsrechtler wurde die Intervention differenziert betrachtet. Während die Gegner der Aktion die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 bestritten und überdies das angewendete Maß der Vorgehensweise als übertrieben bewerteten, argumentierten Befürworter mit der Verpflichtung des Reichspräsidenten, in Anbetracht einer Bürgerkriegslage die Republik mit allen Mitteln, die die Verfassung bietet, vor dem Untergang zu bewahren. Eine Ausschöpfung des Artikels 48 wäre somit legitim gewesen.<sup>164</sup> Auf die weitere Entwicklung der Republik von Weimar sollte der „Preußenschlag“ nachhaltig wirken. Die Abwendung von der Demokratie wurde hier besiegelt und die Zuwendung zum radikalen Autoritätsstaat offenbart. In zahlreichen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten wird dieses Ereignis als Todesstunde der Republik oder Vorgeschichte für Hitlers Machtergreifung begriffen.<sup>165</sup> Papen selbst blieb zeitlebens ablehnend gegenüber jeglicher Kritik an der Intervention. In einer Rundfunkansprache vom 20. Juli 1932 hatte er das Vorgehen seiner Regierung mit dem Verweis auf die chaotischen Zustände im Land Preußen und auf die vom Kommunismus ausgehende, akute Gefahr der Staatszersetzung gerechtfertigt. Die, im Zuge jener vermeintlich umstürzlerischen Unterredung der Herren Abegg, Torgler und Kaspers aufgekommene marxistische Verschwörungsthese hatte der Reichskanzler auf der Länderkonferenz in Stuttgart nochmals unterstrichen, indem er sich auf die Äußerungen Carl Severings vom 20. Juli bezog. Dieser hatte seinerzeit pathetisch erklärt, er würde nur der brachialen Gewalt weichen. Erst dies hätte den Ausschlag für die Verhängung des Ausnahmezustands über Berlin und die Mark Brandenburg gegeben.<sup>166</sup> Nie, so scheint es, war Papen um eine Rechtfertigung seiner Maßnahmen verlegen.

---

<sup>164</sup> Vgl., H. Michaelis, E. Schraepler (Hrsg.), Ursachen und Folgen, Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Achter Band, Die Weimarer Republik, Das Ende des parlamentarischen Systems, Berlin 1958, S. 582f.

<sup>165</sup> Vgl., J. Petzold, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: A. Meusel, L. Stern, H. Kamnitzer (Hrsg.), Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, IV. Jahrgang, Berlin 1956 u. K. D Bracher, Der 20. Juli 1932, in: A. Rüstow, O. Suhr (Hrsg.), Zeitschrift für Politik, Dritter Jahrgang, Berlin 1956, S. 248.

<sup>166</sup> Vgl., R. Morsay, Zur Geschichte des Preußenschlags, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jahrgang 1961, S. 438.

## 2.6.4 Die Urteile des Reichsstaatsgerichtshofs

Des Kanzlers Beteuerungen hinsichtlich der Unantastbarkeit der Länder zum Trotz, unterstützten dennoch die Regierungen Bayerns und Badens die Klage der preußischen Sozialdemokraten sowie der preußischen Zentrumsfraktion vor dem Reichsstaatsgerichtshof. Eine einstweilige Verfügung gegen die Handlung des Präsidialregimes wurde am 25. Juli 1932 in einer Vorentscheidung jedoch abgelehnt. In seiner Begründung verwies das Gericht auf sachliche Mängel in der Antragstellung. Der eigentliche Prozess in der Sache Preußen contra Reich begann am 10. Oktober 1932 und nahm acht Verhandlungstage in Anspruch. Das Urteil wurde am 25. Oktober desselben Jahres verkündet. Die preußische Staatsgewalt wurde geteilt. Fortan sollte das eingesetzte Kommissariatsregime auch rechtlich abgesichert die Regierungsgewalt im Land Preußen ausüben dürfen. Das Staatsministerium sowie die einzelnen Ministerialressorts wurden dem Reichskommissar unterstellt. Andererseits wurde die bisherige Landesregierung von dem Vorwurf der Pflichtverletzung entlastet und erhielt das Zugeständnis über die Aufrechterhaltung seiner Stimmenanteile im Reichstag und Reichsrat. Die Widersprüchlichkeit des Urteils offenbarte sich in der Feststellung der formalen Rechtsstellung einer gestürzten Landesregierung.<sup>167</sup> Das Gericht konstruierte nicht mehr als einen Kompromiss, um vornehmlich die Autorität des Reichspräsidenten zu schützen. Die Rechtmäßigkeit einer Gleichschaltung des preußischen Staatsapparates galt zu keinem Zeitpunkt als unerschütterlich und sollte nicht langlebigen öffentlichen Debatten ausgesetzt werden.<sup>168</sup> Das Urteil beerdigte endgültig Papens Pläne zur Erhöhung des Reichsrats zu einem zentralen Organ, das seine Regierung auch ohne die Notverordnungen funktionsfähig gemacht hätte. Hierfür wären die – insgeheim bereits einkalkulierten – Sitze der preußischen Vertreter notwendig gewesen. Die Ausmaße dieser Rechtssprechung sollten nicht nur den politischen Konflikt zwischen der Hoheits- und der Kommissariatsregierung aufrechterhalten, sie wurden auch auf groteske Weise ins Gesellschaftsleben der Republik übertragen. Anlässlich des 70. Geburtstages von Gerhard Hauptmann, kam es Vormittags durch den Repräsentanten der Hoheitsregierung, Kultusminister Grimme, zur Verleihung einer Urkunde ohne Staatssiegel und Medaille. Am Abend wurde dem berühmten Dichter dann im

---

<sup>167</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1125f.

<sup>168</sup> Vgl., H. Heiber, Die Republik von Weimar, S. 255.

Rahmen einer Feier der kommissarischen Regierung eine weitere Urkunde überreicht – dieses Mal mit Siegel und Medaille.<sup>169</sup>

## 2.7 Juli - Wahlen

Am 31. Juli 1932 stimmten 52 Prozent der Wahlberechtigten gegen die parlamentarische Demokratie. Es war eine eindeutige Mehrheit des Volkes, das den Nationalsozialisten und den Kommunisten sein Vertrauen ausgesprochen hatte. Beide extremistischen Parteien hatten es vermocht, gegenüber der vorigen Wahl ihre Stimmenanteile zu erhöhen. Vor allem die NSDAP verzeichnete einen Stimmenzuwachs von über 100 Prozent im Vergleich zum September 1930. Waren es seinerzeit schon über 6,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger gewesen, die Hitler ihre Stimmen anvertraut hatten, unterstützten ihn diesmal annähernd 14 Millionen Menschen an den Wahlurnen. Dies entsprach 37,3 Prozent aller Stimmen. Zwar lag auch die Wahlbeteiligung um 2,1 Prozent höher als zwei Jahre zuvor, jedoch kann dies nicht über den enormen Zulauf der Hitlerbewegung im Volke hinwegtäuschen. Allein 230 Abgeordnetenmandate hielten die Nationalsozialisten nun im neuen Reichstag inne. Wenn auch deutlich dahinter, so vermochten auch die Kommunisten ihr Ergebnis noch einmal zu verbessern. Mit weit über 5 Millionen Stimmen und einem Wähleranteil von 14,3 Prozent zogen sie als drittstärkste Partei in den Reichstag ein. Ihre Mandate wuchsen von 77 auf 89 an. Die Sozialdemokraten vereinigten annähernd 8 Millionen Wähler auf sich und stellten 133 Sitze im Parlament. Dabei mussten sie jedoch herbe Verluste einstecken. Knapp 3 Prozent büßte die Partei im Vergleich zu 1930 ein und sank auf 21,6 Prozent der Wählergunst. Statt 143, hielt man im nächsten Reichstag nur noch 133 Mandate inne. Auch die konservative DNVP verlor Wähler. Mit 5,9 Prozent erreichte sie das schwächste Ergebnis seit Bestehen der Republik. Einzige Konstante – und damit das Zünglein an der Waage – war lediglich die katholische Zentrumspartei. Sie verzeichnete sogar einen Zuwachs um 0,7 Prozent auf 12,5 Prozent der Stimmabgaben. Ihr Mandatsanteil betrug 75 Sitze. Deutlich über 4,5 Millionen Wähler bestätigten die Partei erneut als relativ resistent gegenüber dem Wählerschwund abseits der extremistischen politischen Lager. Die Parteien der bürgerlichen Linken und Rechten traten dagegen kaum noch in Erscheinung. Weder DStP noch DVP vermochten noch Anklang bei den Wählern

---

<sup>169</sup> Vgl., E. Widder, Reich und Preußen, Frankfurt 1959, S. 130.

zu finden. Ihr Potenzial erschöpfte sich bei 1 Prozent bzw. 1,2 Prozent.<sup>170</sup> Es war auch dieser Niedergang der gemäßigten Gruppierungen, die neben dem katastrophalen Anwachsen der Extremisten Papens Abstieg einläuteten. Nicht nur die Versuche ordentlicher Parlamentsbeschlüsse waren nun aufgrund der Konstellation zum Scheitern verurteilt, auch die Ideologie des „Neuen Staates“ musste nun der Realität weichen. Als Stützen hatten die konservativen und gemäßigt liberalen Parteien Papens Plänen dienen und dessen Absichten mittragen sollen.

Da sich die Unterstützung des Kabinetts nur noch auf DNVP und DVP beschränkte, ließ sich der Rückhalt Papens im Volk gerade noch auf magere 7,1 Prozent hochrechnen.<sup>171</sup> Um trotz allem eine regierungsfähige Mehrheit im neuen Reichstag zustande zu bringen, versuchte der Reichskanzler nun die nationalsozialistische Bewegung in sein Kabinett zu integrieren. In den Verhandlungen zwischen dem 10. und 12. August erklärte sich Hitler jedoch nicht bereit, die Stellung einiger Ministerressorts für die Nationalsozialisten anzunehmen. Ebenso konnte der Reichskanzler Hitlers Anspruch auf das Amt des Regierungschefs sowie des preußischen Ministerpräsidenten nicht akzeptieren. Einen Parteiführer als Oberhaupt einer Reichsregierung wollte auch Reichspräsident Hindenburg nicht tolerieren. Er sah eine Vereinbarung zwischen dem Exponenten einer Partei und dem Präsidialregime als nicht möglich an und verwehrte sich gegen ein solches Regierungsmodell. Da ein Scheitern der Verhandlungen die Gefahr einer Koalition zwischen NSDAP und Zentrum mit Stellung eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten in Preußen in sich barg, boten Papen und Schleicher Adolf Hitler am 13. August die Vizekanzlerschaft an. Der Führer der Nationalsozialisten lehnte auch dieses Angebot entschieden ab und beharrte auf seinen Ansprüchen.<sup>172</sup> E. Eyck beschreibt in diesem Zusammenhang Papens hilfloses Agieren als Versuch zur „Quadratur des Zirkels“.<sup>173</sup> Im Angesicht eines verheerenden Wahlergebnisses sah sich der Kanzler dennoch nicht in seiner Stellung angezweifelt. Vielmehr versuchte er sein Reichskabinett gegen alle Widrigkeiten aufrechtzuerhalten und gedachte, eine Partei, die innerhalb weniger Jahre zur größten damaligen Volksbewegung angewachsen und auf konsequentesten Totalitarismus ausgerichtet war, für seine politischen Absichten

---

<sup>170</sup> Vgl., K. D. Bracher, M. Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933, S. 630f.

<sup>171</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 100.

<sup>172</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1056f. u. S. 1062f.

<sup>173</sup> E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Zweiter Band, Stuttgart 1956, S. 523.

gefügig machen zu können. Die Position Papens musste umso mehr als angeschlagen gelten, als die radikalen Parteien infolge ihrer absoluten Mandatsmehrheit im Parlament nun jederzeit die Möglichkeit besaßen der Regierung das Misstrauen auszusprechen und Notverordnungen aufzuheben.

## 2.8 Potempa

Im Zuge des Wahlkampfes – und darüber hinaus – war es in der Republik immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen und Terrorakten der politischen Gegner gekommen. Zu den vielen Opfern dieser Kämpfe und Anschläge zählten nicht nur die unmittelbaren ideologisch motivierten Kontrahenten, sondern auch zahlreiche Zivilisten und Polizeibeamte. Die Regierung kam daher zu der Einschätzung, dass die bereits bestehenden Verordnungen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit nicht weitgreifend genug waren. In der Ministerbesprechung vom 9. August 1932 wurden daher neue Gesetze zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit beschlossen, die in ihrer Härte zukünftig als prophylaktische Abschreckung dienen sollten. So wurde unter anderem die Todesstrafe ausgeweitet auf Totschlag aus politischen Motiven. Auch schwere Brandstiftung und Sprengstoffanschläge, die in unmittelbarem Zusammenhang mit politischen Absichten verbunden waren, zählten nun dazu. Verschärfte Haftstrafen sollten bei Körperverletzung oder Land- und Hausfriedensbruch ausgesprochen werden. Ferner riskierte langjährige Haftstrafen, wer zum Aufruhr anstiftete.<sup>174</sup> Die Errichtung von Sondergerichten sollte den Zugriff und die Aburteilung der Straftäter vereinfachen und die Autorität des Staates in besonderen Krisengebieten unmittelbarer machen. Nur wenige Stunden nach der Inkraftsetzung dieser Verordnung kam es in den frühen Morgenstunden des 10. August im oberschlesischen Ort Potempa zu einem Mord an einem Arbeiter aus dem kommunistischen Umfeld. Mehrere Täter hatten den Mann im eigenen Haus überfallen und durch Schläge und Tritte so schwer verletzt, dass er starb. Die unmittelbar darauf gestellten Mörder entstammten allesamt dem nationalsozialistischen Milieu. Ein Sondergericht in Beuthen verurteilte daraufhin alle Angeklagten im Sinne der neuen Verordnungen zum Tode. Die NS - Führung quittierte dies mit einer scharfen Agitation gegen die Reichsregierung. Hitler, Göring und Röhm ließen es in der folgenden Zeit an öffentlichen Sympathiekundgebungen für die Täter und Widerstandsdrohungen gegen das

---

<sup>174</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 374f.

Präsidentialregime nicht fehlen.<sup>175</sup> In einem Telegramm versicherte Adolf Hitler den Verurteilten seinen Kampf für deren Freiheit.<sup>176</sup> Angesichts dieses Konfrontationskurses entschied sich die preußische Kommissariatsregierung – unter dem Vorsitz Franz von Papens – nach einigem Zögern am 2. September zur Aufhebung der Todesurteile und deren Umwandlung in lebenslängliche Zuchthausstrafen. Als Begründung wurde den Straftätern eine Unkenntnis der unmittelbar zuvor erlassenen Notverordnung bescheinigt. Später sollte Papen diese Entscheidung in seinen Memoiren als einen reinen Akt der Gnade darstellen, zu dem er sich im Angesicht der Täterreue verpflichtet fühlte.<sup>177</sup> Dies vermochte nicht zu verbergen, dass der Kanzler eher politische denn christliche Motive verfolgte. Er wollte für Hitler noch nicht alle Türen schließen und die Mitarbeit in der Reichsregierung offen halten. Nur durch die Einbindung der populärsten Bewegung sah Papen die Chance, die Kanzlerschaft aufrechtzuerhalten und seine Politik noch durchzusetzen.

## 2.9 Der erste Staatsnotstandsplan

Im August 1932 war das Kabinett Papen kaum noch bewegungsfähig. Der Reichstag wurde von den extremistischen Parteien gelähmt, und Notverordnungen des Reichspräsidenten konnten auf verfassungsrechtlichem Wege durch die absolute Stimmenmehrheit der Nationalsozialisten und der Kommunisten aufgehoben werden. Nachdem Vermittlungsgespräche mit Hitler an dessen Ansprüchen gescheitert waren, ging der Reichskanzler Ende August auf Konfrontation mit dem Führer der NSDAP. Papen warf Hitler die Blockierung des Rechtsstaats, reine Parteienherrschaft und Ungerechtigkeit vor.<sup>178</sup> Dabei kam dem Kanzler – bei allem Grund zur Besorgnis – auch Hitlers Solidarität mit den Potempa - Mördern gelegen. Diese Verbundenheit hatte schonungslos Hitlers Einstellung zum Verfassungsstaat offenbart und diskreditierte das Gerechtigkeitsimage der Partei innerhalb der Wählerschichten, die in der Nazibewegung eben auch eine soziale Volksbewegung gesehen hatten. Unter diesen Umständen glaubte die Reichsführung, in der Bevölkerung ein Verständnis für die Proklamation des Staatsnotstandes erreichen zu können. Die Auflösung des

---

<sup>175</sup> Vgl., K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S. 542.

<sup>176</sup> Vgl., P. Longerich, Deutschland 1918-1933, Die Weimarer Republik, S. 332.

<sup>177</sup> Vgl., F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 227.

<sup>178</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1075.

Reichstags sollte – unter Verschiebung der Neuwahlen auf unbekannte Zeit – endgültig den Raum für eine Änderung der Reichsverfassung bilden und das Fundament für ein autoritäres Präsidialregime legen. Als Rechtfertigung für das Verbot der NSDAP und deren Wehrorganisationen favorisierte die Reichswehrmachtführung einen Staatsstreichplan durch Hitler. Im Falle einer Erhebung musste die Schlagkraft der nationalsozialistischen Wehrverbände äußerst bedenklich erscheinen. Angesichts der kritischen Lage fehlte es der Reichsregierung jedoch an Alternativen. Bei einer Besprechung mit Hindenburg sicherten sich Papen, Gayl und Schleicher am 30. August die Absegnung ihrer Pläne. Auch die Verschiebung der Neuwahlen über die in der Verfassung verankerte Frist von 60 Tagen galt als heikel. Der Kanzler versicherte dem Reichspräsidenten jedoch, dass in einer Zeit der nicht Enden wollenden Terrorakte ein akuter Staatsnotstand vorläge, der die Umgehung des betreffenden Artikels 25 nicht nur notwendig, sondern im Sinne der Sicherheit von Staat und Volk auch legitimieren würde.<sup>179</sup> Daneben warb Papen bei den bürgerlichen Mittelparteien sowie dem Stahlhelm und Wirtschaftsverbänden um die Unterstützung seiner Politik nach den Wahlen. Der Kanzler dachte diesbezüglich an einen Block aus Deutschnationalen, der jedoch Utopie bleiben sollte.<sup>180</sup>

## 2.10 Agrarpolitik

Nachdem Papens Wirtschaftspolitik gegenüber den großindustriellen Unternehmern als äußerst freundlich gesinnt bezeichnet werden konnte, machte im Spätsommer 1932 auch die Landwirtschaft ihre Forderungen an die Regierung verstärkt geltend. Neben einer Erhöhung der Zölle für verschiedene Agrarprodukte sollten ausländische Erzeugnisse zum Schutz der einheimischen Produktionen streng kontingentiert werden. Aus einem Schreiben des Präsidiums des Rheinischen Bauernvereins, geht schon am 15. Juni die vehemente Forderung nach Einfuhrdrosselungen sowie Getreideschutzmaßnahmen und eine Verminderung der Zuckersteuer hervor. Auch das Missverhältnis der Preise wurde von den Landwirten beanstandet.<sup>181</sup> Eine derartige Einfuhrbeschränkung musste den Unmut der ausländischen Handelspartner hervorrufen. Langfristig, so die Gegner der Kontingentierungspolitik, würde der wichtige deutsche Güterexport

---

<sup>179</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 477f.

<sup>180</sup> Vgl., E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, S. 979.

<sup>181</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 88f.

durch einen internationalen Handelskonflikt bedroht werden. Da die Großagrарrier eine wichtige Lobby im Staate stellten, konnte es sich das Reichskabinett nicht leisten, deren Klagen auf Dauer zu überhören. Reichsernährungsminister Braun versprach darauf konkrete Eingeständnisse. Zukünftig sollte die Einfuhr von Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, diverse Obstsorten, Nadelschnitt- und Papierholz, Schlachtrinder, Speck, Schmalz, Butter, Käse, Karpfen, Erbsen sowie Reisabfälle zum Schutze der inländischen Produktion gedrosselt werden.<sup>182</sup> Ein konsequenter Warenboykott durch die von den Einfuhrbeschränkungen betroffenen ausländischen Wirtschaften hätte unweigerlich zu einer Schwächung der deutschen Währung geführt. Papens Spagat zwischen in- und ausländischer Interessenvertretung auf diesem Sektor misslang. Im November wies die Außenhandelsbilanz in Folge der Agrarschutzmassnahmen bereits erhebliche Defizite auf.<sup>183</sup> Auch innerhalb des Kabinetts herrschte diesbezüglich keine Einheit. Die Minister der Ressorts Wirtschaft, Finanzen und des Äußeren sprachen sich gegen die Linie Papens und Brauns aus. Schließlich nahm die Regierung Abstand von den verlautbarten Absichten. Einzig die Bestimmungen für den Butterimport wurden aufrechterhalten.<sup>184</sup> Der Reichskanzler verlor so den letzten Rückhalt bei den Großagrарriern und verspielte damit die Gesonnenheit der DNVP, die, aufgrund ihrer nationalkonservativen Ausrichtung Schnittstellen zum Präsidialkabinett Papen aufwies.

## 2.11 Das Misstrauensvotum im Reichstag – Franz von Papens Abstieg

Während der Reichskanzler auf Gut Neudeck weilte und den Reichspräsidenten von seinen Notstandsplänen zu überzeugen versuchte, konstituierte sich am 30. August 1932 in Berlin der 6. Reichstag. Den Parteien war bewusst, dass es sich bei Papens, Schleichers und Gayls Treffen mit Hindenburg um Gespräche über die neuerliche Auflösung der Volksvertretung handeln musste. Die unkluge Abwesenheit des Kanzlers nutzten sodann die Fraktionen der NSDAP und des Zentrums, um eine Vertagung des Reichstags auf unbestimmte Zeit zu erwirken. Hermann Göring war es in seiner Funktion als Reichstagspräsident vorbehalten, einen Termin für die Wiederberufung zu bestimmen. Dies sollte schließlich am 12. September geschehen. Den Zeitgewinn gedachten vor allem die Republikfeinde zu

---

<sup>182</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 642.

<sup>183</sup> Vgl., ebd., S. 861.

<sup>184</sup> Vgl., P. Longerich, Deutschland 1918-1933, Die Weimarer Republik, S. 337.



nutzen, um ihre Vorgehensweisen gegen die drohende Auflösung des Parlaments intern abzuklären.

Mit jenem 30. August hatte der Reichskanzler die Chance verpasst, die Verunsicherung der Parteien zu seinem und seiner Regierung Vorteil zu gestalten und mit dem Auflösungsdekret des Reichspräsidenten in der Hand die Offensive zu bestimmen.<sup>185</sup> Weder Nationalsozialisten noch Kommunisten wären derart kurzfristig in der Lage gewesen, einen Einheitskurs untereinander abzustimmen und hätten der Verordnung nichts entgegensetzen können. Vielleicht erstmalig bot sich für Papen hier die Möglichkeit, seine Autorität als Regierungsführer gegen die radikalen Kräfte der Republik auszudrücken. Dass er diese Gelegenheit nicht nutzte, sollte sich wenig später als fatal erweisen.

Wie sorglos der Kanzler auf dem politischen Parkett agierte, offenbarte sich in der nächsten Reichstagssitzung. Am 12. September 1932 erschien Papen ohne die Auflösungsorder Hindenburgs auf der Regierungsbank. Erst am Ende der auf die Regierungserklärung folgenden, traditionell mehrtägigen Aussprachen, wollte der Kanzler die Auflösung verkünden. Dabei erhoffte sich der Reichskanzler von seinen zur Vorlage gedachten Wirtschaftsplänen eine konstruktive Debatte aller Parteien. Stattdessen wurde er, unmittelbar nach der Eröffnung der Sitzung, von der Antragsstellung auf Änderung der Tagesordnung durch den kommunistischen Abgeordneten Torgler überrascht.<sup>186</sup> Damit verbunden war die Außerkraftsetzung der Wirtschaftsverordnungen sowie die Abstimmung über einen Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung. Anstelle eines Widerspruchs seitens der Reichsregierung bat daraufhin der Nationalsozialist Frick um eine Unterbrechung der Sitzung für eine halbe Stunde.<sup>187</sup> Diesen Zeitraum nutzte Papen, um das Auflösungsdekret per Eilboten in den Reichstag zu bestellen, derweil sich die NSDAP die Erlaubnis des abwesenden Hitler einholte, um mit der KPD gemeinsam für den Misstrauensantrag zu votieren.

Nach der Wiederaufnahme der Sitzung übersah Reichstagspräsident Göring geflissentlich Papens mehrfache Wortmeldungen und leitete unmittelbar das Abstimmungsverfahren ein. Schließlich legte der Kanzler das Dekret auf den Präsidiumstisch und verließ mit seinem Kabinett das Haus. Das Ergebnis des Votums erbrachte schließlich die zu erwartende Niederlage für die Reichsregierung. Über 90 Prozent der anwesenden Parlamentarier wendeten sich

---

<sup>185</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, S. 1084.

<sup>186</sup> Vgl., F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 234f.

<sup>187</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd.2, S. 543.

gegen das Präsidialregime. Neben der NSDAP und der KPD stimmten zusätzlich das Zentrum, die BVP und die SPD geschlossen für die Anträge. Von 559 teilnehmenden Abgeordneten sprachen sich nur 42 Stimmen für das Papen - Kabinett aus.<sup>188</sup> Eine derartige vernichtende Niederlage einer Reichsregierung war – und blieb – in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus einzigartig. Im Anschluss an die Verkündung des Wahlausganges verlas Göring die Order des Reichspräsidenten, stellte jedoch nur lakonisch fest, dass das Schreiben die Gegenzeichnungen eines ehemaligen Kanzlers und seines Innenministers trügen und somit als hinfällig zu betrachten seien.<sup>189</sup> Diese Annahme war jedoch nicht Gesetzeskonform, denn nach Artikel 33 Absatz 3 der Weimarer Reichsverfassung genoss der Reichskanzler das Recht auch abseits der Tagesordnung im Parlament angehört zu werden.<sup>190</sup> Der Reichstagspräsident Göring hatte den Reichskanzler Papen schlichtweg ignoriert, um die Auflösung des Parlaments zu verhindern und zugleich die Rückhaltlosigkeit der Regierung bloßzustellen. Das Wissen um die Unrechtmäßigkeit der Vorgänge bedeutete keine Rehabilitierung für Franz von Papen. Bezeichnenderweise sollte er als der Kanzler in die parlamentarische Geschichte eingehen, der nie vor dem Reichstagsplenum gesprochen hatte. Papens Regierungserklärung wurde schließlich am Abend des 12. September – wie seine Antrittsrede – von den deutschen Rundfunksendern übertragen. In dieser knapp vierzigminütigen Ansprache schilderte er die Ereignisse im Reichstag und beklagte das Verhalten der Anwesenden. Der Kanzler erinnerte an die schwere Ausgangslage seiner Regierung und versicherte, dass die bereits getroffenen Maßnahmen bald fruchten würden. Auch stellte er die Beendigung der Reparationen heraus. Ferner sollte die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage nach wie vor das Ziel seiner Absichten bleiben. Die Wirtschaftsverordnungen vom 4. und 5. September rechtfertigte Papen vehement und machte von deren Gelingen die Zukunft des Staates abhängig. Schließlich bekannte sich der Kanzler nochmals zur Notwendigkeit der Intervention in Preußen. Er bezeichnete den vergangenen Status des Reichs als eine schutzlose Auslieferung gegenüber der Exekutive des mächtigsten Landes. Mit der Versicherung zur Entschlossenheit der Errettung Deutschlands und dem Appell zur Unterstützung des Reichspräsidenten schloss der Reichskanzler.<sup>191</sup>

---

<sup>188</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1096.

<sup>189</sup> Vgl., ebd.

<sup>190</sup> Vgl., ebd., S. 1097.

<sup>191</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 561.

Trotz dieses Überzeugungsversuches überwog innerhalb der Bevölkerung der Eindruck einer Demontage des Präsidialkabinetts. Einhergehend damit stellte sich ein weiterer Substanzverlust der Papen - Regierung in der Öffentlichkeit ein. War Papens Kanzlerschaft bis dato unpopulär gewesen, so lief sie nun Gefahr nicht mehr ernst genommen zu werden. Ein Regierungschef, der keinerlei Autorität verkörperte, musste im Volk letztendlich durchfallen. Auf die Dauer nahmen die Menschen die Regierung als das wahr, was es darstellte: Eine Ansammlung von Köpfen, die im Lichte der Legende Paul von Hindenburg zu regieren versuchte. Dies erkannte nun auch der Reichspräsident. Auf sein öffentliches Ansehen bedacht, nahm er Abstand von der verfassungswidrigen Aufschiebung der Neuwahlen. Zuvor hatten Zentrumspartei und NSDAP bereits anklingen lassen, dass man Hindenburg im Falle einer Verschiebung der Wahlen über die konstituierten 60 Tage hinaus unter Berufung auf Artikel 59 der Verfassung anklagen wolle.<sup>192</sup> So wurden die Bürgerinnen und Bürger für den 6. November 1932 erneut zu den Urnen gerufen.

## 2.12 November - Wahlen

Die Wahlen aus dem November 1932 standen im Schatten schwerer politischer Unruhen. Weder die Einsetzung eines Reichskommissariats in Preußen noch die verschärften Haftbestimmungen der letzten Notverordnungen hatten es vermocht, die bürgerkriegsähnliche Atmosphäre auf den Straßen der Republik zu entschärfen. Kurz vor der Wahl wandte sich der Reichskanzler in einem Appell an das deutsche Volk. Der Kern seiner Rede bestand in der Kritik an den Nationalsozialisten, deren Führer aus reinem Parteinegoismus das Wirtschaftsprogramm der Regierung sabotiert und sich mit Mördern solidarisiert hätte. Einmal mehr stellte Papen Worthülsen zuungunsten konkreter politischer Aussagen in den Vordergrund seines Auftrittes. Im Gegenzug beschuldigte Hitler die Regierung eines geheimen Aufrüstungsprogramms, das in vehementem Gegensatz zu den offiziellen Abrüstungsforderungen des Reichskabinetts stand. Hitler offenbarte neben der Absicht zur personellen Aufstockung der Wehrmacht auch Pläne zum Bau deutscher Schlachtschiffe.<sup>193</sup> Dass diese Form von Agitation in der Bevölkerung nicht mehr fruchtete, zeigten die Ergebnisse der Wahlen zum

---

<sup>192</sup> Vgl., V. Hentschel, Weimars letzte Monate, Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1979, S. 66f.

<sup>193</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1139f.

siebten Reichstag. Zwar behielten die extremistischen Parteien die absolute Mehrheit im Parlament, doch die NSDAP sollte einen Verlust von mehr als 2 Millionen Stimmen verzeichnen. Bei einem Rückgang der Wahlbeteiligung um 3,5 Prozent, verloren auch die Sozialdemokraten nochmals Terrain. Über 700.000 Stimmen weniger als noch im Sommer verminderten ihre Mandatssitze um 12 auf 121 Sitze. Die 20,4 Prozent Stimmenanteil stellten das schlechteste Ergebnis für die SPD seit den Mai - Wahlen von 1924 dar. Dagegen konnten die Kommunisten mit annähernd 6 Millionen Wählerstimmen ihr bestes Ergebnis überhaupt erzielen. Ihr Mandatsanteil wuchs auf 100 Sitze an. Auch die Deutschnationalen erfuhren einen Zuwachs von mehreren hunderttausend Stimmen. Mit 8,3 Prozent vereinigten sie im nächsten Reichstag 52 Mandate auf sich und steigerten sich um 15 Sitze. Einen leichten Einbruch erfuhr die Zentrumspartei. Sie verschlechterte sich von 12,5 Prozent auf 11,9 Prozent und verlor 5 von bisherigen 75 Sitzen im Parlament. Weiterhin im Raum der Belanglosigkeit trieben die einstmaligen populären DVP und DStP (die einstmalige DDP) mit Stimmanteilen um 1 Prozent und 2 Prozent.<sup>194</sup>

Für das größte Gesprächsthema dieser Wahlen sorgte der rapide Absturz der Nationalsozialisten. Zwar wurde deren Wahlsieg im Sommer als Ausschöpfung des Wählerpotentials schon realistisch eingeschätzt, aber einen Millionenverlust an Wählern und die Reduzierung der Mandate von 230 auf 196 Sitze musste die in den letzten Wahlen stetig expandierende Bewegung unweigerlich in ihren Machtanspruchsträumen erschüttern. Infolge seiner sturen Alles - oder - Nichts - Politik hatte Hitler viele bisherige Anhänger verloren, die die Ablehnung jeglicher Regierungsverantwortung jenseits der Alleinherrschaft enttäuscht registrierten und sich nun abwendeten. Auch das Eintreten für die überführten Potempa - Mörder und sein damit verbundenes Bekenntnis zur Beschreitung der Wege des Terrors hatte Hitler bei vielen Menschen ihre Zuneigung für die nationalsozialistische Partei gekostet. Tribut musste die NSDAP nun auch gegenüber der Industrie zollen. Hatten deren Kapitäne in Hitler noch in der ersten Jahreshälfte einen unterstützenswerten Vertreter ihrer Interessen gesehen, dem sie zutrauten, das leckgeschlagene Staatsschiff aus der Krise zu steuern, wandten auch sie sich nun ab und zeigten sich nochmals kurzfristig an Papens antisozialem Kurs des „Neuen Staats“ interessiert. Des Weiteren befand sich die Partei in einer kritischen

---

<sup>194</sup> Vgl., K. D. Bracher, M. Funke, H.-A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918-1933, S. 630f.

finanziellen Situation. Aufgrund der aufwendigen Kampagnen des Wahlmarathons von 1932, der Reichspräsidenten-, Landtags- und zwei Reichstagswahlen umspannt hatte, herrschte eine katastrophale Kassenlage. Auf über 12 Millionen Reichsmark soll sich der Schuldenbestand der Partei Anfang November belaufen haben.<sup>195</sup> Hinzu waren noch interne Streitigkeiten getreten, die das Gefüge des Parteiapparates angegriffen hatten und nachhaltig zu beschädigen drohten.<sup>196</sup>

Gregor Strasser, seines Zeichens Reichsorganisationsleiter der NSDAP, gehörte zu den führenden Köpfen einer sozialgeprägten Richtung innerhalb der Partei. Er repräsentierte die Überzeugungen des linken Flügels, der nicht immer konform zur Parteiführung stand und schürte bei Reichswehrminister Kurt von Schleicher Spekulationen über eine mögliche Spaltung der Nationalsozialisten.<sup>197</sup> Kurzum, Hitler und seine Partei standen in jenem Herbst vor der Zerreißprobe. Sollte ihr Führer seine Ansprüche auf das Kanzleramt nicht durchsetzen können, drohte der NSDAP wieder der Absturz in die politische Unbedeutsamkeit, aus der sie nur zwei Jahre zuvor empor geschneilt war. Für Papen und sein Kabinett bedeutete diese Schwächung des Gegners aber keinen direkten Vorteil. Immer noch besaßen die radikalen Parteien die Mehrheit im Parlament. Ein erneuter Misstrauensantrag war möglich, und konstruktive Entscheidungen in der Volksvertretung mussten weiterhin als utopisch gelten. Dennoch sah sich der Reichskanzler nicht dazu veranlasst, seinen politischen Kurs zu ändern. Er drohte den Parteien bei einer neuerlichen Versagung ihrer Zusammenarbeit mit der Fortsetzung der Notverordnungspolitik über die Instanz des Reichspräsidenten.<sup>198</sup> Papen musste die Unmöglichkeit von positiven Reichstagskoalitionen bewusst sein. Er hätte sie sich auch nicht wünschen können, da ein solcher Zustand mit den Zielen seiner Ständestaat - Ideologien nicht hätte vereinbart werden können. Eine Befreiung des Parlaments aus seinen Fesseln infolge positiver Mehrheitsverhältnisse sowie die damit verbundene Wiedererrichtung der Parlamentsherrschaft hätte aus der Sicht des konservativen Reichskanzlers einen Rückschritt zur Demokratie befürchten lassen müssen. Diese aber hatte er doch zu Überwinden getrachtet.

Papens Taktik zielte auf die Darstellung der Unmöglichkeit des Parlamentarismus im Angesicht der Koalitionsunfähigkeit der Parteien. Damit sollte die autoritäre Variante des Präsidialregimes als einziges Regierungsmodell unterstrichen und

---

<sup>195</sup> Vgl., F.-K. v. Plehwe, Reichskanzler Kurt von Schleicher, Esslingen 1983, S. 244.

<sup>196</sup> Vgl., A. Wirsching, Die Weimarer Republik, Politik und Gesellschaft, München 2000, S. 44.

<sup>197</sup> Vgl., W. Maser, Zwischen Kaiserreich und NS-Regime, S. 318f.

<sup>198</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1142.

abgesichert werden. Nach den ergebnislosen Verhandlungen mit den jeweiligen Parteiführern über eine neue Regierung, dachte Papen wieder zum Staatsnotstandskonzept zu greifen und den Reichstag unter unbestimmter Verschiebung der Neuwahlen auflösen zu lassen. Mit Ausnahme der Führer der NSDAP und der Kommunisten ergingen im November schließlich Verhandlungseinladungen an die Parteien. Die SPD hatte von vornherein derartigen Gesprächen eine Absage erteilt. Papens Plan schien aufzugehen. Nur die DNVP bot der Regierung immer noch ihre Unterstützung an. Nach den Stimmenanteilen berechnet, bedeutete dies einen repräsentativen Rückhalt in der Bevölkerung von nur noch 8,3 Prozent. Die Zentrumspartei lehnte eine zukünftige Zusammenarbeit mit dem Kabinett Papen weiterhin kategorisch ab und befürwortete eine Regierung unter Hitler als Kanzler. Sowohl DVP als auch BVP öffneten sich gegenüber der Leitidee einer „nationalen Konzentration“, bekannten sich jedoch ebenfalls zum Führer der NSDAP als Kanzler.<sup>199</sup>

Die obligatorischen Verhandlungen mit den Nationalsozialisten reduzierten sich am 13. November auf einen Briefwechsel zwischen Papen und Hitler. Dabei beharrte der Parteiführer auf seinen alten Forderungen und bestätigte Papens Einschätzungen bezüglich der Kabinettsbildung auf ganzer Linie. Die Einreichung der Demission des Gesamtkabinetts beim Reichspräsidenten unterstrich am 17. November Franz von Papens scheinbares Bemühen um die Herstellung geordneter Verhältnisse. Auch ein „Kleben“ am Amt war ihm nun nicht mehr vorwerfbar. Traditionell mit diesem Akt verbunden war die Beauftragung an Reichskanzler und Minister zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte bis zur Konstituierung einer neuen Führung. Im Gegensatz zu einem Reichskabinett war die geschäftsführende Regierung nicht mehr einem Misstrauensvotum ausgesetzt und hätte sich theoretisch zu einer permanenten Geschäftsführung entwickeln können.<sup>200</sup> Da die nachfolgenden Gespräche zwischen Hindenburg und den einzelnen Parteien erwartungsgemäß fruchtlos geblieben waren, hatte Papen die Utopie einer parlamentarischen Lösung der Staatskrise erwiesen. Zudem galt ihm immer noch die Sympathie des Reichspräsidenten, was die Gedanken an einen Kanzlerwechsel absurd erscheinen ließ. Nach Hindenburgs Gesprächen mit Hitler war ihm dieser nach wie vor unsympathisch geblieben und eine Annahme seiner Forderungen erschienen dem Reichspräsidenten als unverantwortlich gegenüber

---

<sup>199</sup> Vgl., ebd., S. 1149.

<sup>200</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1146f.

Staat und Volk. Tatsächlich hatte Papen für sich und sein Kabinett wichtige Zeit gewonnen und konnte einen neuerlichen Versuch wagen, den besorgten Hindenburg für den Staatsnotstandsplan zu gewinnen.

### 2.13 Papens letzter Strohalm – Der zweite Staatsnotstandsplan

Franz von Papens einzige politische Überlebensalternative bestand in einem Rückgriff auf das Notstandskonzept, das im September gescheitert war. Um eine neuerliche Misere für sein Kabinett zu vermeiden, musste der Reichstag aufgelöst und die Wahlen unter Umgehung der 60 - Tage - Frist hinausgeschoben werden. Dem Parlament durfte keine Chance zu Widerstandsaktionen gegeben werden. Einmal mehr hing die Kanzlerschaft von einem Nachgeben Hindenburgs ab. Dieser sollte unter dem Vorwand der Bedrohung des Staates vor Verfassungsfeinden den Artikel 25 der Weimarer Reichsverfassung aufheben, der die Bestimmungen zu Neuwahlen regelte.

Am 1. Dezember 1932 trug Papen seine Absichten dem Reichspräsidenten vor. Um die notwendigen Reformpläne durchsetzen zu können, sollte der Reichstag im widrigsten Fall kurzzeitig ausgeschaltet und die extremistischen Parteien inklusive ihrer Wehrverbände mit der Unterstützung der Reichswehr und der Polizei verboten werden. Die sich daraus ergebenden Eingriffe in die Verfassung sollten im Nachhinein durch einen Volksentscheid zugunsten der Reformpläne auf eine gesetzeskonforme Grundlage gestellt und die Umgehung des bisherigen Verfassungsrechts legitimiert werden.<sup>201</sup> Angesichts des so postulierten Notstands der Republik rechtfertigte Papen diese Vorgehensweisen als unumgängliche Handlungen der Staatsmacht.

Mit dem Reichskanzler war auch Reichswehrminister Schleicher zu den Beratungsgesprächen mit Hindenburg gerufen worden. Offen trat dieser nun in Konfrontation zu Papen. Schleicher schlug Hindenburg eine Variante vor, die es diesem ersparen würde, die Verfassung zu brechen. Mittels einer Spaltung der NSDAP sollte unter seiner Federführung eine parlamentarische Majorität zustande gebracht werden. Dabei setzte der Minister auf Gregor Strasser, dem es gelingen würde, etwa 60 Nationalsozialisten auf seine Seite zu ziehen, die sich in ein neues Regime integrieren lassen würden. Daneben sollte in einem Konglomerat der Gewerkschaften ein allumspannender Bogen errichtet werden, der die bürgerlichen

---

<sup>201</sup> Vgl., H. Reim, Franz von Papen im Zwielficht der Geschichte, S. 42f.

Parteien bis hin zu den Sozialdemokraten repräsentieren sollte und für ein Kabinett unter einem Reichskanzler Kurt von Schleicher die notwendige Tolerierung herbeiführen würde.<sup>202</sup>

Reichspräsident Hindenburg entschied sich schließlich für den Vorschlag seines Kanzlers. Er erteilte ihm den obligatorischen Auftrag zur Bildung des Kabinetts. Noch einmal, so schien es, hatte Papen seine Position behauptet, jedoch nie zuvor war sie derartig angetastet worden. .

## 2.14 Rücktritt

### 2.14.1 Die Militärstudie der Reichswehrführung

Spätestens nach der Besprechung bei Hindenburg wusste der Kanzler um die Infragestellung seiner Person auch im eigenen Kabinett. Die Ausführungen des Reichswehrministers hatten diesbezüglich keinen Zweifel an einem Misstrauen gegenüber dem Regierungschef gelassen. Eine endgültige Entscheidung über die Weiterführung seines Amtes wollte Papen erst nach einer Vergewisserung seines Rückhalts im Kabinett treffen. Am 2. Dezember sah sich der Reichskanzler dort einer überwiegenden Mehrheit von Widerständlern konfrontiert, die seinen Kurs nicht mehr befürworteten. Alle Kabinettsmitglieder – mit der Ausnahme des Reichsverkehrs- und Postministers Eitz - Rübenach – sahen keine Basis mehr für eine Regierung Papen. Vor allem Reichsfinanzminister Lutz Schwerin von Krosigk stach als Wortführer hervor und sprach dem Kanzler seine Befähigung zur Bewältigung der Staatskrise ab.<sup>203</sup> Jene oppositionelle Stimmung wurde nachhaltig von Ergebnissen beeinflusst, die eine Militärstudie vom 25./26. November im Auftrag von Reichswehrminister Schleicher ans Tageslicht gebracht hatte. Dieser zufolge hätten Volksunruhen im Zuge einer Proklamierung des Notstands nicht durch die staatlichen Kräfte entschärft werden können und den Ausbruch eines offenen Bürgerkriegs vermuten lassen müssen. Der mit der Durchführung des militärischen Planspiels betraute Oberstleutnant Ott war zuvor ins Kanzleramt berufen worden und hatte die Aussagen Schleichers bestätigt und der Versammlung die Untersuchungen erläutert. Laut seinen Aussagen konzentrierte sich die Simulation, unter Zuhilfenahme von Vertretern der

---

<sup>202</sup> Vgl., A. Hillgruber, Die Auflösung der Weimarer Republik, in: Die Weimarer Republik, Zeitgeschichte in Text und Quellen, Hannover 1962, S. 252.

<sup>203</sup> Vgl., E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, S. 1161.



Reichsbahn, der Post, Polizei und weiteren staatlichen Institutionen, vornehmlich auf vier Kernpunkte:

1. Prüfung der ostpreußischen Landesgrenze hinsichtlich einer möglichen Bedrohung durch Polen
2. Einschätzung der Gefahr des Ausnahmezustandes durch die radikalen politischen Wehrverbände für das Reichsinnere
3. Simulation von Hafen- bzw. Bergbaustreiks
4. Einstellung der Rheinschifffahrt für die wichtigsten Industrie- und Wirtschaftsstandpunkte des Reichs in den Gebieten Hamburg und Rhein/Ruhr

Als Fazit erörterte Ott in allen geschilderten Fällen die Unmöglichkeit einer Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Die Landesgrenzen hätten demzufolge einer polnischen Invasion nicht standhalten können. Auch im Binnenbereich drohten durch Streiks eine Lahmlegung der Lebensmittelzufuhr sowie der Schwerindustrie. Zusätzlich wäre der Außenhandel durch die Blockaden betroffen gewesen. Schließlich hatte Ott auch auf die Möglichkeit des Wiederauflebens separatistischer Bestrebungen in den einzelnen Ländern verwiesen und den Kabinettsmitgliedern vollends das Bildnis eines in seiner Existenz akut bedrohten Staates suggeriert.<sup>204</sup> Die Idee jenes Planspieles hatte Major Ott bereits Anfang November an Schleicher getragen, der die Aktion auch am 25. November im Kabinett angekündigt hatte. Umso erstaunlicher mutet die Vehemenz der Reaktionen darauf an. Schon bei den Vorbereitungen im Zuge der Preußenaktion war von einer kurzfristigen Unterlegenheit der Reichswehrtruppen gegenüber den Polizeieinheiten des Landes sowie der Wehrverbände der Parteien auszugehen gewesen, was die Reichsregierung jedoch nicht davon abgehalten hatte, ihrem Kurs treu zu bleiben. Dass die Reichswehrleitung in ihren Untersuchungen zudem von einem Krisenhöchstmaß, also einem Worst - Case - Szenario ausging, das in seinen Eintrittsmöglichkeiten als äußerst unwahrscheinlich gelten musste, gibt der Situation den Charakter einer präzise eingeübten Inszenierung, in deren Schlussakt die Abdankung des ungeliebten Kanzlers fallen sollte.

---

<sup>204</sup> Vgl., E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3, Dokumente der Novemberwahlen und der Weimarer Republik 1918-1933, Stuttgart 1966, S. 562.

Papen verkündete nach dem Vortrag seinen Entschluss, beim Reichspräsidenten vorzusprechen, um die neue Situation zu klären. Auf Betreiben Krosigks, appellierte Außenminister Neurath nochmals an ihn, von einer Weiterführung des Kanzleramtes Abstand zu nehmen.<sup>205</sup>

#### 2.14.2 Die Entlassung

Gegenüber Hindenburg wendete Papen sich gegen die Befürchtungen der Reichswehrführung. Die These eines Generalstreiks verwarf er ebenso, wie die Annahme einer akuten Gefährdung der deutschen Ostgrenzen. Politische Unruhen durch die Anhänger der radikalen Parteien sah er durch Polizeikräfte lösbar. Schließlich bot der Kanzler dem Reichspräsidenten zwei Optionen an. Eine Weiterführung seines Amtes sah Papen abhängig von dem Ausscheiden Schleichers aus der Reichsregierung. Als Alternative folgerte er seinen Abschied aus dem Kabinett und die Ernennung Schleichers zum neuen Reichskanzler.

In der Sorge um eine Eskalation der Krise in einen Bürgerkrieg, entschloss sich Hindenburg schließlich für Kurt von Schleicher und nahm das Rücktrittsgesuch Franz von Papens an.

Am 3. Dezember 1932 traf sich das „Kabinett der Barone“ zum letzten Male unter der Leitung Papens. Darin soll er mit Stolz zum Ausdruck gebracht haben, dass seine Regierung zum Ende der liberalen Epoche beigetragen habe.<sup>206</sup> Am selben Tag wurde Kurt von Schleicher durch Reichspräsident Hindenburg zum Kanzler ernannt. Im Anschluss daran folgte die offizielle Entlassung Franz von Papens sowie der Minister Gayl und Schäffer, die keine Aufnahme ins neue Kabinett gefunden hatten. Als Abschiedsgeschenk überreichte Hindenburg Papen sein Portrait mit Unterschrift und der Widmung: „Ich hatt` einen Kameraden!“<sup>207</sup>

---

<sup>205</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 2, S. 1038.

<sup>206</sup> Vgl., ebd., S. 1039.

<sup>207</sup> Vgl., J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, S. 117.

#### IV. Exkurs: Franz von Papen – Der „Unkanzler“?

##### 1. Die Kanzler - Macher: Das Mächtefeld hinter Franz von Papen

###### 1.1 Kurt von Schleicher: Der „Erfinder“ von Papens<sup>208</sup>

Zu keiner Zeit war Franz von Papen der Hauptprotagonist seiner eigenen Ära. Hinter ihm hatten sich Kräfte gesammelt, die ihn aus der Perspektive der Gegenwart oft genug als eine Marionette an den Strängen seiner Bewegung erscheinen lassen. Als einer der maßgeblichen Fadenzieher muss Kurt von Schleicher gelten. Er besaß das Vertrauen des Reichspräsidenten und galt als Organisationstalent mit Verhandlungsgeschick.<sup>209</sup> Schon während der Kanzlerschaft Heinrich Brüning am Steuerrad der Republik stehend, hatte er von der Initiierung des Kabinetts Papen bis hin zum Sturz des Reichskanzlers seine Hände im Spiel gehabt. Er hatte es bevorzugt, im Hintergrund zu agieren und konnte letztendlich nicht glücklich mit der Übertragung des Kanzleramtes auf seine Person gewesen sein. Als einen redegewandten und adretten Gentleman auf dem gesellschaftlichen und politischen Parcours hatte sich Schleicher Papen als Strohmann ausgesucht und für seine Überzeugungen zu formen gedacht. Dass sein Konzept einer Rückkehr zur alten Elitenherrschaft in Armee und den Spitzen der Bürokratie letztlich scheiterte, lag nicht an den zaghaften Widerständen des Kanzlers – wie beispielsweise dessen Haltung in der Wirtschaftspolitik –, sondern vielmehr an einer politischen Gesamtsituation, die einer Reichsregierung nicht mehr die Rolle zukommen ließ, die sie von der Idee der Verfassung für sich beanspruchte. Tonangebend im Reich waren mittlerweile die radikalen Gruppierungen der Opposition geworden, die den Entscheidungsprozeß im Parlament vollends in ihrer Gewalt hielten. Schleicher schwebte die Errichtung eines, von der Reichswehr getragenen, Präsidialregimes vor, in das die Nationalsozialisten und deren Bewegung eingebunden werden sollte, ohne sich jedoch deren absoluten Machtansprüchen zu beugen.<sup>210</sup>

Schleicher galt als Mann, dem Auftritte oder gar Reden unangenehm waren, da er um seine rhetorischen Defizite wusste. Bei allen wichtigen innenpolitischen Entscheidungen, die einer Absegnung Hindenburgs bedurften, weilte er an Papens

---

<sup>208</sup> Vgl., E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Zweiter Band, S. 543.

<sup>209</sup> Vgl., W. Benz, H. Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 293.

<sup>210</sup> Vgl., E. Kolb, Die Weimarer Republik, S. 136.

Seite. Ein oft formuliertes direktes Trachten nach der Kanzlerschaft seitens Schleichers muss fragwürdig bleiben. Vielmehr war es die realistische Einschätzung des Reichswehrministers nach den Novemberwahlen 1932, die alle Hoffnungen auf die Durchsetzung seiner Pläne unter einem Kanzler Franz von Papen utopisch machten. Dass er noch am 1. Dezember – vor dem entscheidenden Gespräch mit Hindenburg und Papen – Hitler durch Oberstleutnant Ott die Vizekanzlerschaft in einem Kabinett von Schleicher antragen ließ, verdeutlicht das Wissen des Ministers um die Verrinnung der Zeit für seine Pläne.<sup>211</sup> Es offenbart jedoch auch seine Unbedenklichkeit zum intriganten Verhalten, wenn es die Situation – aus seiner Sicht – erforderte. Offensichtlich war es Schleicher im Herbst zu Ohren gekommen, dass sich neben Alfred Hugenberg weitere namhafte Persönlichkeiten bei Papen für eine Ersetzung des Reichswehrministers durch General Karl - Heinz von Stülpnagel ausgesprochen hatten. Diesen Gedanken schien auch der Reichskanzler nicht abgeneigt gewesen zu sein. In Anbetracht des guten Verhältnisses zwischen Papen und Hindenburg musste diese Stimmung gegen ihn konkrete Sorgen um seinen politischen Status und seine weiteren Pläne auslösen.<sup>212</sup> Jedoch vermochte es Papen nicht, sich diese Situation zum Vorteil zu machen und seinen gefährlichsten Widersacher im Reichskabinett zu bezwingen. Kurt von Schleicher setzte auf sein Konzept der Einbindung der Nationalsozialisten ins Kabinett. Im Gegensatz zu Papen sah er eine Regierung nur überlebensfähig, wenn sie von der Mehrheit der Massen getragen wurde.<sup>213</sup> Weder Brüning noch Papen hatten dies umzusetzen vermocht. Beiden wurde die gewichtige Position, die Schleicher innehielt, schließlich zum Verhängnis. Durch seine Abwendung wurde ihnen der Boden unter den Füßen hinweggezogen. Ohne den mächtigen Rückhalt der Reichswehr stürzten sie. Sein Aufstieg zum Reichskanzler brachte Schleicher keinen Erfolg. Seine Amtszeit blieb kurz. Während Franz von Papen im Januar 1933 wieder Einzug in das neue Reichskabinett unter Hitler hielt, musste Kurt von Schleicher seine Ambitionen mit dem Leben bezahlen. Im Juli 1934 wurden er und seine Frau in Zusammenhang mit dem so genannten Röhm - Putsch von Hitlers Schergen ermordet. Dass er eine Schlüsselstellung innerhalb des Staates besaß und die Regierungen Brünings und

---

<sup>211</sup> Vgl., H. Reim, Franz von Papen im Zwielficht der Geschichte, S. 42.

<sup>212</sup> Vgl., A. Schild, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1981, S. 153.

<sup>213</sup> Vgl., H. Schulze, Weimar, Deutschland 1917-1933, S. 390.

Papens nachhaltig beeinflusst hatte, ist in der Geschichtsforschung mittlerweile wenig bestritten.<sup>214</sup>

## 1.2 Wilhelm Freiherr von Gayl – Der Initiator des „Preußenschlags“

Oftmals wurde in Zusammenhang mit der Reichsintervention in Preußen von einem „Papen-Streich“ gesprochen. Hauptinitiator jener Aktion war jedoch nicht der Reichskanzler, sondern sein Innenminister Wilhelm Freiherr von Gayl. Im Gegensatz zu Papens oftmals unkoordinierten Plänen, und seinem überdies zögerlichen Verhalten, galt der Innenminister als Pragmatiker mit konkreten und durchdachten politischen Vorstellungen.<sup>215</sup> Am 14. Juli 1932 hatte er die Gerüchte einer sozialistischen Staatskonspiration bewusst als Druckmittel zur Unterzeichnung der Notverordnungen durch Reichspräsident Hindenburg genutzt.<sup>216</sup> Aus Aufzeichnungen der Ministerbesprechungen aus dem Juli desselben Jahres geht Gayls übergeordnete Rolle deutlich hervor. Bereits am 11. Juli hatte er im Kabinett für den baldigen Beginn der Operation in Preußen geworben. Dabei verwies er – in Anbetracht der schwierigen politischen Situation für Preußens Landesregierung – auf den psychologischen Vorteil der Reichsregierung.<sup>217</sup> Die Begründung und Formulierung des Antrags auf die Notverordnung wurde dem Innenminister sowie dem Justizminister angetragen. Gayls Vorbild war die Kaisermonarchie des vergangenen Deutschen Reiches. Vor allem die Staatspolitik des Preußen Otto von Bismarck hatte er idealisierend übernommen. In der Anbindung der preußischen Beamenschaft an die Reichsgewalt sah Gayl die Voraussetzungen für eine Neuorganisation des Staates.<sup>218</sup>

Wilhelm von Gayl gehörte dem ostelbischen Militäradel an. Er hatte gute Kontakte zum Großgrundbesitz und besaß als ehemaliges DNVP - Mitglied den Zugang zu dem Vorsitzenden Alfred Hugenberg. Auch die Sympathien des Reichspräsidenten genoss der Minister. Er hatte sich einer rechtsorientierten, autoritären Politik verschrieben und galt als überaus intelligent.<sup>219</sup>

---

<sup>214</sup> Vgl., u. a. E. Kolb, A. Wirsching, J. Petzold, E. R. Huber, H. Reim, H. Heiber, P. Longerich, H. Schulze.

<sup>215</sup> Vgl., H. Mommsen, Die Verspielte Freiheit, S. 483.

<sup>216</sup> Vgl., ebd., S. 453.

<sup>217</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 205.

<sup>218</sup> Vgl., T. Trumpp, Franz von Papen, Der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen, Tübingen 1963, S. 124ff.

<sup>219</sup> Vgl., W. Benz, H. Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, S. 99.

### 1.3 Reichspräsident Paul von Hindenburg – Der Rückhalt Papens

Franz von Papen genoss bei Reichspräsident von Hindenburg einen außerordentlich guten Stand. Er war dessen „Lieblingskanzler“ und wurde oft von ihm väterlich mit „Fränzchen“ angedet.<sup>220</sup> Schon seine Offiziersausbildung hatte Papen mit Hindenburgs Sohn Oskar begangen und sich im Laufe der Jahre einen Zugang zum Feldmarschall und dessen Umgebung erworben. Papens engagierte Unterstützung im Wahlkampf zur Reichspräsidentschaft 1925 hatte Hindenburg mit Wohlwollen wahrgenommen und ihm dessen Sympathien gesichert. In den Krisen des Sommers und Herbstes 1932 stand der Reichspräsident hinter seinem Kanzler und hielt ihn durch seine Notverordnungsbewilligungen politisch am Leben. In der sich zuspitzenden Staatsagonie gegen Jahresende konnte der Reichspräsident dem Druck der Forderungen seines Umfeldes jedoch nicht mehr standhalten. Immer mehr war er in das Zentrum der politischen Verantwortung gedrängt worden und sah sich konfrontiert mit der Hilflosigkeit des herrschenden Systems gegenüber den zersetzenden Kräften der Republikfeinde. Betagt im Alter und müde der Sorgen um den Staat, gab er schließlich seinen Widerstand auf und entschied sich für die Lösung Kurt von Schleicher. Doch auch nach seiner Entlassung aus dem Kanzleramt blieb das Vertrauensverhältnis zwischen Papen und Hindenburg weiterhin bestehen.<sup>221</sup> Der ehemalige Reichskanzler sollte auch zukünftig den direkten Zugang zum Präsidenten besitzen und diesen weidlich für seine politischen Ambitionen ausnutzen. Nicht zuletzt Papens Einfluss war das „Zähmungskonzept“ Hitlers im letzten Kabinett der Weimarer Republik zuzuschreiben gewesen.

### 2. Franz von Papen in der Wahrnehmung seiner Zeit

Überaus einhellig fiel das Urteil der zeitgenössischen politischen Exponenten über Charisma und Befähigung des Reichskanzlers Franz von Papen aus. So berichtete Frankreichs damaliger Botschafter in Berlin, André Francois - Poncet, nicht nur seine Feinde hätten in Papen einen oberflächlichen, eitlen und intriganten Mann gesehen. Der englische Historiker John Wheeler - Bennett bezweifelte Papens Führungsqualitäten und sah in ihm einen Kanzler, der politisch nur in einer der

---

<sup>220</sup> Vgl., H. Schulze, Weimar, Deutschland 1917-1933, S. 373.

<sup>221</sup> Vgl., P. Longerich, Deutschland 1918-1933, Die Weimarer Republik, S. 345.

untersten Klassen gespielt habe. Der britische Diplomat Sir Horace Rumbold sprach von ihm ebenfalls als einer Person, der es an der notwendigen Kompetenz zur Bekleidung eines solch hohen Amtes mangelte.<sup>222</sup> Im Gegensatz zur sicher beherrschten Etikette auf dem internationalen Parkett kritisierten viele Zeitgenossen Papens unsensible Politik im eigenen Land. Seine radikale Sozialpolitik gegenüber den Minderbemittelten machte seine Kompromisslosigkeit offenkundig. Die Beschneidung der staatlichen Fürsorge infolge der Juni - Verordnungen hatte vor allem die Arbeitslosen im Reich an den äußersten Rand der Existenznot gedrängt. Gegenüber Heinrich Brüning soll sich der Kanzler mehrfach deutlich antisozial geäußert haben. „Man muss dem Volke nur den Stiefelabsatz durch die Schnauze ziehen, dann pariert es schon“<sup>223</sup>, wird beispielsweise das Credo des Amtsnachfolgers in den Memoiren seines Vorgängers zitiert.

Trotz diverser Rehabilitierungsversuche innerhalb der Geschichtsschreibung, die in Franz von Papen die Tugenden eines Ritters vereint fanden, lässt sich ein überwiegend negatives Bild von ihm nicht einfach revidieren.<sup>224</sup> Spätestens in seiner eigenen Biografie gelang dem ehemaligen Reichskanzler eine unübersehbare Selbstentlarvung. Von purer Rechtfertigung und Entsagung einer Mitschuld für den Untergang des Verfassungsstaats geprägt, offenbart sich hierin eine bemerkenswert beschränkte Weitsicht, die weder vor dilettantischer Tatsachenverfälschung – beispielsweise bei der „Zurechtbiegung“ des Reichsgerichtshofsurteils im Rahmen der Intervention in Preußen – noch vor Selbstgefälligkeit halt machte.<sup>225</sup>

Auch innerhalb des eigenen Kabinetts war der Kanzler nicht unumstritten. Zwar lobten Mitglieder seine Tatkraft und Rednergabe, jedoch seine Inkompetenz hinsichtlich der Finanz- oder Wirtschaftspolitik, seine Ungeduld und schließlich seine, zum Teil irrationalen, Vorstellungen von der Überwindung der Staatskrise trugen schon früh innerhalb der Regierung zur Sorge bei.<sup>226</sup> Wenn Adolf Hitler in einem Gespräch aus dem Herbst 1942 die Verdienste Franz von Papens um das

---

<sup>222</sup> Vgl., E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Zweiter Band, S. 483.

<sup>223</sup> H. Brüning, Memoiren, 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 620.

<sup>224</sup> Vgl., G. Buchheit, Franz von Papen, Eine politische Biographie, Breslau 1933, S. 66 u. H. M. Adams, R. K. Adams, Rebel Patriot, A Biography of Franz von Papen, Santa Barbara 1987, S. 195.

<sup>225</sup> Vgl., T. Trumpp, Franz von Papen, Der preußisch-deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen, S. 49.

<sup>226</sup> Vgl., Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett von Papen, Bd. 1, S. XXIf.

„Dritte Reich“ als einem Überwinder der Weimarer Verfassung würdigt, muss dessen Person endgültig Anlass zur kritischsten Betrachtung geben.<sup>227</sup>

Im Spiegel der zeitgenössischen liberalen Presse erschien Papens Bildnis nicht minder erhellend. Man begriff ihn von Anbeginn seiner Kanzlerschaft als einen Strohmann, dessen Hintermänner an den tatsächlichen Hebeln der Macht saßen. Die Juli - Elektionen von 1932 befürchteten viele Blätter als letzte Wahlen der Republik und ergingen sich in pessimistischen Leitartikeln.<sup>228</sup> Die „Frankfurter Zeitung“ und die „Vossische Zeitung“ stellten Papens fehlende Verankerung im Volk und Parlament aufgrund seiner reaktionären Leitlinien hervor. Als Offenbarung wurde auch die Subventionierung der ostelbischen Landwirtschaft sowie der Großindustriellen an Rhein und Ruhr gegenüber den sozialen Beschneidungen der bedürftigen Bevölkerung registriert und kommentiert. Positiver wurde die Außenpolitik von Tagesblättern wie der „Vossischen Zeitung“, „Frankfurter Zeitung“ oder dem „Berliner Tageblatt“ beurteilt. Auch die Wirtschaftsverordnungen zur Senkung der Arbeitslosenzahlen wurden im September 1932 als ein System der neuen Möglichkeiten vielfach begrüßt, das mit den Steuergutscheinen positive Impulse für den Arbeitsmarkt versprach.<sup>229</sup> Der überwiegende Grundton der liberalen Presse war gegenüber Papen jedoch ablehnend. Die Intervention in Preußen wurde vor allem von der „Vossischen Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ als Wegebahn der Nationalsozialisten auf deren Vormarsch zur Machtergreifung verurteilt. Nach den November - Wahlen stellten sich – auch die zunächst tolerantere „Frankfurter Zeitung“ – alle Blätter offen gegen eine weitere Amtsführung Papens.<sup>230</sup>

Nicht in der Öffentlichkeit, jedoch umso mehr in seinem direkten Umfeld wahrgenommen und belegt, ist von Papens ausgeprägte politische Naivität, die im Laufe seiner Amtszeit nicht nur die Chronisten aus der Perspektive der Gegenwart zu einem Kopfschütteln bewegt haben dürfte. Erwähnt sei hier unter anderem Papens Glaube an Hitlers Versicherung einer vierjährigen Tolerierung seines Kabinetts gegen die Auflösung des Reichstags, Ansetzung von Neuwahlen und der

---

<sup>227</sup> Vgl., H. v. Lindheim, Zu Papens Staatsstreich am 20. Juli 1932, in: K.-D. Erdmann, F. Messerschmied (Hrsg.), Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 11. Jahrgang, Stuttgart 1960, S. 154.

<sup>228</sup> Vgl., B. Söseman, Periode des Übergangs oder „Ende des Systems“?, Liberale Publizistik im Weimar der Präsidialkabinette, in: T. Koebner (Hrsg.), Weimars Ende, Frankfurt a. Main 1982, S. 158.

<sup>229</sup> Vgl., M. Bosch, Liberale Presse in der Krise, Die Innenpolitik der Jahre 1930 bis 1933 im Spiegel des „Berliner Tageblatts“, der „Frankfurter Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“, Frankfurt a. Main, 1976, S. 236ff.

<sup>230</sup> Vgl., ebd., S. 245 u. S. 241.



Aufhebung des SA - Verbots.<sup>231</sup> Auch Papens Kooperationsbereitschaft mit den Nationalsozialisten zu einem Zeitpunkt, als deren Radikalität schon viele Opfer gefordert hatte und ihr Führer sich offen zu den Mördern von Potempa bekannt hatte, weist auf eine bodenlose Unterschätzung eben jener Bewegung hin. Noch deutlicher versinnbildlicht wird Papens „Blindheit“ gegenüber Hitler nach der Liquidierung der SA - Spitzen sowie ehemaliger politischer Persönlichkeiten – unter anderem auch Kurt von Schleicher und Gregor Strasser – im Sommer 1934 durch die nationalsozialistische Regierung. Bis Kriegsende diente der frühere Reichskanzler dem „Dritten Reich“ weiter ergeben. In den Memoiren finden sich weitere Beispiele für Papens Unverständnis gegenüber den politischen Realitäten. So vermochte er es nie zu verstehen, dass sein militärisches Kooperationsangebot an den französischen Ministerpräsidenten Herriot seinerzeit den englischen Premier MacDonald irritierte und damit den vehementen Protest der englischen Regierung hervorrief, die um die Störung des europäischen Gleichgewichts fürchtete.<sup>232</sup> Auch seine Unbedachtheit an jenem 12. September 1932, als Papen das vielleicht wichtigste Dokument seiner Amtszeit erst per Eilboten in den Reichstag holen lassen musste und somit den extremistischen Kräften im Haus die Möglichkeit zur Absprache des Misstrauensvotums schenkte, bleibt für den neutralen Betrachter unverständlich.

---

<sup>231</sup> Vgl., H. Reim, Franz von Papen im Zwielficht der Geschichte, S. 28.

<sup>232</sup> Vgl., F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, S. 204.

## Schlussbetrachtungen

Zwischen Papens Entlassung und Hitlers Ernennung zum Reichskanzler lagen nicht einmal zwei Monate. Kurt von Schleichers „Interregnum“ vermochte es nicht mehr, Akzente zu setzen. In der Rückbetrachtung erscheint jener kurze Zeitraum der Amtsübernahme bis zur Übergabe als eine Schnittstelle zwischen den letzten Möglichkeiten einer angeschlagenen aber noch nicht untergegangenen Nation. Zwar strebte die politische Dynamik schon seit Anbeginn der Republik auf eine Katastrophe hinaus, jedoch gebar die Zeit immer wieder Momente, in denen das Rad des Schicksals eine andere Wendung hätte erfahren können. Es ist die Tragödie der Geschichte, dass jene raren Momente nicht erkannt oder leichtfertig vergeben wurden. Aus der Perspektive des Möglichen – das sich nicht aus den Sehnsüchten von Wünschen, sondern dem Realistischen nährte – gilt es die Ära Franz von Papen zu betrachten. Zwischen Republik und Diktatur, Demokratie und Totalitarismus, Krise und Vernichtung, stand seine Person und bestanden die Möglichkeiten seiner Regierung.

Wie kann man die Frage nach einer Mitverantwortung Franz von Papens am Untergang des Verfassungsstaats beantworten, und ist diese Frage überhaupt gerechtfertigt? Sie muss es sein. Zu nahe lagen die Ideale der Republik und die Absichten des „Dritten Reichs“. Das Handeln der politischen Protagonisten blieb grenzüberschreitend egoistisch.

Eine Rückkehr zur Idee von Weimar war im Sommer 1932 nicht mehr möglich. Zu sehr hatte die politische Realität infolge der Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit die Verfassung in ihre Grenzen verwiesen. Die Demokratie war gelähmt. Die Feinde der Republik witterten ihre baldige Stunde und konnten sich auf ihre einzige Taktik, der Attackierung des Staats, beschränken. Dies bedeutete einen entscheidenden Vorteil gegenüber den vom Volk in die Reichsführung gehegten Erwartungen, die sich eben nicht durch bloße Agitation oder Terror erfüllen ließen. Handeln im Sinne und zum Schutz des republikanischen Staatsgebildes hätte die übergeordnete Maxime der tragenden Organe lauten müssen. Die Regierung unter Franz von Papen erinnerte sich nicht mehr dieser Leitbilder. Sie strebte einen autoritären Ständestaat unter der Führung konservativer Eliten an und agierte einzig um ihrer eigenen Selbstbehauptung Willen. Einen fatalen Fehler beging zudem die gesamte politische Führungscouleur Weimars in der Unterschätzung der Nationalsozialisten, die dem republikfeindlichen Potenzial der Kommunisten allzeit

untergeordnet worden waren.<sup>232</sup> K. Borchard stellt in Frage, ob die permanente Krise der Weimarer Republik überhaupt zu lösen war. Eine Steuerung der Entwicklung des Systems war demnach utopisch.<sup>233</sup> Zu offensichtlich war die Kluft zwischen Verfassungsintention und politischer Realität. Zu keinem Zeitpunkt herrschte eine Kontinuität im Staate, die das demokratische Prinzip hätte absichern und festigen können. Die Regierungen sahen sich mit einer ununterbrochenen Krisenbewältigung konfrontiert, die einzig und allein ihre stete Ablösung heraufbeschwor und das Volk vom Glauben an der Zweckmäßigkeit der Republik schließlich entfremdete.<sup>234</sup>

Die Dynamik der Geschehnisse war im Zuge der Staatskrisen unaufhörlich in Richtung Zusammensturz geströmt. Militärische Niederlage, Untergang des Kaisertums, Revolution, Reparationsforderungen, Inflation und wirtschaftlicher Niedergang – all dies waren Faktoren, die die Existenz Weimars erheblich belasten mussten. Keine für sich kann als Erklärungsmodell für den Untergang der Republik allerdings alleine bestehen. So erscheint auch ein Aufhalten der Krise durch den politischen Exponenten einer Regierung als unrealistisch. Jeder verfassungsgebundene Kanzler dieser Republik musste letztlich an den bestehenden Verhältnissen scheitern.

Das spricht Papen nicht frei von Verantwortung. Seine Inkonsequenz unterstützte vor allem die Vernachlässigung des Staatsschutzes vor den radikalsten Feinden. Im Verpassen der Möglichkeiten aus den raren Krisenmomenten der Extremisten und der letztendlichen Beschränkung auf eine Taktik des Festhaltens an den Plätzen der Macht, eröffneten sich für Hitler die Tore, die ihn und seine Bewegung endgültig zum Sieg über die Demokratie durchmarschieren ließen. Sowohl am 30. August 1932, mit dem Vollzug des von Hindenburg bereits legitimierten Aktionsplans, als auch nach den für die NSDAP sehr verlustreichen Novemberwahlen hätte Papen seine Autorität geltend machen können und über eine Ausschaltung des vom Radikalismus gefangen genommenen Reichstags die notwendigen Verfassungsreformen zum Wohle des Staates und zum Schutz seiner Bürger einleiten müssen. In beiden Fällen handelte er zögerlich und hilflos. Ein

---

<sup>232</sup> Vgl., D. Lehnert, Die unterschätzte Republik, Ein fragwürdiger Negativkonsens über das Scheitern von Weimar in zeitgenössischer Sicht der politischen Gegner des Nationalsozialismus, in: P. Steinbach u. J. Tuchel (Hrsg.), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1994, S. 96.

<sup>233</sup> Vgl., A. Rödder, Reflexionen über das Ende der Weimarer Republik, Die Präsidialkabinette 1930-1932/33, Krisenmanagement oder Restaurationsstrategie?, in: K. D. Bracher, H.-P. Schwarz, H. Möller (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 47. Jahrgang 1999, S. 91.

<sup>234</sup> Vgl., ebd., S. 101

autoritäres und konsequentes Auftreten des Reichskanzlers hätte die extremistischen Kräfte im Spätsommer 1932 in ihre Schranken weisen können. Im Angesicht ihrer parteiinternen Krise nach den November - Wahlen hätte die NSDAP eine langfristige Zerreißprobe zudem schwerlich bestehen können und Hitler mit seinem Alles - oder - Nichts - Kurs wahrscheinlich scheitern lassen.

Auch die Auseinandersetzungen innerhalb des Reichskabinetts bildeten schlechte Umstände für die Bewältigung der Staatskrise. Reichswehrminister Kurt von Schleichers Griff nach dem Kanzleramt bedeutete den endgültigen Rückhaltsverlust Papens im Kabinett und verunsicherte Hindenburg. Vor allem in Schleicher und Papen trafen immer wieder politischer Egoismus und falscher Ehrgeiz auf Anachronismus und Arroganz im Angesicht einer bedrohlichen Staatslage. Profitieren sollte davon einzig Hitler, der, eingebunden in ein konservatives Kabinett, dem müden und resignierenden Reichspräsidenten von einem fadenscheinigen persönlichen Umfeld als die letzte verbliebene Alternative zur Aufrechterhaltung des Staatswesens suggeriert wurde.

Als Mitinitiator Hitlers Kanzlerschaft und als Vizekanzler in dessen Kabinett sowie als langjähriger diplomatischer Gesandter in Wien und in Ankara während der NS - Herrschaft tritt Franz von Papen endgültig aus dem Schatten seiner Unschuld heraus und muss sich der Historie stellen. Einst in die Machtposition durch seine „Förderer“ gehievt, war Papen nun selbst zum „Steigbügelhalter“ Hitlers geworden. Dass er weiterhin konsequent seine Posten in einem menschenverachtenden System erfüllte, mag für sich sprechen.

Papens generelle Ablehnung von Verantwortung an geschehenen Verbrechen entblößt seinen Versuch zur Selbsttäuschung für alle Zeiten. Vielleicht wiegt diese Last schwerer, als Papens Inkompetenz und Unvermögen im Amte des vorletzten Reichskanzlers der Weimarer Republik.

Tragisch und zugleich grotesk muten die Worte an, die Franz von Papen dem 16. Kapitel seiner Biographie, „Der Wahrheit eine Gasse“, voranstellt. Sie sollen bezeichnend sein für den Charakter eines Mannes, der glaubte, ein verantwortungsbewusster Staatsführer werden zu können und doch allezeit ein gehorsamer Soldat blieb:

*„Wenn dich das Schicksal vom ersten Platz im Staate verdrängt, bleibe auf deinem Posten und hilf durch deinen Zuruf. Und wenn man dir die Kehle zudrückt, bleibe auf deinem Posten und hilf durch dein Schweigen. Niemals ist die Anstrengung*

*eines guten Bürgers nutzlos. Sein Wort, seine Erscheinung, seine Mühe, sein Wink, seine schweigende Beharrlichkeit, sein Kommen und Gehen ist von segensreicher Wirkung ..."* (Seneca: „Über die Gemütsruhe“ IV, 5 - 7).

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### I. Quellen und Dokumente

1. Akten Der Reichskanzlei, Weimarer Republik, K. - D. Erdmann, H. Booms (Hrsg.), Das Kabinett von Papen, Bd. 1, Juni bis September 1932, Boppard a. Rhein 1989.
2. Akten Der Reichskanzlei, Weimarer Republik, K. - D. Erdmann, H. Booms (Hrsg.), Das Kabinett von Papen, Bd. 2, September bis Dezember 1932, Boppard a. Rhein 1989.
3. Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945, Serie B: 1925 - 1933, Bd. XX, 1. März bis 15. August 1932, Göttingen 1983.
4. Akten Zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945, Serie B: 1925 - 1933, Bd. XXI, 16. August 1932-29. Januar 1933, Göttingen 1983.
5. O. Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949.
6. H. Brüning, Memoiren 1918 - 1934, Stuttgart 1970.
7. E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 3, Dokumente der Novemberrevolution und der Weimarer Republik 1918 - 1933, Stuttgart 1966.
8. W. Michalka, G. Niedhart (Hrsg.), Die ungeliebte Republik, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918 - 1933, München 1981.
9. F. v. Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952.
10. F. v. Papen, Vom Scheitern einer Demokratie, Mainz 1968.

### II. Darstellungen

#### A. Gesamtdarstellungen und Monographien

1. H. M. Adams, R. K. Adams, Rebel Patriot, A Biography of Franz von Papen, Santa Barbara 1987.
2. J. A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik, Aktivitäten in Politik und Presse 1918 - 1932, Düsseldorf 1977.
3. L. Biewer, Reichsreformbestrebungen in der Weimarer Republik, Fragen zur Funktionalreform und zur Neugliederung im Südwesten des Deutschen Reiches, Frankfurt a. Main 1980.

4. M. Bosch, Liberale Presse in der Krise, Die Innenpolitik der Jahre 1930 bis 1932 im Spiegel des „Berliner Tageblatts“, der „Frankfurter Zeitung“ und der „Vossischen Zeitung“, Frankfurt a. Main 1976.
5. K. D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1955, 3. Auflage 1960 u. 5. Auflage 1971.
6. K. D. Bracher, M. Funke, H. - A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918 - 1933, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988.
7. G. Buchheit, Franz von Papen, Eine politische Biographie, Breslau 1933.
8. E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. 2, Stuttgart 1956.
9. E. J. Feuchtwanger, From Weimar to Hitler, Germany 1918 - 1933, Hampshire/London 1995.
10. D. Gessner, Die Weimarer Republik, Darmstadt 2002.
11. H. Heiber, Die Republik von Weimar, München 1975.
12. V. Hentschel, Weimars letzte Monate, Hitler und der Untergang der Republik, Düsseldorf 1979.
13. E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI, Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981.
14. E. R. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984.
15. G. Jasper, Die gescheiterte Zähmung, Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930 - 1934, Frankfurt a. Main 1986.
16. H. Köhler, Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1981.
17. E. Kolb, Die Weimarer Republik, München 1998.
18. P. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.
19. P. Longerich, Deutschland 1918 - 1933, Die Weimarer Republik, Hannover 1995.
20. W. Maser, Zwischen Kaiserreich und NS-Regime, Die erste deutsche Republik 1918 - 1933, Bonn 1992.
21. H. Michaelis, E. Schraepler (Hrsg.), Ursachen und Folgen, Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Achter Band, Die Weimarer Republik, Das Ende des parlamentarischen Systems, Berlin 1958ff.
22. H. Möller, Weimar, Die Unvollendete Demokratie, München 1997.
23. H. Mommsen, Die verspielte Freiheit, Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 - 1933, Berlin 1989.

24. J. Petzold, Franz von Papen, Ein deutsches Verhängnis, München 1995.
25. D. J. K. Peukert, Die Weimarer Republik, Frankfurt a. Main 1987.
26. F. - K. v. Plehwe, Reichskanzler Kurt von Schleicher, Esslingen 1983.
27. H. Reim, Franz von Papen im Zwielficht der Geschichte, Baden - Baden 1979.
28. A. Schild, Militärdiktatur mit Massenbasis?, Die Querfrontkonzeption um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/New York 1981.
29. M. Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus, Stuttgart 1970.
30. G. Schulz, Von Brüning zu Hitler, Berlin 1992.
31. H. Schulze, Weimar, Deutschland 1917 - 1933, Berlin 1982.
32. G. R. Treviranus, Das Ende von Weimar, Düsseldorf 1968.
33. T. Trumpp, Franz von Papen, Der preußisch - deutsche Dualismus und die NSDAP in Preußen, Dissertation, Tübingen 1963.
34. E. Widder, Reich und Preußen, Dissertation, Frankfurt a. Main 1959.
35. H. A. Winkler, Weimar 1918 - 1933, Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.
36. A. Wirsching, Die Weimarer Republik, Politik und Gesellschaft, München 2000.

## B. Aufsätze

1. W. Benz, Papens „Preußenschlag“ und die Länder, in: H. Rothfels, T. Eschenburg (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 18. Jahrgang, Heft 3, Stuttgart 1970, S. 320 - 338.
2. D. Berg - Schlosser, Das Scheitern der Weimarer Republik, Bedingungen der Demokratie im europäischen Vergleich, in: Historical Social Research, Vol. 20, No 4, Köln 1995, S. 3 - 30.
3. W. Braatz, Franz von Papen und die Frage der Reichsreform, in: Politische Vierteljahreszeitschrift, 16. Jahrgang, Heft 3, Opladen 1975, S. 319 - 340.
4. K. D. Bracher, Der 20. Juli 1932, in: A. Grabowsky, A. Rüstow, O. Suhr (Hrsg.), Zeitschrift für Politik, Dritter Jahrgang, Berlin 1956, S. 243 - 249.



5. L. Dierske, War eine Abwehr des Preußenschlags vom 20. Juli 1932 möglich?, in: E. Fraenkel, A. Jüttner, H. Kuhn, H. Maier (Hrsg.), Zeitschrift für Politik, Vol. 17, Heft 3, Köln/Berlin 1970, S. 197 - 245.
6. J. C. Fest, Franz von Papen und die konservative Kollaboration, in: G. Jasper (Hrsg.), Von Weimar zu Hitler 1930 - 1933, Köln/Berlin 1968, S. 229 - 245.
7. M. Funke, Die Republik der Friedlosigkeit, Äußere und innere Belastungsfaktoren der Epoche von Weimar 1918 - 1933, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 32 - 33/94, 12. August 1994, Bonn 1994, S. 11 - 19.
8. M. Funke, Republik im Untergang, Die Zerstörung des Parlamentarismus als Vorbereitung der Diktatur, in: K. D. Bracher, M. Funke, H. - A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918 - 1933, Bundeszentrale für politische Weiterbildung, Bonn 1988, S. 505 - 531.
9. P. Heyde, Frankreich und das Ende der Reparationen, Das Scheitern der französischen Stabilisierungskonzepte in der Weltwirtschaftskrise 1930 - 1932, in: K. D. Bracher, H. - P. Schwarz, H. Möller (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 48. Jahrgang, München 2000, S. 37 - 73.
10. A. Hillgruber, Die Auflösung der Weimarer Republik, in: Die Weimarer Republik, Zeitgeschichte in Text und Quellen, Hannover 1962, S. 201 - 268.
11. D. Lehnert, Die unterschätzte Republik, Ein fragwürdiger Negativkonsens über das Scheitern von Weimar in zeitgenössischer Sicht der politischen Gegner des Nationalsozialismus, in: P. Steinbach, J. Tüchel (Hrsg.), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1994, S. 85 - 96.
12. H. v. Lindheim, Zu Papens Staatsstreich am 20. Juli 1932, in: K. - D. Erdmann, F. Messerschmied (Hrsg.), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 11. Jahrgang, Stuttgart 1960, S. 154 - 164.
13. H. Mommsen, Nationalismus in der Weimarer Republik, in: O. Dann (Hrsg.), Die deutsche Nation, Vierow 1994, S. 83 - 95.
14. R. Morsay, Zur Geschichte des Preußenschlags, in: H. Rothfels, T. Eschenburg (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jahrgang, Stuttgart 1961, S. 430 - 439.
15. J. Petzold, Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 in Preußen, in: A. Meusel, L. Stern, H. Kamnitzer (Hrsg.), Zeitschrift für

Geschichtswissenschaft, IV. Jahrgang, Heft 1 - 6, Berlin 1956, S. 1146 - 1186.

16. A. Rödder, Reflexionen über das Ende der Weimarer Republik, Die Präsidialkabinette 1930 - 1932/33, Krisenmanagement oder Restaurationsstrategie?, in: K. D. Bracher, H - P Schwarz, H. Möller (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 47. Jahrgang, München 1999, S. 87 - 101.

17. H. Schulze, Vom Scheitern einer Republik, in: K. D. Bracher, M. Funke, H. - A. Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918 - 1933, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988, S. 617 - 626.

18. B. Sösemann, Periode des Übergangs oder „Ende des Systems“?, Liberale Publizistik im Weimar der Präsidialkabinette, in: T. Koebner (Hrsg.), Weimars Ende, Frankfurt a. Main 1982, S. 143 - 181.

19. M. Stürmer, Koalitionen und Oppositionen: Bedingungen parlamentarischer Instabilität, in: M. Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik, Belagerte Civitas, Königsstein/Ts. 1980, S. 237 - 253.

### III. Lexika

W. Benz, H. Graml (Hrsg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988.